



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA 113 SITZUNG

17.12.1992

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI **VERZEICHNIS DER REDNER**

MERANER Gerold <i>(Gemischte Fraktion)</i>	pag.	1
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	7
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	10
BOATO Alessandro <i>(Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	18
DUCA Aldo <i>(Gruppo Socialista Italiano)</i>	"	20
PINTER Roberto <i>(Gruppo Misto)</i>	"	22
KASERER Robert <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	24-45
CRAFFONARA Italo <i>(Gruppo Liberale Italiano)</i>	"	29
NEGHERBON Livio <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	31-61
BETTA Claudio <i>(Gruppo Repubblicano Italiano)</i>	"	36
MONTALI Luigi <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	38-60
ANDREOLLI Tarcisio <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	48
TRIBUS Arnold <i>(Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	57
VIOLA Romano <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	58

BENEDIKTER Alfons
(*Gruppo Union für Südtirol*)

pag. 58

BERGER Franca
(*Gruppo Misto*)

" 60-61

INDICE

Disegno di legge n. 99:

Bilancio di previsione della Regione autonoma
Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario
1993 e Bilancio triennale 1993-1995
(presentato dalla Giunta regionale)

pag. 1

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 99:

Haushaltsvoranschlag der autonomen Region
Trentino-Südtirol für die Finanzgebarung 1993
und dreijähriger Haushalt 1993-1995
(eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 1

Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.08

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten, daß sie Platz nehmen und daß mit dem Namensaufruf begonnen wird.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

BENUSSI: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

BENUSSI: (segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. In tal caso il processo verbale risulta approvato.

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Ricci, Lorenzini, Mayr, Degaudenz und Grandi entschuldigt.

PRESIDENTE: Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i cons. Ricci, Lorenzini, Mayr, Degaudenz e Grandi.

PRÄSIDENT: Damit kommen wir zur Fortsetzung der Tagesordnung: **Gesetzentwurf Nr. 99: Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für die Finanzgebarung 1993 und dreijähriger Haushalt 1993-1995 (eingebracht vom Regionalausschuß)**.

Ich gebe jetzt Abg. Meraner zur Fortsetzung seiner Rede das Wort. Er hat noch 15 Minuten zur Verfügung.

PRESIDENTE: Proseguiamo con la trattazione dell'ordine del giorno: **Disegno di legge n. 99: "bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1993 e bilancio triennale 1993-95" (presentato dalla Giunta)**.

La parola al cons. Meraner.

MERANER: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gestern beim Vertrag von Maastricht stehengeblieben und habe festgestellt, daß im Gegensatz zur Behauptung des Präsidenten in seinem Bericht Maastricht nicht ein Fortschritt im Sinne eines Europa der Regionen darstellt und daß es sich dabei tatsächlich um eine politisch gesprochen regionale Ohrfeige handelt. Trotzdem haben wir die Pflicht auch in bezug auf die Region in die Zukunft zu blicken, aber ich habe dabei nicht ein regionales Gebilde im Auge wie dieses, deren Vertreter wir im Augenblick sind, sondern selbstverständlich ein wesentlich größeres. Diese Region wäre zu klein, um im Europa der Vereinten Regionen überhaupt in irgendeiner Weise maßgeblich mitreden zu können.

Ich habe gestern schon erwähnt, Herr Präsident Andreolli, daß auch Ihre Politik nur verbal in diese Richtung geht, während Sie de facto einen Rückfall zur Politik Degasperis verwirklichen zu wollen scheinen. Sie haben die Wahlrechtsreform angesprochen und diese so quasi als eine demokratische Notwendigkeit zur Rettung der Institutionen im Interesse der Bürger dargestellt. Ich kann dies aus Ihrem Munde verstehen. Allein mir fehlt der Glaube, aber nicht nur mir, sondern sicherlich auch dem überwiegenden Teil der Bürger. Denn wenn in unseren Breitengraden jemand davon spricht, daß die Regierbarkeit in Gefahr stünde, dann muß ich sagen, ringt mir das ein bitteres Schmunzeln ab. Denn was wirklich in Gefahr ist, ist aufgrund der übermäßigen Regierbarkeit die Demokratie. Zu schwach ist die Opposition und die Schuld daran trägt sie zum Teil selbst, ich sage es zumindest für meinen Teil, daß ich selbst daran Schuld trage. Aber ein ganz großer Faktor, weshalb die Opposition in unseren Breitengraden nicht jene Rolle einnehmen kann, die ihr in einer wirklich demokratischen Gesellschaft zustünde, ist vor allen Dingen in der Machtverfälschung quer durch die gesamte Gesellschaft von der Kirche bis zum Journalismus zu suchen. Die Altparteien müssen nicht das Wahlrecht ändern. Die Altparteien, Herr Präsident, müssen sich selbst ändern. Sie müssen neue Köpfe an die Spitze stellen oder samt und sonders gehen. Die Altparteien haben bestimmt in den letzten Jahrzehnten keinen maßgeblichen Beitrag für die Demokratisierung der Gesellschaft geleistet. Wenn überhaupt, dann war dies ausschließlich die Opposition, die einen Beitrag dafür geleistet hat und wie gesagt, er war zu gering. Das ausschließlich möchte ich korrigieren, denn es hat sicher auch im Bereich der Presse die ein und andere Initiative gegeben, die als wertvoller Beitrag für die Demokratisierung angesehen werden kann. Aber ich stehe nicht an zu sagen, daß eben aufgrund der politischen Machtverfälschung diese Ansätze wesentlich zu gering waren. Ich kann dies nicht akzeptieren, aber verstehen, denn man kann einer Journalistin oder einem Journalisten, einem Familienvater, einfach nicht abverlangen, daß er seine Karriere opfert, nur weil er gerne die ganze Wahrheit sagen würde.

Nun aber zu den Zahlen des Haushaltes - sehr kurz. In etwa 420 Milliarden stehen im Kompetenzhaushalt zur Verfügung, für eine Region mit den mageren Kompetenzen, die sie hat, ein großer Haufen Geld. Die laufenden Ausgaben, Herr Präsident, betragen nach wie vor gute 75 Prozent. Nur ein Viertel haben wir an Kapitalanlagen. Dies ist reichlich wenig. Ich habe gestern schon darauf Bezug genommen, daß der Haushalt nicht in allen Punkten unbedingt glaubwürdig ist, nicht in dem Sinn, daß Sie bewußt Zahlen gefälscht hätten, aber in dem Sinn, daß es zu einer gewollten oder ungewollten Vorspiegelung von falschen Tatsachen beispielsweise dadurch kommt, daß man Jahr für Jahr gewisse Zahlen einschreibt. Ich beziehe mich insbesondere auf den Rotationsfonds, Zahlen, die aber in Wirklichkeit nur auf dem Papier bleiben und nicht in wirkliche, konkrete Politik umgesetzt werden. Dies heißt man im Klartext die Menschen unseres Landes an der Nase herumführen, denn man spiegelt ihnen im Haushalt vor, diese und diese Summen - in diesem Fall waren es 220 Milliarden - für diesen Zweck auszugeben, während nach zwei Jahren in Wirklichkeit 150 von diesen 220 Milliarden immer noch auf dem Papier stehen und nicht ausgegeben worden sind. Und dies nicht etwa deswegen, weil es der Region an den entsprechenden Geldmitteln mangelt. Nein, die Region hat einen unglaublichen Aktivrückstand von ungefähr 500 Milliarden Lire, das meiste davon Guthaben vom Staat. Ich sage jetzt nicht, daß es der Staat nicht bezahlt hat. Der Staat hat es, so wie der Präsident berichtet hat, auf die Kasse der Region überwiesen, aber es ist nicht sinnvoll, daß eine öffentliche Verwaltung solche riesige Summen bei den Banken hortet, diese füttert und daß sie zum Teil Aktivzinsen kassiert. Die öffentliche Verwaltung ist dann gut, wenn sie imstande ist die Geldmittel, die sie zur Verfügung hat, sinnvoll und möglichst fast zur Gänze jedes Jahr auszugeben. Da muß man mir erklären, wo die 507 Milliarden Aktivrückstände herkommen, die Sie im Haushalt eingeschrieben haben. Es ist bei der Diskussion des Haushaltes so üblich, fast nur über den Kompetenzhaushalt zu sprechen und das ist gewissermaßen verständlich, weil ja der Kompetenzhaushalt eigentlich das ist, was politisch entschieden wird. Zu kurz kommt meistens der Kassahaushalt, der aber doch eine recht erhebliche Bedeutung hat, denn er ist ja das konkret Verfügbare und in diesem Zusammenhang stellen

wir fest, daß bei den Kassaeinnahmen insgesamt etwa 810 Milliarden zur Verfügung stehen, d.h. 2.200 Millionen pro Tag oder 92 Millionen je Stunde. Dies ist nicht ganz wenig, meine Herren Assessoren von der Regionalregierung.

Bei den Ausgaben verhält es sich so: da haben wir einen Kassahaushalt von 672 Milliarden und immerhin seid ihr autorisiert, 1.850 Millionen pro Tag oder rund 78 Millionen pro Stunde Tag und Nacht, 24 Stunden pro Tag, 365 Mal im Jahr auszugeben. Ich kann es begreifen, daß der Herr Assessor Bauer angesichts dieser Zahlen lächelt. Aber Herr Assessor Bauer, ihr habt euch damit auch eine nicht unerhebliche Verantwortung aufgebürdet und ich würde mir wünschen, daß ihr dieser Verantwortung in Zukunft mehr gerecht würdet als ihr dies in der Vergangenheit getan habt.

Die inländische Mehrwertsteuer wird mit 122 Milliarden und mit einem Plus von 12 Prozent im bezug auf das Vorjahr beziffert. Ich bin sicher, daß das übertrieben ist. Meine Herren, auch bei uns wird die Wirtschaftsrezession nicht Halt machen. Die Mehrwertsteuersätze werden insgesamt gesehen im nächsten Jahr nicht höher als im laufenden Jahr sein und folglich glaube ich, daß die 12 Prozent sicherlich zu hoch gegriffen sind. Was die Mehrwertsteuer auf die Importe betrifft - wenn ich mich richtig entsinne, hat sie schon der Kollege Benedikter angeschnitten -, darf ich nur nochmals unterstreichen, daß die 77 Milliarden vorläufig bei den Einnahmen zu streichen wären. Denn wir wissen alle, daß es diese Mehrheitsteuer ab 1. Jänner 1993 nicht mehr geben wird und ein gesetzlich abgesicherter Ersatz ist im Moment nicht da und wenn es diesen abgesicherten Ersatz nicht gibt, sind Sie meines Erachtens nicht berechtigt, diese Milliarden einfach in den Haushalt aufzunehmen. Ich verstehe zwar Ihre Taktik, weil Sie sich sagen, wir können sie ja nicht streichen, sonst bekommen wir vom Staat überhaupt nichts mehr. Politisch verstehe ich das und kann es mitvollziehen, aber technisch nicht. Herr Präsident, Sie werden mir nachher in der Replik sagen, welche konkrete und abgesicherte Maßnahme es gibt, daß diese 77 Milliarden auch kassiert werden können. Ich sage Ihnen aber schon gleich: Verbale Absprachen und Versprechungen sind für mich keine gesetzliche Absicherung, die ausreichen, um solche Beträge in den Haushalt einzuschreiben.

Was den Dreijahreshaushalt betrifft, der bei der Region ja verhältnismäßig neu ist, hat man da einfach meines Erachtens Zahlen eingesetzt, weil man den Haushalt machen muß. Niemand von uns wird diese Zahlen ernst nehmen. Die einzige Funktion, die dieser Dreijahreshaushalt eventuell haben kann, ist die, daß man vorweg gewisse Gelder schon verpflichtet kann.

Daß die Region eine Institution für Postenbeschaffung und möglicherweise auch für Kostenschacher ist, kann nicht bestritten werden. 745 Fixangestellte, 10 zusätzliche im Wartestand, das ist proportional, obwohl es sich überwiegend ja nur um einen Dienstleistungsbetrieb handelt, wesentlich mehr als beim Land. Die 3,5 Milliarden, die Herr von Egen den Handelskammern im Wahljahr zuchancen will, hoffe ich, sind wir imstande, noch zu streichen.

Was das Fernsehen betrifft, das doch mit einer recht erklecklichen Anzahl von Milliarden finanziert wird, klagt mich mein Neid, Herr Präsident, wenn Sie Ihr sympathisches Gesicht stundenweise im Fernsehen zeigen oder noch mehr Ihr Kollege Romano. Aber im Grunde genommen kann man es nicht anders empfinden, als daß Sie hier mit Steuergeldern ganz einfach Regierungsparteieninteressen finanzieren. Denn andere Parteien kommen einfach nicht zum Zug. Mich brauchen Sie nicht hinnehmen, ich habe überhaupt kein Interesse. Aber so kann es nicht gehen. Das empfindet auch der Bürger nicht anders. Das ist eine indirekte Form von Parteienfinanzierung, die gesetzlich nicht abgesichert und moralisch nicht gerechtfertigt ist.

Was die ca. 3 Milliarden für die Richtfunkstrecke betrifft - und ich habe nachträglich festgestellt, daß es sich nicht um eine Richtfunkstrecke handelt, die wir ja bereits haben, sondern daß es sich um zusätzliche Anlagen zur bestehenden Richtfunkstrecke handelt -, kann man grundsätzlich in diesem Ausmaß damit einverstanden sein. Nur sehe ich nicht ein, warum die Provinz Bozen mehr zahlen soll als alle anderen, mehr als die Provinz Trient und mehr als die Region. (Unterbrechung)... Nein, nicht gleich viel. Andere zahlen 1 Milliarde und von der Provinz nehmen sie die zusätzlichen 450

Millionen her, die die RAS überschüssig gehabt hat und die ja nichts anderes als Landesgelder sind. Diese 450 Millionen - ich bin dort zufällig Rechnungsrevisor und habe dies festgestellt - würde ich Sie bitten, noch durch 3 zu dividieren und entsprechend aufzuteilen. Herr Präsident, das können Sie sicher bewerkstelligen. Aber sonst nichts gegen dieses Vorhaben.

Was insgesamt die Ausgaben betrifft, Herr Präsident, müssen wir einfach feststellen, daß wir schon 302 Steuern haben. Wollen Sie unsere Bürger ganz ausziehen und nackt auf die Straße marschieren lassen, denn in einem sind sich Land, Region und Staat sicher einig: Je mehr Steuern desto besser. So werden diese 3 Institutionen zusammen zu unglaublichen und unverantwortlichen Inflations- und Steuertreibern, zum Schaden unserer Bürger, die diese Last mit der Zeit nicht mehr ertragen können.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß und fordere Sie auf, endlich davon abzugehen, daß man öffentliche Haushalte ständig durch zusätzliche Belastung der Bürger beliebig auffüllen und bereichern kann. Sie müssen das tun, was alle unsere Familien draußen auch tun müssen: versuchen, mit weniger Geld auszukommen, den eigenen Gürtel etwas enger schnallen und nicht nur den der anderen, denn das tun Sie ja, Herr Präsident, Region, Staat, Land. Sie schnallen nicht den eigenen Gürtel enger, sondern den der Bürger. Das ist bequemer und leichter. Ihr müßt weniger ausgeben und mehr sparen.

Unter diesem Aspekt gesehen darf ich, Herr Präsident, abschließend sagen, daß wenn wir diese Region abschaffen würden, würde das für den Steuerzahler eine jährliche Ersparnis von 250-300 Milliarden bedeuten, wenn wir die entsprechenden Kompetenzen auf die Länder übergehen ließen. So muß ich sagen, daß zwar ein Teil der eingeschriebenen Beträge von mir nicht akzeptiert werden kann, daß aber bestimmt nicht alles schlecht ist. Technisch ist der Haushalt gut abgefaßt. Ich möchte den Technikern ein Kompliment machen und auch jenen, die mit ihnen zusammengearbeitet haben. Der Bericht Andreolli war ausführlich, teils, wie ich meine mutig, teils zögernd, teils auch - so habe ich es empfunden - widersprüchlich.

Aber unter dem Aspekt, den ich vorher genannt habe und der Zugrundlegung dessen, was ich gestern und heute gesagt habe, könnte ich es nicht verantworten, diesem Haushalt zuzustimmen, weil die Region, Herr Präsident, ein Luxus geworden ist, den wir uns heute nicht mehr leisten können.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Ieri ho terminato il mio intervento parlando del Trattato di Maastricht ed ho affermato che, contrariamente a quanto afferma il Presidente nelle sue dichiarazioni programmatiche, Maastricht non rappresenta un passo avanti nell'Europa delle Regioni, bensì un vero e proprio schiaffo politico al regionalismo. Malgrado ciò la nostra responsabilità di fronte alla Regione ci impone di guardare avanti, verso il futuro, verso una nuova regione, che non è l'istituzione di cui noi facciamo ora parte, bensì una compagine regionale ben più allargata. Questa Regione del resto sarebbe troppo piccola per poter far sentire la propria voce in un'Europa delle Regioni Unite.

Ieri ho già accennato al fatto, signor Presidente Andreolli, che la Sua politica va in questa direzione solo a parole, poiché di fatto Lei sembra voler perseguire il ritorno alla politica di Degasperi. Lei poi ha parlato di riforma elettorale e l'ha rappresentata quasi come una necessità democratica per salvare le istituzioni, nell'interesse dei cittadini. Così Lei dice, ma non ci credo io e nemmeno la stragrande maggioranza della popolazione. Perché se da noi qualcuno dice che la governabilità è in pericolo, allora questo mi fa ridere. Perché ciò che è in pericolo proprio per eccesso di governabilità è la nostra stessa democrazia. L'opposizione è troppo debole e la colpa è sua e parzialmente anche mia. Ma uno dei motivi principali per cui l'opposizione da noi non può assumere quel ruolo che le spetterebbe all'interno di una società democratica, è costituito soprattutto dagli intrighi di potere che imperversano in tutta la società, dalla chiesa alla stampa. I vecchi partiti non

devono modificare il diritto elettorale. I vecchi partiti, signor Presidente, devono cambiare. Devono mettere nuove faccie al vertice oppure andarsene. I vecchi partiti in questi ultimi anni non hanno certo contribuito alla democratizzazione della società. Semmai è stata solamente l'opposizione a contribuire a questo processo. E questo "solamente" vorrei toglierlo, perché c'è stato anche nell'ambito degli organi di informazione questa o quella iniziativa che può essere vista come un valido contributo alla democratizzazione della nostra società. Ma non voglio dilungarmi oltre; dirò solo che a causa di queste trame di potere politico queste iniziative sono state troppo esigue. E tutto questo lo capisco, anche se non lo accetto: infatti non si può pretendere da un giornalista o da una giornalista, magari madre di famiglia, che sacrifichi tutta la sua carriera perché dire veramente come stanno le cose.

Ma veniamo alle cifre. Sarò breve. A disposizione del bilancio di competenza ci sono circa 420 miliardi, una bella somma per una Regione che ha così poche competenze. Le spese correnti, signor Presidente, ammontano al 75%. Solo un quarto è rappresentato da investimenti di capitale. E questo è poco. Ho già detto ieri che il bilancio non è credibile in tutti i suoi punti, ma non nel senso che sono stati alterati dei numeri, bensì che si è voluto dare una rappresentazione sbagliata dei fatti, riscrivendo anno per anno certi importi in bilancio. Mi riferisco in particolare al fondo di rotazione; qui si tratta di cifre che rimangono sempre sulla carta e non vengono tradotte in politica reale e concreta. Detto a chiare lettere, ciò significa prendere in giro la gente, in quanto si presenta un bilancio, ovvero una spesa con queste e quelle cifre - in questo caso erano 220 miliardi -, mentre in realtà dopo due anni ci sono ancora 150 di quei 220 miliardi sulla carta, che non sono stati spesi. E questo non perché alla Regione manchino i necessari mezzi finanziari. No, la Regione ha residui attivi incredibili per circa 500 miliardi, di cui la maggior parte rappresentati da crediti nei confronti dello Stato. Non voglio dire che lo Stato non abbia pagato; lo Stato, così come ha riferito il Presidente, ha assegnato questi fondi alla cassa della Regione. Comunque non è ragionevole che un'amministrazione pubblica lasci in deposito presso le banche somme talmente ingenti ed incassi i relativi interessi attivi. L'amministrazione pubblica funziona bene quando è in grado di spendere sensatamente e quasi completamente, anno per anno, le risorse finanziarie di cui dispone. Mi si dovrà dunque spiegare da dove provengono 507 miliardi di residui attivi iscritti al bilancio. Nel corso della discussione al bilancio è ormai diventata abitudine comune parlare quasi solo del bilancio di competenza, e questo è a dire il vero comprensibile, in quanto il bilancio di competenza rappresenta ciò che viene deciso a livello politico. Di solito viene considerato troppo poco il bilancio di cassa che comunque ha anche sua notevole valenza in quanto rappresenta le disponibilità reali; in questo contesto osserviamo che per le entrate di cassa ci sono 810 miliardi, ovvero 2.200 milioni al giorno oppure 92 milioni all'ora. E questo non è poco, signori Assessori della Giunta regionale.

Per le spese abbiamo questa situazione: c'è un bilancio di cassa di 672 miliardi, per cui voi siete autorizzati a spendere 1.850 milioni al giorno o circa 78 milioni all'ora (giorno e notte, 24 ore al giorno, per 365 giorni all'anno). Posso ben comprendere che l'Assessore sorrida di fronte a queste cifre. Ma, Assessore Bauer, voi avete una responsabilità non indifferente ed io mi auguro che in futuro vogliate essere più consapevoli di ciò di quanto non lo siate stati in passato.

L'IVA sugli scambi interni viene calcolata sui 122 miliardi con una maggiorazione del 12 per cento rispetto all'anno precedente. Io sono convinto che ciò sia esagerato. Signori, anche da noi si registrerà la crisi economica. I tassi dell'IVA sugli scambi interni non saranno l'anno prossimo tanto superiori rispetto all'anno in corso e pertanto ritengo che l'aumento del 12 per cento sia eccessivo. Per quanto concerne l'IVA sull'importazione - e questo argomento, se ben ricordo è stato già affrontato dal collega Benedikter - vorrei sottolineare che i 77 miliardi registrati sulla voce entrate dovrebbero essere stralciati. Noi tutti sappiamo che con il 1° gennaio 1993 non ci sarà più una simile imposta o una sua sostituzione, per cui non è giustificato iscrivere questi miliardi in bilancio. Io comprendo la sua tattica. Lei dice: noi non possiamo cancellarli dal bilancio, altrimenti non riceviamo più nulla dallo Stato. Politicamente capisco le Sue ragioni, ma tecnicamente no. Signor Presidente, poi

nella replica Lei mi dirà quale provvedimento concreto esista per poter incassare questi 77 miliardi. Io glielo dico subito: accordi verbali e promesse non sono una garanzia giuridica sufficiente per poter iscrivere questi importi in bilancio.

Per quanto concerne il bilancio triennale, che è relativamente nuovo per la Regione, sono state riportate qui delle cifre tanto per scrivere un bilancio. Tanto nessuno di noi prenderà sul serio tutte queste cifre. L'unica funzione che avrà questo piano triennale è che si potranno sin d'ora impegnare certe somme.

Che la Regione sia un'istituzione per la distribuzione di cariche e poltrone non può essere negato. 745 impiegati fissi, 10 in aspettativa: ciò è proporzionalmente più della Provincia, se si considera che si tratta di un'azienda di servizi. I 3,5 miliardi, che l'Assessore von Egen vuol regalare nel corso dell'anno elettorale alle Camere di Commercio, possono - lo auspico - ancora essere stralciati.

Per quel che riguarda la televisione che viene finanziata con un considerevole numero di miliardi, vorrei dire che sono preso dall'invidia, signor Presidente, quando vedo per ore la Sua faccia simpatica e quella dell'Assessore Romano alla televisione. Ma non posso non pensare che Lei con i soldi dei contribuenti finanzia qui gli interessi dei partiti di maggioranza. Gli altri partiti infatti non vengono neppure nominati. E non voglio parlare di me, io non ho interesse. Ma così non si può continuare. Questo lo vede anche il cittadino. E' una forma indiretta di finanziamento dei partiti che non è giuridicamente legittima e tantomeno giustificata dal punto di vista morale.

Per quel che riguarda i 3 miliardi per il ponte radio - ed ho constatato che non si tratta di un ponte radio (che già abbiamo), ma di ulteriori tratti per l'esistente ponte radio - si può essere d'accordo sull'importo. Solo non vedo perché la Provincia di Bolzano debba pagare proporzionalmente più della Provincia di Trento e più della Regione (interruzione)....No, non lo stesso importo. Gli altri pagano 1 miliardo e la Provincia paga ulteriori 450 milioni che avanzavano alla RAS e che non sono altro che risorse provinciali. La pregherei di voler dividere poi di nuovo per tre anche questi 450 milioni - per caso sono revisore dei conti e l'ho verificato -. Signor Presidente, sono convinto che riuscirà a sistemare la cosa. Per il resto non ho niente contro l'iniziativa.

Per quanto concerne le spese in generale, signor Presidente, dobbiamo constatare che esistono già interminabili tasse. Vogliamo spogliare del tutto i nostri cittadini e farli andare nudi sulla strada? Perché su una cosa la Regione, la Provincia e lo Stato si trovano sempre d'accordo: quanti più balzelli, tanto meglio. E così queste tre istituzioni diventano degli incredibili e irresponsabili sostenitori dell'inflazione e della fiscalizzazione, a danno dei cittadini, che a lungo andare non riescono più a sopportare tutti questi oneri fiscali.

Signor Presidente! Signore e signori! Arrivo alla conclusione e invito a desistere finalmente dal voler rimpinguare a piacimento i bilanci pubblici gravando sempre più sulle tasche dei contribuenti. Voi dovete fare ciò che fanno tutte le altre famiglie là fuori: cercare di farcela con meno soldi, tirare la cinghia e non solo quella degli altri, ma anche quella dello Stato, della Regione e della Provincia. Voi non state tirando la vostra cinghia, ma quella dei poveri cittadini. Dovete spendere meno e risparmiare di più.

Sotto questo aspetto va considerato che se noi abolissimo la Regione e delegassimo le competenze alle Province, questo si tradurrebbe in un risparmio annuo di 250-300 miliardi. Quindi devo dire che parte degli importi iscritti non trova il mio consenso, ma sicuramente non tutto è sbagliato. Tecnicamente il bilancio è fatto bene. Vorrei fare un complimento ai tecnici e a tutti coloro che hanno collaborato alla stesura di questo documento. La relazione di Andreolli è stata esuaria, in parte coraggiosa, in parte tentennante, in parte anche contraddittoria.

Ma in considerazione del quadro che ho delineato ieri e le affermazioni da me fatte, non posso dare il mio voto favorevole al bilancio, perché la Regione, signor Presidente, è diventato un lusso, che non ci possiamo più permettere.)

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Meraner.

Ich gebe jetzt das Wort der Abg. Zendron.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Meraner.

Do ora la parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Grazie, signor Presidente. Il Presidente della Giunta regionale, nella sua relazione ha fatto una scelta molto precisa e cioè quella di porre il problema principale davanti a tutto il suo discorso e trattandolo abbastanza a fondo.

In una discussione che ha avuto luogo circa un anno fa dissi che questa Regione mi sembrava morta e poi aggiunsi che mi sembrava però non fosse morta la Regione,

il concetto cioè di un organismo in cui ci stiano almeno le due Province e poi anche con un ampliamento futuro.

Mi sembra che questa volta non si sfugga a questi problemi, di fatto però mi dispiace assistere in questi anni ad un progressivo degrado della Regione, si può dire che da quando tre anni fa il consigliere capogruppo del SVP Brugger fece la sua dichiarazione provocatoria, non del tutto discussa all'interno del partito sulla necessità di abrogare la Regione, mi sembra che questi tre anni passati non sono stati utilizzati per fare una riflessione ed arriviamo adesso quando le cose si sono logorate molto.

Ci sono delle cose nuove, una parte storica che sicuramente è importante ricordare e che ha un significato particolare se fatta dal Presidente trentino della Regione, in cui si ricorda la storia della Regione e non si cerca di coprire qual è l'origine, che è una delle ragioni per cui si vuole l'abrogazione di questa Regione, non riuscendo ad accettare un'evoluzione e volendo sempre, anche in questo clima vendicativo, di revanscismo in cui tutto deve essere giustiziato, non si vuole accettare che un organismo, anche se nato in una determinata condizione storica, pure criticabile avendo avuto degli aspetti negativi, non possa evolvere e debba essere comunque eliminato.

Credo tuttavia che questo tono sia un parte autoflagellante, mi chiedo se non sia un modo per ingraziarsi una SVP che è riluttante a portare avanti questo progetto comune e mi chiedo se questo sia il modo per convincere la SVP ad andare avanti, oppure se non si debba trovare un'altra via.

Non credo che porti molto continuare esclusivamente a rinvangare nel passato ed assumersi le proprie colpe, credo sia importantissimo conoscere la storia, però non si può far sì che le persone che vivono oggi debbano comunque sentirsi colpevoli per qualcosa che è successo 50 anni fa, credo ci sia una differenza in questo modo.

In questo senso ho letto nella relazione del Presidente Andreolli anche una certa incapacità di capire la realtà di oggi e di sapere cosa sta succedendo nella nostra realtà locale. Basti vedere questa inarrestabile tendenza a confondere i sudtirolesi italiani ed i trentini e di non riuscire a capire il nesso profondo che c'è fra identità ed ambiente, la scelta facile di trovare un collegamento stretto ed unico tra l'identità e la lingua, senza capire come ci sia anche un'identità diversa, più locale, che sicuramente fa sì che i trentini non siano la stessa cosa degli italiani del Sudtirolo.

Credo che sia difficile pensare a costruire una regione alpina che si estenda sul territorio del vecchio Tirolo o anche in maniera più ampia, come viene fatto nell'ipotesi del Presidente Andreolli, con queste premesse...

(interruzione)

ZENDRON: Grazie. Rimane irrisolto nella proposta di euregio e ripresa in aula da molti la proposta fatta dal Presidente Andreolli, se il modello a cui si fa riferimento sia quello del Tirolo plurinazionale che esisteva fino alla fine dell'800, oppure se sia quel Tirolo degli inizi del '900, un Tirolo avvelenato

e lacerato dai movimenti nazionalisti, che ha portato alla fine dell'esperimento plurinazionale dell'impero asburgico e che era caratterizzato da quegli stessi sentimenti di cui vediamo compitamente oggi le conseguenze in Jugoslavia, cioè da quel sentimento di esclusività, di ritaglio dello spazio per se stessi nella ricerca impossibile di una omogeneità culturale e nazionale, all'interno di un territorio in cui si sia soli tra di noi.

Se è questo Tirolo degli ultimi anni dell'800 e dei primi del '900 che si vuole tornare, non mi sembra che questo sia un ideale.

Credo anche che l'intervento del collega Kuštatscher di ieri, che mi ha colpito per il suo basso profilo, perchè Kuštatscher ha parlato del cellofan da togliere al Bollettino, del problema di convocare le Commissioni, però ho riflettuto sul perchè il cons. Kuštatscher abbia tenuto un così basso profilo nel suo intervento, credo di poter capire perchè Kuštatscher è uno di quei politici che sono interessati alle cose concrete e che sono legati molto alla realtà ed alla gente normale e credo che per questo rifugga più di altri dalla tentazione dell'architettura istituzionale. Per cui tanti fanno i voli d'uccello rimanendo in un ambito molto intellettuale e poco concreto, in cui in realtà non si dice di rafforzare i rapporti con i nostri vicini, perchè abbiamo dei problemi comuni, perchè abbiamo un sentire comune, perchè viviamo nello stesso eco-sistema.

Quindi abbiamo tante cose in comune, perchè anche lo stesso mescolarsi di alcune zone, rende impossibile quasi non avere dei rapporti che permettano di addolcire lo strappo che può esserci nello spostamento all'interno di un territorio, che tutto sommato è abbastanza omogeneo, però nella diversità, perchè la caratteristica di questo territorio, che so benissimo per l'SVP finisce a Salorno e che invece in alcuna maniera, neanche rifacendoci ai modelli storici può finire a Salorno, ma deve andare più in giù, però che penso per i trentini stessi non significhi poi una chiusura tipo muro a Borghetto o Ala, ma deve comunque significare che l'essere sicuri, il sentirsi tra di noi all'interno di un territorio più ampio, che non sia solo quello trentino o Sudtirolese, significa che comunque i rapporti con chi sta al di là dei nuovi confini dovrebbero migliorare.

Credo che la cosa fondamentale sia quella di valorizzare le differenze esistenti, in nessuna maniera cercare di semplificarle, di perdere un pezzo, come l'SVP che vuole perdere il Trentino, perchè l'atteggiamento che forse viene politicamente trascritto di insofferenza verso la Regione, in realtà è un atteggiamento di insofferenza verso una vicinanza che si fa finta non esista. Sono stati portati ieri gli esempi dell'università, fa ridere andare fuori dal nostro piccolo territorio e dire che l'SVP non vuole che abbiamo rapporti con Trento, però intanto è successo per trent'anni e nessuno ha mai rilevato la follia di un atteggiamento di questo genere, mentre più giustificato era la paura di un'università all'interno del territorio sudtirolese, anche lì per ragioni storiche che hanno bisogno spesso di decenni per essere ammorbidite e superate.

Ritornando alla relazione del Presidente, credo sia molto importante, se si vuole far sì che la caratteristica di questa nuova Euregio sia quella sua propria, è che le differenze che ci sono vengano considerate, che non si consideri differenza la questione della lingua, perchè non è così. Il Tirolo è profondamente diverso e c'è uno studio anche recente, ad esempio sui libri che vengono usati in Sudtirolo ed in Tirolo e si vede una mancanza di conoscenza grandissima, che anche ha fatto gridare all'allarme, ma che è nei fatti e di cui si deve tenere conto, senza esaltare la diversità, ma tenerne conto perchè è un fatto positivo di ricchezza che ci siano delle diversità.

In realtà il lungo cammino dello statuto di autonomia sudtirolese è un cammino molto originale, rarissimo da trovarsi in situazioni analoghe, ma proprio che si potrebbe descrivere come l'accettazione della complessità, cioè dell'accettazione di quanto esiste anche se è scomodo, perchè non è una soluzione che fa fare i salti di gioia, come nessuna soluzione che parte da un conflitto, perchè se c'è un conflitto non è che con la bacchetta magica o due leggi il conflitto si risolve, però si trova un quadro all'interno del quale i contrasti, le differenze, anche i conflitti di vario genere rimangono in un quadro pacifico e questo credo che al di là di tutte le cose sia la caratteristica principale della soluzione

del conflitto sudtirolese.

Credo che in una regione che vuole entrare, che vuole essere uno strumento utile per la soluzione dei problemi delle popolazioni che vivono, questo deve essere il concetto di partenza, di accettare che ci siano tanti con tante differenze, di essere uno spazio in cui si discutono le cose che è necessario discutere in comune, basti pensare quante cose estremamente concrete si è scoperto negli ultimi anni hanno in comune regioni alpine che prima non avevano in comune, perchè in realtà nelle regioni alpine si è vissuto molto vicini, senza avere rapporti particolari, però sentendosi analoghi.

Oggi c'è uno sviluppo della viabilità che mette fortemente in contatto queste popolazioni e lo stesso sviluppo con i problemi di traffico mette insieme anche i loro grandi problemi. Quindi aspetti positivi e anche negativi, queste cose sono il terreno concreto su cui si deve lavorare in comune.

La Regione di cosa si è occupata? Ho guardato a pag. 13, c'è il riassunto dei punti che sono stati affrontati, per esempio l'impegno costante per la chiusura del "Pacchetto", questo è vero, però quando si parla di tutela delle minoranze linguistiche, allora vorrei chiedere che cosa è stato fatto per quel problema di minoranza linguistica che coinvolge sia il Sudtirolo che il Trentino, cioè la questione ladina, a me sembra che sia stato fatto poco, che non si è ottenuto il censimento separato per i ladini del Trentino, che ci sono dei problemi per garantire la riserva di posti nelle scuole agli insegnanti di lingua ladina.

Mi sembra che la Regione non abbia usato tanto il suo ruolo, riconosco che il Presidente Andreolli personalmente ha fatto delle cose, però non si è riusciti a creare una situazione in cui effettivamente la Regione fosse un elemento fortemente propositivo per la soluzione del problema di una maggiore omogeneizzazione dei diritti delle popolazioni ladine, indipendentemente da dove vivono. Quindi direi che questo punto della tutela delle minoranze linguistiche può essere considerato complessivamente avente un bilancio negativo.

Sulla valorizzazione della partecipazione popolare alla vita dell'autonomia, intanto devo dire che la legge 241 sono tre anni che viene applicata in tutta Italia e da noi non c'è traccia, e per quello che riguarda la 142 credo non ci sia stata poi una così grande valorizzazione della partecipazione popolare, perchè la legge è stata recepita nel nostro ordinamento, cercando anzi di ritagliare quelli che sono gli elementi più forti della partecipazione popolare, tipo ad esempio il referendum, che non verrà messo.

So benissimo che questa non è la responsabilità del Presidente della Regione, però qui parliamo di bilancio e facciamo il bilancio dell'attività della Giunta regionale.

La Regione nell'ultimo anno si è occupata oltre che della legge sull'ordinamento dei comuni anche delle leggi sulla previdenza integrativa e qui non posso che confermare quanto è stato detto dalla collega Klotz, che quando si guarda la vera applicazione di questa legge vengono fuori tutti i dubbi che abbiamo avuto e che abbiamo espresso, sia pure con delle valutazioni di apprezzamento per il lavoro per queste proposte, però vediamo il modo con cui è stato fatto e la mancata considerazione di certe osservazioni da noi svolte, fanno sì che questa sia una legge che provoca ingiustizia, ognuno di noi ha tantissime segnalazioni di persone che avrebbero bisogno di questi interventi e che non hanno diritto, mentre invece ho avuto delle segnalazioni di persone che hanno detto: quasi mi vergogno perchè non ne ho bisogno, ma visto che mi date dei soldi io me li prendo.

Quindi questa è stata un'esperienza molto negativa, che poi si è trascinata anche per tantissimo tempo, mi chiedo adesso se non sarebbe stato più giusto dare questa competenza alle Province, che avrebbero potuto intervenire in maniera integrata, riuscendo a fare un'integrazione fra le necessità di tutti e garantendo effettivamente la giustizia ed il pari trattamento rispetto alle scelte che vengono fatte.

Invece che cosa dice nella sua relazione il Presidente Andreolli, che è estremamente illuminante su questo punto: "E' stata determinante la volontà di restituire alla famiglia una sua

centralità sociale ed educativa, spesso minacciata da condizioni culturali che tendono a non riconoscerle sempre questo ruolo."

Questo tradotto significa semplicemente che quando la società si evolve trovando una diversificazione di ruolo all'interno della famiglia, la regione interviene per ripristinare i vecchi ruoli. Sappiamo tutti i dubbi che ci sono stati, le differenze di opinione, però mi sembra che sia veramente un capolavoro questa cosa per dire. Non sono d'accordo con Morandini, però difendiamo la legge perchè tanto è fatta. Chi invece ne vede le conseguenze nella realtà, vede delle conseguenze estremamente negative.

Voglio entrare brevemente in due questioni che non riguardano la relazione del Presidente Andreoli, ma in generale la questione del bilancio. Un punto mi sembra importante, cioè non viene previsto neanche per gli anni successivi una riduzione del bilancio e questo mi ha un po' sorpreso, nel senso che siamo di fronte a tempi difficili, tutte le previsioni sono difficili, ad esempio nel bilancio della Provincia di Bolzano c'è con molta chiarezza espresso il dubbio se in futuro avremo le stesse entrate, oppure se ci saranno delle differenze, qui mi sembra che questo problema non venga posto.

Chiedo se vengono fatte anche delle riflessioni, su che cosa verrebbe modificato nella strategia complessiva della Regione, nel caso appunto di riduzioni che potrebbero essere anche consistenti, nel senso che credo che una riduzione non significa un ritaglio di qua o d'là, ma un ripensamento di tutto quello che è il programma.

Mi permetto ancora di aggiungere due osservazioni più concrete, ci sono due capitoli che mi sembra non siano ridotti e che invece proporrei di ridurre e sono quelli delle consulenze, perchè non è chiaro fino a che punto siano utili, a cosa servano e non è chiaro con quali criteri vengono affidate, ecc. sicuramente sempre a studiosi importantissimi e serissimi, però ci vorrebbe più trasparenza in questo campo.

L'altra questione è quella dei convegni. Credo sia molto importante trovare dei luoghi di confronto ad alto livello, in cui ci sia una partecipazione internazionale molto qualificata e che poi normalmente si risolve nella pubblicazione di atti che anche se uno non va al convegno poi li legge e sono utili ed importanti, però credo che nello stesso si debba pensare ad un investimento in un tipo di convegno meno elitario, in cui sia permessa anche una partecipazione da parte della gente, in cui entra con le problematiche reali della gente, che poi sono quelle che devono essere risolte. Questo eviterebbe di andare troppo avanti in questo modo di discutere di Euregio ed eviterebbe che questo progetto diventi di architettura istituzionale, estremamente sofisticato, ma molto staccato rispetto all'esperienza della gente e quindi anche impoverito di quella partecipazione assolutamente necessaria della gente, nella costruzione di un progetto che deve essere riempito di persone, di cose, di realtà.

In questo senso sicuramente c'è una mancanza, cioè i convegni della Regione vengono tenuti per ora ad un livello troppo elitario.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)
(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, avevo ritenuto, sbagliando, nella giornata di ieri, in considerazione dell'intenso dibattito che si è sviluppato a seguito delle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale, che un intervento da parte mia potesse essere considerato superfluo o comunque inutile.

Stamattina mi sono ricreduto, signor Presidente della Giunta regionale, visto l'ampio spazio che i giornali locali hanno ritenuto di dare al dibattito medesimo ed allora nella considerazione

che coloro che intervengono saranno iscritti nella gloriosa serie degli anonimi, ho ritenuto di non dover fare un torto a nessuno e prendere la parola, signor Presidente della Giunta, su questo bilancio 1993.

Un bilancio che ci mette di fronte non soltanto ad una serie di cifre che costituiscono la suddivisione tra le entrate e le uscite, ma soprattutto mi preme di dover sottolineare non già la consistenza in termini finanziari del bilancio, quanto invece annotare alcune considerazioni di carattere politico che in questo contesto generale, nel quale ciascuno di noi ha il dovere di porsi sul piano della più attenta meditazione per quanto riguarda quello che succede intorno a noi, ci mette nella considerazione di dover soprattutto svolgere, come è nel nostro dovere e come è nel nostro costume di forza di opposizione, sottolineare gli aspetti politici che emergono dalla sua relazione.

Mi sia consentito, non già per ripercorrere, dal punto di vista cronologico, la sua relazione Presidente, annotare immediatamente come sue alcune affermazioni possono essere ricomprese in un volume che appartiene alla mia modesta biblioteca e che raccoglie il cosiddetto "stupidario antifascista", signor Presidente della Giunta regionale. E tra le note pubblicate dallo stupidario antifascista mi permetto di leggerne una che si concilia con le sue valutazioni, contenute nella prima parte della relazione.

Il vero dramma dell'Italia è che tutti sono fascisti senza saperlo, tanto è vero che sentono la necessità, appena aprono la bocca.

Signor Presidente della Giunta regionale, avrei motivo di continuare su questa falsa riga per molti minuti, ma ritengo sia opportuno liquidare il tutto in poche battute, anche perchè quando ho preso la parola mi è venuto a mancare un altro interlocutore, il Presidente del Consiglio, il quale può essere annoverato nelle massime contenute dallo stupidario antifascista, nei confronti del quale non posso non ricordare come coloro che sempre più vanno ad aumentare la schiera dei "conigli" - un termine che si usa per esprimere conigli di grosse dimensioni - allora signor Presidente della Giunta e del Consiglio, ho immediatamente liquidato...

PRESIDENTE: Consigliere, la pregherei...

TAVERNA: Mi consenta, signor Presidente del Consiglio, altrimenti perdo il filo e siccome sono abituato a seguire un processo logico che mi induce ad aprire prima il cervello e poi la bocca, se interrompe il flusso di questo processo logico mi fa perdere la vena.

Ho liquidato questo problema in poche battute, così come vi avevo promesso e quindi dopo aver fatto questa necessaria e dovuta considerazione andiamo a parlare di cose un pochino più importanti.

Onorevole Presidente della Giunta, ci vuole convincere che si trova a capo di un esecutivo compatto, che mostra quotidianamente, non dico i muscoli, perchè quelli li mostriamo noi, anche perchè la nostra muscolatura è più rafforzata dall'ultimo risultato elettorale ed il MSI in questo momento gode di buona salute e ci auguriamo che questa buona salute possa essere così forte nelle prossime occasioni elettorali, che per quanto riguarda la nostra assemblea legislativa non sono così distanti.

Tenuta della maggioranza. Non so se questa maggioranza tenga o non tenga, ritengo che questa maggioranza sia composta da forze politiche in ordine sparso, ognuna delle quali ha propri interessi ed obiettivi da realizzare, addirittura all'interno della vostra Giunta ci sono assessori e quindi responsabilità dirette e di gestione che rispondono non tanto a logiche di partito, ma soprattutto a logiche assessorili e potrei fare nomi e cognomi, ma faccio sempre agio dell'intelligenza dei miei interlocutori e so benissimo che quando parlo di logiche e di interessi di tipo squisitamente assessorile, gli occhi nostri sono puntati su determinati assessori.

Signor Presidente, quando lei si sforza di rappresentare quindi un'immagine di una Giunta che goda buona salute, il collega Andreotti ieri si è divertito a numerare le occasioni in cui

questa Giunta ha dimostrato la tenuta, ma se questa è la tenuta mi domando cosa avrebbero dovuto fare i nostri fanti sul Piave, perchè se avessero tenuto in questo modo si sarebbero ritrovati in Sicilia o in basilicata!

Allora se il quadro nei confronti del quale lo scenario che lei prospetta e lo prospetta da un punto di vista storico e cronologico per quanto riguarda gli anni trascorsi e questo scenario lo prospetta anche in relazione a quel poco di legislatura che ancora ci rimane ed in questo lei fa esplicito riferimento al fatto che la colpa ovviamente delle cose che non marciano con la velocità giusta, marciano in prima e quindi a velocità ridotta, perchè ridotto è il ritmo del lavoro del Consiglio regionale.

E in questo senso noi dovremmo associare alle sue dichiarazioni anche quelle che sono venute dai banchi di altra opposizione, una opposizione di comodo, di facciata, che è pronta a contrattare non già posizioni che potrebbero essere ritenute quantomeno nobili sul piano del raggiungimento degli obiettivi, ma si limitano in un drammatico gioco delle parti, sempre più drammatico, perchè la società civile ha dato ormai segnali di come sia insofferente soprattutto a coloro che intendono giocare, come hanno sempre fatto, magari cambiando il volto, oppure adoperando una maschera, così come si faceva nel teatro greco, signor Presidente, gli attori si presentavano non con il proprio volto, ma usavano una maschera, una forma tipica delle rappresentazioni di questo tipo di spettacolo.

Allora non mi limiterò soltanto a focalizzare le mie critiche sulla tenuta della maggioranza, la maggioranza non può esistere, è politicamente inesistente, perchè inesistenti politicamente sono le forze politiche che la compongono e quando parlo di essere politicamente inesistente, non voglio liquidare in poche battute un problema che è di grande importanza, soprattutto in questo contesto politico generale, quando parlo di inconsistenza politica delle forze politiche che compongono la maggioranza e la Giunta, mi riferisco soprattutto alla DC ed al PSI.

Nei confronti di quest'ultimo partito non sto qui a voler divertirmi, come ha fatto ieri sera il collega Andreotti, quando ha fustigato i costumi del PSI, oltretutto noi missini siamo abituati anche a pensare che non è giusto infierire su chi ormai non esiste più ed allora, signor Presidente della Giunta, quando nella sua relazione dice: "noi viventi", mi viene spontaneo il paragone tra colui che andava combattendo ed era morto e lei signor Presidente che si è sforzato di rappresentare un'immagine che non esiste, una Giunta che è a pezzi, una incapacità politica di dar corpo ad una istituzione ormai vuota e mi dispiace dover riconoscere questo dato, un dato che è determinato proprio dalla vostra insipienza nel farvi svuotare la scatola.

Voi avete consentito che i ladri di Pisa potessero accedere al vostro tesoro, alla vostra cassetta di sicurezza, con i grimaldelli che per anni sono stati usati per svuotare questa scatola, siete ridotti ormai a teorizzare sull'aureo-legio - signor Presidente, mi hanno insegnato il latino, ho avuto la fortuna di essere stato educato in anni ancora in cui alla scuola veniva insegnato il latino - io conosco non l'aureo-regio, conosco la decimo-legio, la decima-mas è proprio figlia della decimo-legio ed allora avendo io come punto di riferimento i Cesari, gli imperatori ed avendo ancora un sogno ed avendo anche il coraggio di pensare che bisogna pur sognare in politica, soprattutto se il sogno in politica può costituire la linfa vitale che consente agli uomini politici di poter produrre, di poter essere concreti e seguire una strada, un'indicazione.

Lei parla di Euroregio non già in termini sui quali anche noi siamo del tutto consenzienti, quando immaginiamo che l'Europa possa con dignità rappresentare nel mondo quello che le compete, ma mi consenta, signor Presidente, a lato della discussione che intendo sviluppare nel corso del mio intervento, prendere due esempi, che sono significativi di una certa realtà nella quale siamo gioco-forza costretti a convivere, una realtà che ha visto l'Europa e l'Italia latitanti, per quanto riguarda il conflitto della vicina ex Jugoslavia, latitanti i governanti italiani con un Ministro degli Esteri che farebbe meglio a dimettersi, perchè ci rappresenta in maniera così indegna ed indecorosa, che

addirittura si fa intimorire dalla Slovenia, per quanto riguarda la definizione di confini orientali.

Ma abbiamo anche un Ministro della Difesa, che è socialista, il quale quando lo si vede sugli schermi televisivi ha due guance grosse, non so se il Ministro Andò abbia in questi giorni male di denti, sicuramente con tutti i ceffoni che si è preso dagli americani il Ministro Andò dovrebbe ricorrere ad una protesi per rinforzare la sua capacità mascellare e quindi la sua possibilità di masticazione dei cibi. Ritengo che figure di questa natura un governo che abbia gli attributi, signor Presidente della Giunta, non possa permetterselo. Mussolini ci andò davvero in Africa e mi consenta questa battuta sulle spalle del cognome del Ministro Andò, oltretutto il Ministro Andò, se andiamo ad interpretare il suo cognome, rappresenta il passato remoto del verbo andare, lui è già andato da Ministro signor Presidente, è un trapassato, lei dice: "uomini viventi", signor Presidente nella sua relazione, siete anime morte, siete degli zombi, come diceva il vostro illustre Presidente della Repubblica, nei confronti del quale nutriamo ancora stima e simpatia.

Mi consenta, signor Presidente, di dirle che questi spunti di politica estera sono pertinenti in relazione a quanto lei ci ha comunicato nelle sue dichiarazioni di ieri, anche perchè se è consentito a lei, signor Presidente, di fare della politica estera, sia consentito anche a me stesso di poter meditare su alcune considerazioni che appartengono alla politica estera.

Lei parla di ancoraggio internazionale, ma guarda caso abbiamo ricevuto dal Governo risposte a nostre precise interrogazioni sul fatto che la chiusura del pacchetto è un fatto interno allo Stato italiano e quindi non può essere ancorato in alcun modo, a meno che non si pensa di poter ancorare il pacchetto, così come sono state ancorate alla fonda le navi italiane che avrebbero dovuto trasportare in Somalia i paracadutisti, se fosse così poco mi importerebbe e sarei assolutamente non preoccupato su un ancoraggio di questo tipo.

Ritengo invece che lei, signor Presidente, non abbia i titoli per poter sbilanciarsi, seppure presiede una Giunta, con una forza politica come lo SVP, che fa di tutto per aumentare richiesta dopo richiesta le pretese e quando lei si fustiga da trentino e si presenta con un fare dimesso, si presenta come i fiorentini avrebbero voluto che si presentasse Dante, con il capo cosperso di cenere, ma questo non è dignitoso, signor Presidente, non tanto per lei, quanto per l'incarico che lei riveste in questo momento e non è dignitoso nemmeno per i suoi amici di partito che nel bene o nel male comunque hanno governato questa Regione in anni difficili e nei confronti dei quali il MSI vuole ricordarne soltanto uno e lo ricorda volentieri, proprio per le motivazioni opposte di cui il collega Andreotti ieri l'ha ricordato, e ricordiamo l'avv. Tullio Odorizzi, Presidente della Giunta regionale, nei confronti del quale il MSI diede i propri voti, diede il sostegno, l'unica volta nella storia di questa assemblea legislativa che il MSI, che si onora di essere oggi partito di opposizione, domani non si sa, non poniamo limiti alla divina provvidenza, perchè il vento che spira nelle nostre vele fa presupporre che i nostri vascelli possono con rapidità abbandonare le secche e quindi avventurarsi in lidi ed in spiagge che sul piano politico sono tutte da scoprire.

Siamo convinti allora che ricordare l'avv. Tullio Odorizzi, Presidente democristiano della Giunta regionale negli anni in cui la vertenza dell'Alto Adige si trovava di fronte ai tribunali internazionali ha significato non soltanto per l'uomo il Presidente Odorizzi, ma anche per gli uomini che in quel contesto rappresentavano il MSI, uomini dignitosissimi, l'avv. Mitolo ed il dott. Preve Ceccon, che senza chiedere nulla hanno dato l'appoggio, perchè in quel momento si doveva rappresentare, a livello della pubblica opinione internazionale che la Regione poteva essere governata ed aveva la capacità politica di essere governata con la Giunta Odorizzi, nel pieno conflitto e nel pieno della rivendicazione del SVP nei confronti del panorama internazionale, dove l'Austria si è rappresentata come paladina protettrice degli interessi e delle popolazioni, così duramente provate dalla cosiddetta trentinizzazione della Regione.

Signor Presidente della Giunta, ritengo che sotto questo profilo, se dovessimo allora limitarci a questi pochi spunti, avremo già le motivazioni sufficienti per dire ancora una volta che il

MSI non può in questa occasione ribadire la propria convinta opposizione, un'opposizione che è di principio, che trova linfa in diverse concezioni della cultura, in una diversa concezione del mondo e della politica, in una più onesta rappresentazione della politica attraverso la formazione di partiti e quindi non siamo pregiudizialmente contrari all'esistenza di partiti.

Individuiamo nel partito lo strumento necessario, affinché come la Costituzione ben descrive, lo strumento necessario per la realizzazione del consenso e quindi per la determinazione degli indirizzi generali, i partiti di regime, i partiti che oggi vogliono con una subdola operazione, che ha già dato i suoi segni negativi e per fortuna si sono evidenziati quando alla prima occasione la cosiddetta alleanza democratica ha fallito ed allora quando a Fiumicino si sono contrapposti i due modi di fare politica, ma in termini esclusivamente nominalistico, vale a dire la Democrazia Cristiana dell'on. Sbardella e l'alleanza democratica sotto le bandiere dell'on. Segni, abbiamo visto che laddove il volto della politica non è immediatamente riconoscibile, laddove gli uomini della politica, che si chiamano politicanti, non acquisiscono credibilità e quindi vengono sconfitti e la gente preferisce allora, tra il trasformismo e la conservazione, addirittura si preferisce Sbardella a Segni.

E questo la dice lunga anche sulla volontà politica da parte di questa Giunta e anche da parte del suo Presidente, il quale è prigioniero di una realtà politica, che lo vede impotente di fronte al raggiungimento del suo disegno, che ha come obiettivo quello della riforma istituzionale, che in realtà altro non è che una riforma elettorale, nei confronti della quale il "niet" del SVP ha posto voi nella condizione di dover assecondare questo disegno, o attraverso una iniziativa legislativa, cosiddetta di iniziativa consiliare, ma non già con una organica proposta, che possa ovviamente determinare sulla stessa la convergenza delle forze politiche della sua Giunta e della sua maggioranza.

A questo proposito mi sembra anche giusto dover sottolineare un'altra questione, che ritengo opportuna. Signor Presidente della Giunta regionale, lei ha cercato di difendersi dalla possibilità di essere confuso con un movimento che si sta sempre più determinando e sempre più rappresentando una minaccia nei confronti della unità nazionale e nei confronti della visione di uno stato unitario. Quando lei vuole prendere le distanze da un mal concepito secessionismo, in realtà non si accorge che questo secessionismo, più o meno latente e appariscente, altro non è che il risultato di una semina che voi avete fatto.

Qual è allora la differenza tra questa concezione federalistica, dove nessuna sa a cosa porti e la concezione di cui oggi alcune forze politiche hanno cercato di riverniciare la propria immagine, assumendo come collante ideologico questa visione federalistica, che nasconde un processo di secessione, di distruzione della unità nazionale e non possiamo, a questo riguardo, che essere preoccupati.

Siamo preoccupati per le conseguenze che sul piano politico si possono determinare in un contesto economico e sociale, signor Presidente della Giunta e anche sotto questo profilo cercherò di mettere in evidenza gli aspetti del bilancio delle cifre, degli investimenti, delle spese correnti, delle spese improduttive, delle spese voluttuarie, il bilancio che dovrebbe costituire per il 1993 la realizzazione di una qualsiasi linea politica, mi sia consentito di dire come io creda che proprio dai germi che sono stati ben distribuiti della concezione federalistica in contrapposizione alla concezione unitaria dello Stato, risolta già del 1848, quando Mazzini vinse sulle tesi di Cattaneo, questa è la storia, signor Presidente della Giunta regionale, ma vogliamo oggi, ad oltre un secolo di unità nazionale, riproporre i termini della questione, che nel 1848 erano stati risolti da coloro che hanno costruito l'Italia? Credo proprio di no.

Allora se Mazzini ha vinto nel 1848, è antistorico cercare di far vincere oggi, alle soglie del 2000, Cattaneo, anche perchè in un contesto nel quale la costruzione dell'Europa pare così difficile, soprattutto perchè i popoli europei non hanno ancora capito che bisogna spogliarsi dei vecchi egoismi e bisogna guardare al futuro delle proprie culture ed in questo contesto allora la polverizzazione regionalistica non ha senso, perchè se i popoli non sono nella condizione di poter, con

le loro classi dirigenti, dar vita alla unità europea, non vedo come si possa costruire questa unità, con la euro-regione alpina, signor Presidente, non credo che questa sia la soluzione.

Credo viceversa, così come anche la storia ci insegna, ma soprattutto i fatti di oggi ci fanno vedere come questi processi siano difficili, alle volte sembrano lenti, ma poi esplodono improvvisamente e guarda caso, dopo che il muro di Berlino è stato abbattuto da pochi mesi, improvvisamente la potenza della Germania e del mondo tedesco si sta evidenziando come non mai e mentre negli anni '30 e nel 1939, signor Presidente della Giunta, il mondo tedesco ha cercato di unificare l'Europa con i carri armati e le divisioni, oggi ci troviamo nella condizione che la Germania l'Europa la unifica, ma all'insegna del marco. E quando vediamo che il marco oggi costa circa 900 lire, ci rendiamo perfettamente conto che questa è una realtà di fronte alla quale non possiamo chiudere gli occhi.

Queste cose le dico con realismo politico che gli uomini politici dovrebbero avere, pur nelle rispettive responsabilità e sappiamo che le nostre responsabilità ci vede ben poca cosa, però anche noi possiamo contribuire affinché un equilibrio ed un'Europa si possa raggiungere e affinché si possano temperare le opposte esigenze e gli opposti interessi.

Quando allora parliamo di bilancio della regione Trentino-Alto Adige e parleremo nei prossimi giorni anche di bilancio delle rispettive due Province autonome, non possiamo prendere a riferimento la politica del governo, che a questo proposito sta tentando di attuare.

Poiché ho avuto l'avventura di anticipare e la fortuna di averlo fatto, alcuni dati che oggi la stampa mette in evidenza con titoli molto emblematici, circa le previsioni dell'OXE, per quanto riguarda le possibilità di sviluppo della nostra comunità nazionale e di conseguenza di sviluppo della nostra comunità regionale.

Se le previsioni della finanziaria, approvata qualche settimana fa dal Governo, sono smentite dai dati OXE, e credo che questi dati rappresentano un punto di riferimento nei confronti del quale è difficile prevedere una qualsiasi contestazione, circa la loro veridicità e circa la loro consistenza dal punto di vista oggettivo, credo che a questo proposito non possa non sfuggire a qualsiasi attento osservatore delle cose della politica, come queste previsioni sbagliate influiranno evidentemente anche sulle nostre popolazioni.

Stiamo per incominciare ad attraversare un periodo che sicuramente è difficile, ormai tutti parlano di recessione, siamo di fronte ad una politica recessiva, che ci vede oggettivamente costretti alla formulazione di questo tipo di politica, perchè il trattato di Maastricht ce lo impone. La svalutazione non può superare dell'1,5% la percentuale di svalutazione dei tre paesi che si sono comportati meglio, il prodotto interno lordo sul prelievo fiscale deve essere in un certo modo e sappiamo invece che oggi il prelievo fiscale è del 51% rispetto al prodotto interno lordo, un prelievo fiscale che è diventato iniquo e vessatorio e lei nella sua relazione, Presidente, ancora una volta si dimostra convinto sulla necessità di regalare alla Regione Trentino-Alto Adige una sua capacità impositiva.

Ritengo che sia difficilmente sostenibile una proposizione di questa natura, ma anche una linea politica di questa natura. Quando poi abbiamo assistito alla mancanza di volontà politica per risolvere il problema dell'imposta di soggiorno, residuo nel contesto della società italiana e quando abbiamo visto, giocando sulla competenza o meno della Regione, rispetto alle due Province, per l'abrogazione di questa imposta abbiamo assistito ad una situazione che è un misto di tragedia e di commedia. Abbiamo visto i provvedimenti adottati dal Consiglio provinciale di Trento, che in due occasioni, con la finanziaria 1992, aveva neutralizzato l'imposta per un periodo di 9 mesi e successivamente con la finanziaria dell'assestamento il Consiglio provinciale di Trento aveva legiferato circa la soppressione dell'imposta di soggiorno, a partire dal 1° gennaio 1992 ed ecco che è in corso questo provvedimento nel mirino del Governo, che lo ha respinto e quindi il Consiglio provinciale di Trento, in seconda lettura della finanziaria per l'assestamento, ha dovuto prendere atto del mancato

visto del Governo e quindi ha soppresso l'emendamento inteso a sopprimere l'imposta di soggiorno.

Abbiamo assistito qualche giorno fa all'approvazione di una legge da parte del Consiglio provinciale, che all'ultimo minuto, utilizzando una leggina di passaggio, ha ritenuto di dover riandare a prendere posizione sull'argomento e di dover legiferare la soppressione dell'imposta di soggiorno a partire dall'entrata in vigore della leggina e di trasformare il processo sanzionatorio previsto dalla legge n. 10 del 1976 e successive modificazioni, perchè altrimenti i sostituti di imposta, vale a dire gli operatori economici del settore turismo si sarebbero trovati nella condizione di avere oltre che il danno anche le beffe. Ma questo a proposito ci si è limitati soltanto a sopprimere una parte della legge, quindi di fronte al residuo rispetto al resto del territorio nazionale abbiamo avuto anche il residuo del residuo.

In questo modo mi pare che la Regione Trentino-Alto Adige, attraverso la presa di posizione del Consiglio regionale, ha ritenuto di dover respingere in due occasioni una proposta di legge, presentata dal MSI, tesa all'abrogazione dell'intera legge regionale n. 10, vale a dire all'abrogazione totale della imposta di soggiorno, non distinguendo tra primo e secondo titolo.

Signor Presidente della Giunta regionale, ritengo di dover prendere posizione anche su alcuni altri argomenti che si riferiscono alla cosiddetta spesa di immagine introduttiva voluttuaria, possiamo usare mille espressioni per indicare come non soltanto le due Province sono spendaccione, ma anche la Regione è spendacciona.

A questo proposito, signor Presidente, mi consenta una battuta nei suoi confronti, non so se rivolgendomi a lei lo debba fare con il termine di "Sua Eminenza" o di "Sua Emittenza", eminenza per il suo modo di fare che ci fa andare ai personaggi muniti di porpora; emittenza per quanto riguarda i rapporti che la Regione ha con un certo settore della televisione privata, per cui non si capisce perchè al contribuente regionale costi oltre un miliardo le trasmissioni in lingua inglese, quando sappiamo benissimo che il bacino di utenza di queste trasmissioni è molto ridotto rispetto all'intera popolazione che insiste sul territorio della regione Trentino-Alto Adige, perchè per quanto riguarda una mia modestissima ricerca che ho voluto realizzare su questo argomento, mi consta che Teleadige, così si chiama questa oscura emittente, oscura non tanto perchè trasmette programmi con immagini scure, ma perchè non è tra le emittenti più conosciute che esistono sul territorio della regione Trentino-Alto Adige, è oscura in quanto non si riesce a comprendere perchè questa emittente, che dovrebbe servire gli interessi culturali delle popolazioni trentine e altoatesine, ad un bacino di utenza che si limita a Trento, Bolzano, Rovereto, Pinzolo e Cavalese, quindi un'utenza che può essere considerata un terzo dell'intera popolazione regionale.

Allora dovremmo ragionare che se il messaggio che Teleadige è in condizione di offrire alla popolazione insistente sul territorio della regione Trentino-Alto Adige, si dovrebbe pensare che la prestazione dovrebbe essere pagata in ragione della consistenza dell'utenza ed allora se pensiamo che 1 miliardo deve essere speso dalla Regione, il netto di 700 milioni per la televisione, perchè c'è l'IVA e poi c'è la concessione che si deve pagare alla BBC, mi pare sia evidente che si dovrebbe dividere l'investimento profuso, in ragione dell'utenza raggiunta.

Allora a questo proposito di dovrebbe rimeditare l'investimento, sarei per la soppressione della trasmissione, ma si dovrebbe limitare il finanziamento alla TV in ragione del bacino di utenza.

Altra questione che mi sembra giusto ripercorrere nel corso di questo intervento, mi trovo nella condizione di sentirmi bollire il sangue quando assisto al finanziamento dei boiardi della cultura. Il termine "boiardo" non deriva da boia, tanto perchè qualcuno non si offenda, boiardo è il nobile russo che viveva alla corte dello Zar e siccome lo Zar, come tutti coloro che in maniera intelligente gestivano il potere assoluto, come faceva il monarca assoluto per poter gestire meglio questo potere? Ovviamente cercava di controllare i nobili della propria specie, li faceva vivere alla propria corte, li finanziava. Ecco perchè noi ci troviamo nella condizione di assistere ad una corte, che

non è soltanto la sua signor Presidente, la sua dovrebbe chiamarsi la corte dei miracoli, perchè lei avrebbe bisogno del miracolo per poter sperare di resuscitare, ma ritengo che sia sbagliatissimo far crescere una serie di boiardi della cultura e primo tra tutti cito il prof. Schiera, Preside della facoltà di Sociologia della Università di Trento.

Essendomi laureato in quella gloriosa facoltà in anni ruggenti, che un tempo si diventava Presidi di Facoltà, soprattutto di quella di Sociologia, in ragione ed in nome della rivoluzione, oggi si diventa Presidi di qualche facoltà in nome della consulenza. E non è forse questo, signor Presidente, un modo di considerare la politica, non già come succede in altre parti del territorio nazionale utilizzando il "pizzo", qui si utilizza un pizzo diverso, che è la consulenza ed allora abbiamo una schiera di consulenti, i quali vengono chiamati dalla Regione per fornire consulenze in materia di autonomia, vengono chiamati dalle Province per fornire consulenza in materia di autonomia, sono pagati dall'Università per fare programmi di autonomia ed al tempo stesso questi insigni ed illustri scienziati delle scienze sociali riescono ad aggregarsi al codazzo di qualche assessorato per poter essere nella condizione di arrotondare i loro modestissimi stipendi.

Signor Presidente, credo che bisogna smetterla anche con questo sistema clientelare e sicuramente non produttivo di fare politica, ma soprattutto di produrre in cultura, come credo si debba smetterla di avere rapporti di consulenza di tipo giornalistico per creare non so quale tipo di immagine e qui avrei la possibilità di indicare con precisione cifre, nei confronti delle quali è evidente che un uomo, nei confronti del quale gli strali degli oratori che si sono succeduti fino adesso in questo dibattito è stato il più colpito, vale a dire il Ministro Costa, il quale si è permesso di sottolineare come questi enti spendaccioni, che sono le Regioni, dovrebbero concorrere al programma di risanamento dello Stato, cercando di limitare quelle spese improduttive, di cui ho cercato di evidenziarne la più assoluta inconsistenza.

1 miliardo e più per sovvenzioni ad iniziative di carattere europeistico, 3 miliardi e 695 milioni all'informatica trentina, signor Presidente, lei parla nella sua relazione della necessità di giungere ad un altro pastrocchio, addirittura lei suggerisce l'idea di dover fondere le due informatiche, quella della provincia di Trento e quella della provincia di Bolzano in una super-informatica.

Credo invece che si debba commissariare queste società, che devono essere lasciate all'iniziativa privata, qui abbiamo di fronte un mercato in continua evoluzione, bisogna che ci siano professionalità all'altezza dei tempi e delle situazioni, non ce l'ha fatta nemmeno De Benedetti con l'Olivetti, pensi un po' se ce la può fare l'informatica trentina! De Benedetti è stato costretto a rifilare allo Stato 1500 dipendenti, perchè si trovava ad avere 1500 dipendenti in più e noi pensiamo ad una super società di informatica, quando abbiamo in mente l'operazione IRI, signor Presidente. Attraverso questa operazione abbiamo avuto il crollo della quotazione in borsa del titolo azionario per consentire a De Benedetti, che fino all'altro giorno si trovava con l'acqua alla gola ed in procinto di dichiarare fallimento, a poter conquistare spazi di mercato e soprattutto risorse pubbliche, ecco la vostra privatizzazione!

Voi intendete privatizzare prima aiutando il privato che vi è amico, nella condizione quindi di avere la possibilità ed i mezzi finanziari di poter acquistare - arrivo signor Presidente alla conclusione, anche perchè ho ancora un minuto e quindi lei mi potrà suonare il campanello quando avrò trascorso gli statutori e regolamentari 60 minuti che il Regolamento mi concede e farò di tutto perchè il Regolamento me lo concede fino alla fine della legislatura.

Allora, signor Presidente della Giunta, cosa vogliamo fare se abbiamo di fronte questo squallido panorama, nel quale questi 400 miliardi vengono spesi in malomodo e quindi non sono produttivi a niente, se non a determinare quelle condizioni per le quali credo che con la sua relazione, che lei ha voluto presentarci, miri non tanto a sostenere l'immagine della Regione o il bilancio che lei ha presentato, questa sua relazione mira a proporre lei signor Presidente quale futuro Presidente della Giunta provinciale di Trento.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz
Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Taverna, auch für das pünktliche Aufhören.
Ich gebe jetzt das Wort an den Abg. Boato.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Taverna, anche per aver rispettato i tempi.
Do ora la parola al cons. Boato.

BOATO: Grazie, Presidente. Mi sono chiesto, sentendo alla radio ed alla televisione le riprese del Consiglio regionale, se io stesso e tutti noi ci rendiamo conto di quello che stiamo seppellendo, non la Regione scatola vuota, non la Regione che molti nel Sudtirolo non vorrebbero più, almeno il partito di maggioranza assoluta del Sudtirolo, non un dibattito all'interno fra di noi, per parlare fra noi, senza il fascino delle due righe sulla cronaca dell'Adige, Alto Adige e Dolomiten, ma che non ci basta un'ora per parlare e io stesso cercherò di autocontrollarmi dopo aver fatto questa critica anche a tanti colleghi, credo che stiamo scherzando, cioè la Regione ha in questo momento l'unica carta per riscattare se stessa, l'autonomia delle due Province, un panorama politico che ci vede coinvolti in un terremoto nazionale del paese.

Un terremoto che ha visto ieri quelli di cui tutti parlavamo, invece che del bilancio della Regione, che ha visto le ultime elezioni e ieri la DC annunciare una presa di posizione molto vigorosa verso la riforma elettorale parlamentare della camera del Senato ed una spinta in avanti alla bicamerale, la Lega dichiarare che non chiede elezioni anticipate nel senso dell'immediatezza ed avrebbe tutta la ragione di farlo, ma dichiarare che prima si deve completare la riforma elettorale nazionale e poi fare le elezioni e credo che chiunque, a prescindere dalla sua posizione politica, abbia senso e conoscenza dei meccanismi giuridici e costituzionali, di una riforma costituzionale di una riforma come quella che si sta avviando in Italia, non solo elettorale, non possa pensare che una volta varata la riforma elettorale ci rimanga con gli organismi eletti "secoli" prima, perchè quello che sta avvenendo spiazza noi da una settimana all'altra.

Siamo in pieno terremoto ed abbiamo depositata la riforma elettorale parzialissima per il Sudtirolo, ma comunque ragionata sull'introduzione della soglia minima e molto innovativa nei limiti dello Statuto per il Trentino e l'abbiamo già data per sepolta, nel nostro dibattito, e credo che in questa situazione questa si seppellisce la Regione, ma seppellisce anche il diritto di rivendicazione di un di più per le nostre due autonomie provinciali, per l'autonomia regionale rispetto alla riforma regionale che si sta portando avanti e che vedrà lo Stato italiano, almeno sul piano formale, essere uno Stato regionale, tendenzialmente federalistico, con le regioni a statuto ordinario allo stesso livello di competenze che hanno oggi le Regioni e le Province a statuto speciale.

Noi abbiamo proposto anche un ordine del giorno dei Verdi, che si faccia un convegno delle regioni a Statuto speciale, perchè la necessità è assoluta e non solo storica che rimanga questa differenziazione, legata a tantissime cose, fra cui i confini, nel senso positivo e negativo del passato, dei drammi che ci sono stati, ma è una rivendicazione di maggiore autonomia che noi facciamo, rispetto ad un quadro che vede finalmente promosse le Regioni a statuto ordinario.

Ora abbiamo la carta vincente della nostra ricredibilità, come autonomia a due più uno, non voglio chiamarla a tre, perchè non è sullo stesso piano la Regione e le due Province, ma ha una ragione storica e non solo storica e anche in prospettiva, è inutile che parliamo di Euregio se non siamo in grado di dare senso alla Regione delle due piccolissime Province, l'unica carta che ci pone in anticipo contro un ritardo storico, che andrebbe al 2000 rispetto alla riforma in corso in Parlamento e alla riforma elettorale delle altre regioni, in primis la Sicilia che l'ha già fatta in pieno agosto e

sappiamo citare la Sicilia in negativo, ma non sappiamo ricordarcela in positivo e siamo all'ipocrisia di citare la legge tanto ritardata sul riconoscimento dei ladini trentini in Consiglio provinciale e regionale, che è una legge che non avrebbe senso se passasse la riforma elettorale, che è molto più complessiva e prevede il collegio dei ladini in val di Fassa, con l'assoluta certezza che c'è un seggio assegnato, nonostante le 8000 persone siano metà del quantum di ciascun seggio per il resto del territorio trentino e la proposta di legge sull'elezione diretta del sindaco, che riguarda le elezioni comunali per la scadenza del '95, quando abbiamo la scadenza vicina drastica, imperativa, su cui tutti stanno già lavorando nel bene e nel male per il '93. Stiamo chiudendo gli occhi di fronte alla scadenza a meno di un anno delle elezioni regionali e di fronte allo strumento che abbiamo per affrontare in modo serio, perchè se oggi la DC da un parte e la Lega dall'altra che dichiarano la necessità di modificare il sistema proporzionale che abbiamo, senza affossarlo del tutto, ma trovando una soluzione equilibrata che abbia delle novità, come quelle che si sono riuscite a studiare con uno sforzo grandissimo di mesi di lavoro per la legge elettorale regionale, che è stata depositata in questi giorni, e la diamo ormai per una dichiarazione di bandiera.

Mi rivolgo al SVP, alla DC di questo Consiglio regionale, al PSI, che è stato primo attore nella proposta di questa legge, al PDS, che ieri ha sollevato la questione della legge politico elettorale per i ladini, dimenticando che c'è la soluzione per i ladini nella legge complessiva regionale, ma prevalentemente per il Trentino sul piano elettorale regionale, mi rivolgo a noi Verdi, perchè teniamo conto che il Trentino ed il Sudtirolo sono due realtà diverse, dal punto di vista politico elettorale, che vanno assunte nella loro diversità e non contrapposte e che la paralisi di questa soluzione elettorale equivale anche alla paralisi dei nostri rapporti, perchè il Trentino ha diritto dovere di autoregolamentarsi e di riformarsi, il Sudtirolo ha interesse che ci sia un esperimento sulle porte di casa sua, senza i riflessi negativi, perchè non sarebbe applicabile la legge per il Trentino, tale e quale per il Sudtirolo, forse gli stessi criteri potrebbero essere ricalibrati, ma è in gioco solo la soglia minima per il Sudtirolo, dico che non possiamo parlare di Euregio e di Tirolo storico, su cui ho delle riserve, perchè dobbiamo guardare in avanti, ma mettiamolo pure come ambizione complessiva, che ci vede tutti simpatizzanti di questa ipotesi, a cavallo del confine, ma dimenticare l'unità che c'è in questo momento fra Trentino e Sudtirolo, vuol dire dimenticarsi le diversità e l'unità tendenziale con il Vorarlberg, con il Tirolo, con il Trentino e con il Sudtirolo.

Non possiamo pensare a ragioni omogenee nell'Europa, dove abbiamo l'esempio disastroso della Jugoslavia, con Stati che conterranno di fronte all'insieme dell'Europa un centesimo, la Slovenia, che non potrà avere interlocutori seri, credibili nella CEE, perchè non ci potranno essere centinaia di regioni interlocutori dirette, se non c'è la mediazione ancora per lungo tempo degli Stati, che saranno stati federali e stati regionali e non stati nazionali soltanto, voglio sperare, e qui c'è in atto una riforma nella situazione italiana ed altri sono più avanti di noi su questo piano, come la Germania o l'Austria; allora non può essere citata la differenza, quasi come fosse una palla al piede, fra il Sudtirolo ed il Trentino per trascinare, come ci siamo trascinati, arrivando finalmente in porto - il che è bello - la traduzione regionale della 142, della legge sulle autonomie comunali, ma che ci siamo trascinati con difficoltà, soprattutto provocate dal S.V.P. ed anche da una situazione diversa del Sudtirolo e del Trentino, non voglio criminalizzare nessuno, ma che veramente ci ha visto ultima ruota del carro delle Regioni italiane. Potrei fare altri esempi, ma non intendo dilungarmi e voglio tenermi nel quarto d'ora, intanto perchè sottoscrivo alle cose che ha detto il capogruppo Verde, perchè c'è stato un secondo intervento dei Verdi e perchè un terzo intervento non voglio che pesi ulteriormente, voglio però sottoscrivere con questo il fatto che siano i trentini ed i sudtirolesi e non solo gli esponenti di una sola Regione ad interessarsi, magari in negativo in qualche caso per altre forze politiche della Regione, ma che ci guardiamo in faccia, accettiamo le nostre diversità e queste le traduciamo in capacità propositiva articolata e differenziata.

Andando verso la conclusione, ma intendo citare telegraficamente ancora qualche

piccolo problema, ribadisco che stiamo scherzando, lo richiedo a tutte e tre le forze politiche che fanno questa maggioranza, non possiamo dare per scontato che la legge elettorale ha finito. A parte che portare avanti quella riforma elettorale regionale, che ha i tempi minimi certamente per arrivare in porto, ma li ha, vuol dire anche sforzarsi come Consiglio di autoregolamentarsi, di riformarci come Regolamento, questo non me lo nascondo e so che è difficile, ma oggi nel terremoto italiano ed anche europeo, ma lasciamo stare le cose che non ci toccano direttamente in questo momento, in questo terremoto, che non è finito con quello che è successo ieri o domenica o con quello che ha incominciato a succedere il 5 e 6 aprile di quest'anno; stavo per dire dell'anno scorso, perché sembra un periodo lunghissimo, continuerà, ogni settimana ci porterà una sorpresa, le avremo per mesi, penso che non arriveremo ai referendum, lo spero, nel senso che avremo una riforma che supererà anche i referendum elettorali, ma se arriveremo a queste riforme, ed oggi per fortuna non possiamo non arrivarci, non possiamo stare a guardare, saremo di fronte ad una deresponsabilizzazione, soprattutto nel Trentino, ma i sudtirolesi devono farsi carico dei loro fratelli o cugini, come li vogliono considerare, è impensabile, perché si ripercuoterà anche su di loro in futuro questa carenza, questa debolezza della nostra autonomia che è complessiva di fronte alla rivendicazione che dovremo fare nel momento in cui il sistema regionale sarà finalmente considerato maturo, non dico attuato, perché poi bisogna attuarlo, ma la riforma sta camminando.

Telegraficamente, userò solo due minuti per ricordare che l'Adige inquinato è un problema regionale se non interregionale, che il metanodotto è un problema regionale, che non riguarda solo e strettamente le competenze delle due Province, che l'Università è un problema da Euregio e regionale perlomeno di Trento, Bolzano, Innsbruck e Verona, che la questione del ladino è un problema regionale, i ladini trentini, sudtirolesi ed anche ladini bellunesi, dimenticati e trascurati anche per responsabilità del Veneto, che il tunnel ferroviario del Brennero è un problema da Tirolo antico e Tirolo moderno e Trentino e Sudtirolo ed Innsbruck eccetera, ma che non può riguardare una trattativa sul confine, che ha delle ripercussioni questa scelta che si sta orientando in maniera errata, ma non voglio aprire la vertenza sulla questione ferroviaria, ma che può essere una serie di scelte in rapporto ai riflessi su Bolzano, per esempio, su Trento di questa innovazione che rischia di essere solo un problema di ingegneria delle ferrovie e dei trafori alpini; l'ultimo è il Parco Nazionale dello Stelvio: è un problema che ci vede accumulati, al di là delle competenze, ma al di qua della realtà geografica, culturale, bi e tri-istituzionale, che non può che vederci lavorare per un futuro insieme.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Boato.

Das Wort hat jetzt der Abg. Duca.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Boato.

Do ora la parola al cons. Duca.

DUCA: Credo che la relazione, più che il documento contabile, sollecita un dibattito che è molto importante per quanto riguarda l'assetto dell'autonomia ed il ruolo stesso che la Regione è chiamata a svolgere.

E' un dibattito che noi come forza politica seguiamo con particolare attenzione, perchè siamo convinti da un lato che la chiusura del pacchetto ha delle conseguenze implicite su questo tipo di assetto regionale, nel senso che si pone sempre di più anche in termini linguistici di affrontare le questioni comuni tra le due Province, più che le questioni in comune nella Regione. Questo con una serie di conseguenze e di riflessioni che vanno fatte.

A me pare che le dichiarazioni del Presidente sollecitino questo dibattito e si pongano anche con una certa attenzione, rispetto a quello che può accadere nel giro di qualche settimana a livello nazionale e quello che c'è di eredità storica e di intreccio economico con l'area del cosiddetto

Accordino.

Da un lato rischiamo, se non affrontiamo tempestivamente questo discorso del ruolo della Regione, di avere una posizione esclusivamente di difesa, rispetto ai progetti della bicamerale, alla linea che mi pare essere propria non soltanto della Lega, che l'afferma in maniera rozza ed alcune volte impropria, ma la linea di un forte decentramento nella direzione di una Repubblica delle regioni e quindi di un forte decentramento di potere, in cui il ruolo della Regione, l'assetto e lo Statuto può venire modificato, senza che noi ce ne accorgiamo e dall'altra l'esigenza che alcuni temi propri in questi anni della regione che non hanno trovato uno spazio recupera in una dimensione interprovinciale una prospettiva diversa.

Mi riferisco in particolare al tema delle minoranze linguistiche, dove siamo sicuramente in ritardo e dove l'assetto regionale non ha sicuramente favorito una soluzione equilibrata, almeno per quanto riguarda la provincia di Trento e la questione ladina.

Il prospettare un'ipotesi di Euroregione ci vede molto attenti ed interessati, tra l'altro è una proposta che da qualche tempo portiamo avanti, nella logica anche di una modifica dell'assetto istituzionale della regione stessa, che tenga conto di un ruolo sempre più preminente delle due Province, che contemporaneamente riesca a mettere insieme nella difesa dell'ancoraggio internazionale un rapporto più stretto con la realtà del Tirolo e del Vorarlberg.

Questo tema meriterebbe quasi una sessione ad hoc del Consiglio regionale, sicuramente questa del bilancio è un'occasione importante, però credo che, signor Presidente, se riuscissimo nei primi mesi del prossimo anno a dedicare una sessione ad hoc del Consiglio regionale proprio ad una discussione politica sul ruolo della Regione, sul rapporto con le vie di riforma che emergono da parte dello Stato nella bicamerale e su un aggiornamento dei rapporti che sono sempre più stretti a livello politico, economico ecc. dell'area dell'accordino, credo che potremmo recuperare una dignità politica a questo Consiglio regionale, che molte volte viene meno nella quotidianità e nella difficoltà anche che il Regolamento pone di poter intervenire.

Questa è una prima considerazione ed insieme a questo credo vada posta la questione della riforma elettorale rispetto al tema strettamente istituzionale.

Abbiamo visto come da un giorno all'altro una forza politica come la D.C. ha cambiato idea, dicendo che adesso è d'accordo sulla maggioritaria, adesso sono tutti d'accordo sulla maggioritaria, si delinea uno schieramento a livello nazionale che va nella direzione della riforma elettorale, unico modo per affrontare la grave crisi morale ed economica del paese.

Da questo punto di vista le difficoltà che troviamo ad affrontare questo tema su scala regionale è sicuramente un motivo di grande preoccupazione, perchè rischiamo in questo modo di svuotare l'autonomia regionale, provinciali ed in prospettiva dare un duro colpo all'assetto degli enti locali, perchè se non riusciamo a varare anche la riforma elettorale per i comuni prima del '95, ci sono tutte le condizioni perchè questo non avvenga in termini di sovrapposizione di scadenze, rischiamo di presentarci all'appuntamento storico della riforma del sistema delle autonomie locali, come la realtà che è più indietro; le regioni a statuto speciali si stanno tutte muovendo in questa direzione, correremmo veramente il rischio di arrivare gli ultimi e quando si arriva gli ultimi su questo fronte si dimostra anche una scarsa capacità di utilizzare l'autonomia per affrontare le questioni più salienti.

E qui confermo le critiche ad alcuni provvedimenti legislativi, che sono passati in questa legislatura e mi riferisco in particolare al pacchetto famiglia, che ha certamente contribuito a dare un'immagine non perfettamente corretta della gestione dell'autonomia, però non c'è dubbio che su questo tema dell'assetto elettorale si gioca una partita definitiva, in cui si avrà la capacità di dimostrare di essere in grado di autogovernarsi, di essere in grado di scegliersi le regole per selezionare la propria rappresentanza politica, pure non servirà nemmeno l'entrata in vigore della riforma nazionale per quanto riguarda i comuni, perchè automaticamente non si applica e quindi avremmo la Sicilia ed altre regioni che potranno eleggere direttamente il sindaco e noi che ci riteniamo autonomia speciale con

tutte le caratteristiche, che su questi passaggi fondamentali saremo rimasti indietro.

Presidente, credo che nel condividere le linee del bilancio e quindi nell'esprimere una valutazione complessivamente positiva, pur con le riserve che richiamavo per alcuni passaggi, dovremmo utilizzare questo scorcio di legislatura per concentrare nel nostro dibattito su questi temi salienti, altrimenti correremo il rischio, se lasciamo che il tutto scivoli nell'indifferenza e nella incapacità di autodecisione da parte del Consiglio regionale, tutto scivoli in un insabbiamento di autonomia ed in un colpevole ritardo che a questo punto potrebbe essere anche fatale.

PRÄSIDENT: Wir haben jetzt als nächste Wortmeldung den Abg. Pinter.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons Pinter.

PINTER: Signor Presidente, non porterò via tempo con le mie considerazioni, in quanto questo dibattito risente di una certa ritualità e per alcuni versi scarsa attenzione da parte dell'aula.

Credo che la relazione del Presidente meriti un minimo di considerazione, in quanto mi ritrovo per molti versi, in larga parte della ricostruzione storica che il Presidente fa, perchè riattribuisce responsabilità per le occasioni sprecate della nostra autonomia, sia provinciale che regionale, e da questo punto di vista posso anche capire il distinguo del cons. Rella, un po' meno misurando effettivamente quello che è stato l'atteggiamento storico anche da parte delle sinistre, laddove si è andata a gestire la fase della regione rispetto alla nuova attuazione dello statuto.

E' vero che questa fase storica ha vanificato di fatto un possibile diverso ruolo da parte della Regione, quindi mi ritrovo appieno nelle considerazioni che questo percorso storico è stata la principale causa di una situazione, nella quale ci ritroviamo puntualmente a discutere su quale ruolo è possibile per la Regione ed è vero, come dice la relazione, che c'è il rischio anche oggi di impoverirsi, di adattarsi su un atteggiamento di sostanziale conformismo.

Il Presidente cita poi tutta una serie di processi che vanno avanti in Italia, rispetto a rideterminazioni di competenze da parte delle regioni, rispetto ad un sostanziale avvicinamento alle autonomie speciali, in termini di competenze delle regioni, un processo che peraltro non può che trovarci assolutamente consenzienti, in quanto riteniamo che una riforma realmente regionalista e tendenzialmente federalista sia una delle soluzioni ad una serie di problemi che l'Italia si trova ad affrontare.

Però non credo che da questo deve nascere una preoccupazione di per sè, per quello che riguarda il futuro delle nostre autonomie, credo che invece la cosa vada impostata comunque, a prescindere da quanto viene non concesso alle regioni a statuto ordinario, perchè credo che da questo punto di vista le norme di attuazioni noi non dobbiamo considerarle un dato chiuso, le norme di attuazione devono ritenersi sempre aperte e quindi è possibile ritrattare, rivalutare soprattutto da un punto di vista politico le funzioni e le potestà delle nostre autonomie con una rideterminazione continua e costante in un rapporto costruttivo e non di pura gestione dei propri spazi con lo Stato italiano, al fine di pensare oltre e meglio all'uso delle nostre competenze, non pensare che quelle norme di attuazione siano dati acquisiti.

Le norme di attuazione devono considerarsi sempre aperte, anche perchè poi, giustamente il Presidente fa riferimento a situazioni di arretratezza, parliamo ad esempio dei comuni per quanto riguarda situazioni nazionali in termini di attribuzione delle funzioni, che da noi invece devono essere per grazia ricevuta da parte delle amministrazioni comunali, in quanto devono transitare dalle autonomie provinciali, laddove lo statuto preveda le funzioni attribuite alla Provincia.

Però se tutto questo è vero credo di condividere le considerazioni di altri consiglieri, laddove si parla ancora una volta di rilancio del ruolo della Regione, senza peraltro riuscire a dire in cosa consista questo ruolo, questo rilancio, cioè da questo punto di vista sono d'accordo con chi ha

detto sostanzialmente che assume un carattere quasi illusorio, le considerazioni che il Presidente stesso fa rispetto a questo possibile ruolo nel futuro.

Direi che c'è, come ha detto il cons. Tribus, una evidente, palese contraddizione tra la relazione e poi quelli che sono i dati di riscontro della gestione del bilancio stesso del consuntivo dell'attività svolta dalla regione stessa e delle possibilità immediate, reali di poterlo fare, perchè da questo punto di vista la relazione dice delle cose, i dati dicono un'altra cosa, i dati dicono che la Regione oggi è in effetti una scatola vuota, costosa e lenta; lenta l'abbiamo visto in termini della capacità di attuazione in tempi ragionevoli delle stesse norme di riforma sostanziale varate dal Parlamento e mi riferisco al lungo ed incomprensibile processo che si è reso necessario per l'attuazione del nuovo ordinamento delle autonomie locali e che evidentemente si riflette su un'altra serie di procedimenti legislativi, dei quali ci sarebbe la necessità, ma che risentono della lentezza con la quale questo Consiglio regionale riesce a muoversi e che peraltro denuncia dei costi assolutamente sproporzionati, rispetto a quanto riesce a concretizzare.

Da questo punto di vista, in modo molto schematico, concordo con una parte delle valutazioni del cons. Rella, laddove dice: stop all'esercizio amministrativo delle competenze attribuite alla Regione, nel senso che comunque una ridefinizione delle prospettive della Regione non passa attraverso una definizione maggiore o comunque confermata di competenze amministrative, che, per le modalità stesse di esercizio non fanno altro che costituire uno spreco, rispetto alla possibilità dell'esercizio diretto delle stesse da parte delle Province.

Ragioniamo pure sull'Europa, ragioniamo sul dato transfrontiere, non ripeto le considerazioni già fatte da altri consiglieri perchè è una questione estremamente aperta sulle prospettive di ragionamenti transregionali, però ragioniamoci in termini di confronto, di progetto, non ragioniamoci in termini di distribuzione di risorse, cioè la Regione non acquisisce maggiore autorevolezza o maggiore ruolo laddove può dimostrare di avere maggiori fondi da distribuire, perchè da questo punto di vista concordo con quanti dicono che la Regione si inventa le spese e quindi presenta un bilancio assolutamente eccessivo ed ingiustificato, in larga parte ripetitivo e comunque non sostanzialmente utile.

Mi chiedo per cosa 630 dipendenti, in quanto l'esercizio di quelle funzioni richiederebbero un apparato amministrativo burocratico molto, molto più ridimensionato. Evidentemente si è creato un apparato che ha delle ragioni di riproduzione e come qualsiasi altro apparato burocratico evidentemente costa di più il suo mantenimento che non l'esercizio delle funzioni per le quali dovrebbe essere creato.

Credo che gli esempi sul bilancio siano stati fatti, aggiungo anch'io solo delle brevi considerazioni, laddove ci sono degli esempi che balzano agli occhi, che sono quei 500 milioni per una rivista in quadricromia, che è assolutamente un dispendio di carta e di risorse, con quella cifra lì probabilmente nei paesi del sud del mondo si riuscirebbe a fare ben altro e molto più utile; mi associo alle considerazioni fatte da altri consiglieri sulla riproduzione di trasmissioni televisive estere e con un costo assolutamente sconsiderato, ma mi aggiungo soprattutto a chi ritiene di criticare il ruolo avuto dalla Regione nei trattamenti previdenziali integrativi e cioè quindi nel progetto che è stata l'asse portante e che è anche la spesa prevista più consistente di questa Regione, che non mi trova assolutamente d'accordo, perchè è un provvedimento che invece che essere un equilibratore sociale e quindi un uso di prospettiva delle competenze autonomistiche per intervenire a rideterminare condizioni di benessere, laddove le politiche nazionali non sono adeguate, ma qui si tratta di prevedere delle situazioni che non hanno legame tra situazione di bisogno e la corresponsione dei trattamenti previdenziali previsti.

Quindi credo che sono meccanismi che vanno bene per il consenso, per mantenere un ruolo della Regione, ma non sono meccanismi che possano dare autorevolezza o dignità all'istituto della Regione per il fatto stesso di spendere queste risorse.

Questo vale anche per altri settori, per esempio ritengo che anche nell'ambito della cooperazione posso dire che ci sono delle situazioni di sovrapposizione che non giustificano un'articolazione delle competenze in materia di cooperazione tra Provincia e Regione, arriviamo persino alla situazione, che definisco ridicola, per cui il nuovo fondo di mutualità previsto dalla legge 59, laddove non prevedono le associazioni di rappresentanza, ma prevede la Regione direttamente per le cooperative che non si riconoscono nelle associazioni, non verrà nemmeno gestito dalla Regione integralmente, ma ad un certo punto si ripartiscono i fondi di nuovo sulle due Province.

Allora o la Regione vuole avere un ruolo o non lo ha definitivamente, da questo punto di vista superiamo queste ambiguità, che prevedono due possibilità di finanziamento, che poi uno va ad attingere in Regione o in Provincia a seconda della convenienza.

Credo che da questo punto di vista vanno semplificate le cose e su questo piano c'è attesa di una legge di riordino, che mi auguro che questo Consiglio sia un po' più sollecito di quanto ha dimostrato per altre esigenze, penso al riordino della legge n. 7 in materia di vigilanza delle cooperative, che è anche richiesta per l'attuazione della legge n. 59 nazionale; penso al riordino della legge che certamente la Regione ha anticipato, ma che oggi è inadeguata in materia di cooperazione e solidarietà sociale, in quanto la normativa nazionale è più avanzata o comunque impone una revisione dell'impianto legislativo regionale.

Ho fatto solo alcune brevi osservazioni per dire che posso ritrovarmi in una serie di analisi, di considerazioni, anche di preoccupazioni che il Presidente ha illustrato nella sua relazione, non posso invece trovarmi in un documento contabile, che non ha niente a che fare con questo tipo di preoccupazioni e di possibilità per le nostre autonomie.

C'è un'evidente e palese contraddizione, credo che si dovrebbe avere il coraggio di abbandonare la strada delle competenze amministrative della Regione, svuotare in larga parte questo apparato burocratico e costosissimo, tagliare assolutamente in modo drastico tutte quante sono spese inventate per determinare un certo canale di consenso, ma che nulla hanno a che fare con reali esigenze e bisogni e per cui come Solidarietà non potremo che esprimere un voto decisamente negativo nei confronti di questo bilancio.

PRÄSIDENT: Wir haben noch eine Viertelstunde Zeit.

Abg. Kaserer, würden Sie beginnen? Gut, wenn es dann länger dauert, könnten Sie um 15.00 Uhr fortsetzen.

Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Abbiamo ancora un quarto d'ora di tempo.

Cons. Kaserer, Lei desidera iniziare? Bene, se non dovesse terminare, potrà proseguire alle ore 15.00.

A lei la parola.

KASERER: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Meinung, daß wir die uns vorgegebene Zeit ausnützen sollten, damit wir eventuell morgen umso früher fertig werden.

Der Präsident hat uns in diesem Jahr einen Bericht vorgelegt, der sich von früheren Berichten in mehrfacher Hinsicht unterscheidet. Einmal kommt mir der Bericht sachlicher vor, was die einzelnen Themen betrifft, er ist kurz und nicht mit so vielen Ausschweifungen, wie wir es von früheren Präsidenten der Region gewohnt waren, versehen. Man hatte sehr viel mit wenig Inhalt gesagt. Die Äußerungen waren zum Teil mutig, wenngleich ich einige politische Meinungen nicht in dieser Form teilen kann. Ich stelle vorweg fest, daß es doch wohltuend ist, wenn der höchste Exponent der Regionalregierung, der Präsident, es wagt, Dinge zu sagen, die wir eigentlich alle wissen, aber selten gesagt wurden, weil man vielleicht nicht den notwendigen Mut dazu gehabt hat. Deshalb möchte

ich dem Präsidenten dafür danken. Er hat versucht, uns zum Teil ein bißchen Geschichtsunterricht zu geben. Es ist vielleicht doch notwendig, an diesem Geschichtsbild das eine oder das andere zu korrigieren. Mich freut es, daß er festgestellt hat, Trentino und Südtiroler haben Gemeinsamkeiten, aber trotzdem sind sie anders. Es ist nicht erwähnt worden, daß die Entstehung der Südtirolfrage sehr weit zurückläuft. Ich beginne nicht beim Jahre 1915, sondern bei 1945: Es war das Bestreben zur Rückkehr nach Österreich gegeben; das muß man erklären, damit man das nachfolgende versteht: Südtirol allein hat diese Rückkehr gefordert und fast alle wahlberechtigten Bürger haben diesen Wunsch auch schriftlich geäußert und in Wien deponiert. Dazu ist es nicht gekommen. Statt dessen hat es das Degasperi-Gruber-Abkommen gegeben, das eine Autonomie für Südtirol vorgesehen hat. Die italienische verfassungsgebende Nationalversammlung hat aber anders entschieden, auf Einwirken von wem, brauchen wir nicht zu erklären. Es kam nicht zur Autonomie für Südtirol allein, sondern zur Autonomie Trentino-Südtirol. Damals durfte es nicht "Südtirol" heißen, sondern "Trentino-Tiroler Etschland"; ich glaube, zuerst sogar nur Hochtsch, die wörtliche Übersetzung von "Alto Adige". Damit hat die Unzufriedenheit in Südtirol den Anfang genommen. Der Art. 14, der Übertragungen von Kompetenzen von der Region, die damit reichlich ausgestattet war, auf die Länder vorgesehen hat, wurde nicht durchgeführt; man hat sich mit Händen und Füßen gegen jede Delegation an die Länder gewehrt. Ich habe vor zwei, drei Jahren einmal gesagt, daß wir dem damaligen Präsidenten Odorizzi eigentlich danken müssen, daß er nicht das getan hat. Hätte er es getan, wäre der Wunsch und das Verlangen nach mehr eigenen Zuständigkeiten im Lande Südtirol nicht in dem Ausmaße gewachsen. Deswegen besteht nach wie vor ein gewisses Mißtrauen in der Bevölkerung weiter. Das ist auch verständlich, auch weil nachher nicht alles so gegangen ist, wie wir es uns erwartet haben. Wenn der Präsident von einer Trentinisierung dieser Regionalautonomie gesprochen hat, dann hat er die Wahrheit gesagt, denn - um nur ein Beispiel zu sagen - es hat noch nie einen Präsidenten des Regionalausschusses aus Südtirol gegeben, nicht italienischer Sprache geschweige denn deutscher Sprache. Die Zentrale ist nach wie vor Trient, wenngleich einige Assessoren mindestens ihre persönlichen Ämter seit einiger Zeit zum Teil in Südtirol haben, aber nicht mehr. Darauf werde ich später noch zurückkommen. Es war also verständlich, daß man mit dieser Art der Region nicht einverstanden sein konnte. Es kam deshalb nach vielen Verhandlungen zu einem weiteren Kompromiß im Jahre 1969, zum sogenannte Paket. Man hat die Abschaffung der Region nicht gewagt oder nicht gewollt, obwohl es eigentlich vernünftig gewesen wäre, sozusagen eine Radikalkur zu machen und die Region als solche abzuschaffen und alle Zuständigkeiten auf die jeweiligen Länder zu übertragen. Das wäre sicher das Vernünftigste gewesen.

So haben wir heute noch diese Region, die von manchen als leere Schachtel bezeichnet worden ist. Sie hat auf verschiedenen Sachgebieten neben Grundbuch, Kataster usw. vor allem Ordnungskompetenzen, aber die eigentlichen Kompetenzen sind nicht bei der Region, sondern Gott sei Dank bei den Ländern. Aufgrund von Vereinbarungen ist die Durchführung immer öfter an die beiden Länder übertragen worden. Das finde ich richtig und sollten wir noch weiter praktizieren, so, daß die gesamten Kompetenzen mit der Zeit einfach auf die Länder übergehen und wir nicht mehr doppelgeleisig arbeiten, sondern jeder in seinem Lande, in seiner Provinz, darüber bestimmt, wie er es im Rahmen der Möglichkeiten haben möchte. Wir stellen immer häufiger fest, daß es zu verschiedenen Themen unterschiedliche Meinungen gibt: Ich meine jetzt vor allem die Wahlreform in der Region, wo es ganz unterschiedliche Meinungen zwischen Südtirol und dem Trentino gibt. Wenn wir getrennt wären - ohne eine Zusammenarbeit auszuschließen -, so wie wir das auch mit anderen Regionen oder Ländern haben, dann könnte jede Provinz nach eigenem Gutdünken und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten schalten und walten.

Wir sind der Meinung, daß es wenig Sinn hat, so kurz vor der nächsten Regionalratswahl den Modus grundlegend zu ändern, mit Ausnahme - und das ist genügend oft gesagt worden -, daß es tatsächlich einen vollen Quotient für ein Mandat im Regionalrat brauchen soll. Darauf könnte man sich auch ohne weiteres einigen.

Zur Region noch als solche: Ich glaube, daß wir den Begriff Region heute weiterfassen müssen, und der Präsident hat von einer Alpenregion gesprochen. Wir sprechen mehr von einer Europaregion Tirol, aber meinen damit, daß das Trentino, Südtirol, Nordtirol und Vorarlberg dabei ist. Dies grundsätzlich zur Geschichte, damit man alles auch aus dieser Sicht sieht. Wenn die Südtiroler immer wieder neue Forderungen stellen, ist das eigentlich natürlich. Es ist nicht denkbar, daß das Leben einfach aufgrund einer Bestimmung, die im Jahre X beschlossen worden ist immer so weiter gehen muß. Es treten neue Erfordernisse auf. Die Welt und auch die Notwendigkeiten ändern sich und somit ist in meinen Augen das Paket, dieses Autonomiestatut, wie es heute besteht, nicht das Ende. Es muß weitergehen, weil die Entwicklung nicht stehen bleibt. Wenn man in der Bevölkerung aber immer wieder an der Ehrlichkeit und an der Absicht in Rom und manchmal auch in Trient zweifelt, dann hängt das unmittelbar mit Äußerungen zusammen, die verschiedene Exponenten immer wieder von sich geben. Vor zwei, drei Jahren war es Minister Scotti, der mit seinen Äußerungen einmal aufhören hat lassen. Wenn man heute z.B. sagt: daß wenn ein hiesiger Politiker nach Österreich, in die Bundesrepublik oder in die Schweiz fahren will, heute an der Schwelle zum Jahre 2000 eine Genehmigung von Rom verlangt, dann grenzt das an etwas, was ich nicht sagen will.

Wenn ich beispielsweise an die kürzlichen Äußerungen eines Ministers Costa erinnere, darf man sich nicht wundern. Vielleicht müssen wir dem Minister Costa sogar dankbar sein, daß er seine Meinung noch gerade rechtzeitig vor Abschluß des Freundschaftsvertrages kundgetan hat, damit wir die Meinung italienischer Minister kennen. Die Regierung Amato hat das immer noch nicht dementiert. Das ist meines Erachtens sehr schlimm und ist keineswegs vertrauenerweckend. In diesem Zusammenhang kann dieser Freundschaftsvertrag in meinen Augen, so wie der Entwurf jetzt da ist, nicht die Krönung des Abschlusses der Südtirolfrage sein, Herr Präsident, wie es im Bericht heißt. Auch wenn der Bezug zum Pariser Vertrag, zu den Madrider Vereinbarungen drinnen ist, reicht das so nicht mehr aus, denn auf der anderen Seite ist wieder die Einschränkung der Grenze von 25 km da. Warum ist man hier wiederum so engstirnig bei der Auslegung dieser Madrider Vereinbarung? Gerade in einem Gebiet wie bei uns, wo man weiß, daß wir bereits grenzüberschreitende Beziehungen im Rahmen der Sitzungen des Nord- und Südtiroler Landtages, des Viererlandtages, der Arge-Alp haben? Ausgerechnet hier ist von römischer Seite diese Einschränkung auf die 25 km für mich unverständlich.

Ich schließe langsam ab. Wenn der Präsident meint, daß die staatliche Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis d.h. die Durchführungsbestimmungen dazu eine Garantie für die Sonderautonomie sei, ist eigentlich das Gegenteil der Fall. Ich gebe zu, daß sie gegenüber dem ursprünglichen Text besser geworden ist, aber trotzdem besteht sie und es wäre viel besser, sie wäre aufgehoben worden bzw. es soweit gekommen wäre, daß man ein Einvernehmen vorgesehen hätte. So ist es doch immer ein Pferdefuß, der in unser Land hereinreicht. Man weiß nicht, schlägt er aus oder nicht. Das ist eigentlich das Ungute.

Ich möchte vielleicht jetzt diesen Teil abschließen, nachdem die Zeit um ist und erlaube mir, dann am Nachmittag zu einigen Themen noch Stellung zu nehmen. Danke!

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Sono dell'avviso che dovremmo cercare di sfruttare il tempo a nostra disposizione, per riuscire a finire prima, domani.

Il Presidente ci ha presentato quest'anno una relazione che si differenzia sensibilmente da quelle degli anni precedenti. Innanzi tutto la relazione mi sembra più obiettiva nell'affrontare le singole tematiche, più breve e senza troppe divagazioni a cui eravamo abituati dai precedenti Presidenti della Regione. Si era soliti dire molte cose, con pochi contenuti. Le Sue affermazioni sono in parte coraggiose, anche se non posso condividere alcune Sue dichiarazioni politiche. Ma prima vorrei dire che sono molto lieto del fatto che il massimo esponente della Giunta regionale ha avuto il coraggio di dire delle cose che noi tutti sapevamo, ma che raramente erano state dette, perché forse non si trovava la forza per farlo. E vorrei ringraziare il Presidente per questo. Egli

ha cercato di darci una piccola lezione di storia. Devo comunque aggiungere che forse è necessario modificare ancora qualche cosa al quadro che ci ha fornito. Sono lieto che abbia constatato che il Trentino e il Sudtirolo abbiano una storia comune, ma che comunque sono diversi. Lei non ha detto, per esempio, che la questione altoatesina ha origini molto lontane; non voglio ora tornare al 1915, ma a dopo, al 1945. Comunque il tentativo di tornare all'Austria c'è stato, e questo va detto, per comprendere meglio gli eventi successivi: naturalmente solo il Sudtirolo chiese questo ritorno e quasi tutti i cittadini aventi diritto al voto espressero questo loro desiderio per iscritto, depositando poi la documentazione relativa a Vienna. Ma non si arrivò a tanto. Invece ci fu l'accordo Degasperi-Gruber che prevedeva l'autonomia per il Sudtirolo. L'Assemblea costituente italiana decise diversamente, su pressione di chi - non occorre dirlo, e non istituì l'autonomia solamente per il Sudtirolo, ma per l'intero Trentino-Alto Adige. Allora non si poteva nemmeno dire "Südtirol", bensì Trentino-Tiroler Etschland, in quanto Etschland era la traduzione letterale di Alto Adige. E da qui nacque l'insoddisfazione del Sudtirolo, anche perché l'art. 14 che prevedeva il trasferimento di competenze dalla Regione (che allora ne aveva molte) alle Province, non venne mai attuato. Ci si oppose con mani e piedi alla delega di competenze alle Province. Due, tre anni fa io dissi una volta, che avremmo dovuto ringraziare l'allora Presidente Odorizzi, perché non lo fece. Perché se lo avesse fatto, la volontà e la richiesta di proprie competenze provinciali non sarebbero state talmente forti in Sudtirolo. Proprio per questo tra la popolazione iniziò a dialogare una certa diffidenza e questo è anche comprensibile, anche perché poi le cose non andarono proprio come avrebbero dovuto. E quando il Presidente parla di una "trentinizzazione" di questa autonomia regionale, allora dice il vero, perché - solo per fare un esempio - non c'è mai stato un Presidente della Giunta regionale proveniente dal Sudtirolo, né di lingua italiana, né tantomeno di lingua tedesca. La centrale del potere regionale è sempre a Trento, anche se alcuni Assessori da qualche tempo hanno i loro uffici personali anche in Sudtirolo. Ma niente di più di questo. Ma tornerò più tardi su questo argomento. Era quindi comprensibile che non si fosse d'accordo con questo tipo di Regione. Dopo molte trattative si arrivò quindi ad un ulteriore compromesso nel 1969, il cosiddetto "Pacchetto". Non si ebbe il coraggio di fare il passo verso l'abolizione della Regione, sebbene fosse necessaria una cura radicale, una soppressione dell'ente Regione ed un trasferimento di tutte le competenze alle Province. Questa sarebbe stata la soluzione più ragionevole.

E così oggi ci ritroviamo ancora con questa Regione, che da alcuni di noi è stata definita una scatola vuota. In vari settori essa ha solo potere ordinamentale, all'infuori del Libro Fondiario e del Catasto, poiché le altre competenze sono state fortunatamente trasferite alle Province; a seguito di trattative tra Regione e Province l'attuazione di queste competenze è stata spesso demandata alle Province. Questo lo trovo giusto e su questa strada dovremmo proseguire, in modo che col tempo tutte le competenze passino alle Province e non ci siano più sovrapposizioni di attribuzioni, ma ognuno possa decidere nella sua Provincia come gestire le cose, nell'ambito delle sue possibilità e competenze. Vediamo sempre più spesso che ci sono opinioni contrastanti in merito a certi argomenti, ed io qui faccio riferimento, per esempio, anche alla riforma elettorale in Regione, dove ci sono punti di vista molto diversi in Sudtirolo ed in Trentino. E se fossimo separati - una collaborazione sarebbe comunque possibile, così come esiste con altre Province o Regioni - ogni Provincia potrebbe amministrarsi secondo coscienza e secondo le proprie possibilità.

Noi siamo dell'avviso che abbia poco senso modificare le modalità elettorali per le prossime elezioni amministrative a così breve termine dalla scadenza elettorale di novembre, a meno che - e questo è stato detto più volte - non si introduca il quoziente pieno per il mandato in Consiglio regionale. Ed io credo che su questo si possa trovare un accordo.

Per quanto riguarda la Regione come tale, ritengo che oggi dobbiamo intendere la Regione in modo più ampio. Il Presidente ha parlato di una Regione alpina. Noi parliamo più che altro di una Regione europea del Tirolo, pensando al Trentino, al Sudtirolo, al Nordtirolo e al Vorarlberg.

Questo è quanto volevo dire in merito all'aspetto storico, affinché le cose vengano considerate anche da questo punto di vista e non si creda che i sudtirolesi pongono sempre nuove rivendicazioni, senza un valido motivo; infatti non è pensabile che la vita continui a fluire sempre uguale in virtù di una norma decisa nell'anno x. Si troviamo a dover affrontare esigenze sempre diverse. Il mondo ed anche le necessità cambiano e quindi, a mio avviso, anche il Pacchetto e l'attuale Statuto di autonomia, non rappresentano la fine, ma parte di uno sviluppo continuo. E se la popolazione continua a dubitare di ciò che è stato detto e fatto, dell'onestà e delle intenzioni del Governo - e talvolta anche il Trentino ha i suoi dubbi - allora questo è dovuto anche alle affermazioni che sono state fatte da vari esponenti. Due, tre anni fa è stato il Ministro Scotti che si è lasciato andare a strane affermazioni. E se si considera che oggi un esponente politico locale deve chiedere l'autorizzazione a Roma se vuole recarsi in Austria, in Germania o in Svizzera, allora questo mi sembra veramente un'assurdità.

Pensando ad esempio alle recenti affermazioni del Ministro Costa, tutto questo non può stupire. Forse dovremmo persino essere grati al Ministro Costa per avere fatto queste dichiarazioni ancor prima della conclusione del Trattato di amicizia tra Italia e Austria, così almeno sappiamo come stanno, a suo avviso, le cose. Il Governo Amato non ha smentito la dichiarazione, cosa che secondo me è alquanto riprovevole e non incrementa certo la fiducia tra la popolazione. In questo contesto il Trattato di amicizia tra Italia e Austria, alla luce di questi fatti, non può essere considerato il coronamento della vertenza altoatesina, signor Presidente, come Lei dice nella Sua relazione. Ma se c'è il riferimento all'Accordo di Parigi, alla Convenzione di Madrid, allora questo non basta, perché dall'altra abbiamo di nuovo la limitazione dei 25 km dalla frontiera. Ma perché si è così poco flessibili nell'interpretare la Convenzione di Madrid? Proprio in un territorio come il nostro, dove si sa che esistono delle relazioni di cooperazione transfrontaliera anche nell'ambito delle sedute congiunte degli organi legislativi del Nord e Sudtirolo, dei 4 consessi legislativi, dell'Arge Alp! Ed è assurdo che per il confine si faccia a livello governativo questa limitazione dei 25 km!

... Ed arrivo alla conclusione. Il Presidente dice che il potere di indirizzo e coordinamento rappresenta una garanzia per l'autonomia speciale; devo puntualizzare che è proprio il contrario. Ammetto che rispetto al testo originario si è giunti ad un miglioramento, ad ogni modo questo potere è stato legittimato; sarebbe stato meglio sopprimerlo completamente, prevedendo invece un accordo. Così invece abbiamo sempre una spada di Damocle sopra la nostra testa e non sappiamo cosa potrebbe succederci un giorno. Questo è il lato negativo.

Vorrei ora concludere questa parte; avendo altro tempo a mia disposizione, mi riservo di proseguire l'intervento nel pomeriggio. Grazie!

PRÄSIDENT: Wir sehen uns um 15.00 Uhr wieder.
Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Riprendiamo i lavori alle ore 15.00.
La seduta è tolta.

(ore 13.02)

(ore 15.06)

(Vorsitz des Präsidenten Peterlini)
(Presidenza del Presidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

BENUSSI: (Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Der Abg. Kaserer, der jetzt das Wort hätte, verzichtet und es kommt der Abg. Craffonara zu Wort.

PRESIDENTE: Il cons. Kaserer che avrebbe diritto di parola, rinuncia e quindi ora interverrà il cons. Craffonara.

CRAFFONARA: Signor Presidente, bisogna ammettere che i suoi sforzi per tenere in piedi un progetto che dia senso a questa Regione sono ammirevoli ed apprezzabili.

Purtroppo bisogna rilevare, con altrettanta franchezza, che sono del tutto vani, al punto che le sue dichiarazioni si fanno di anno in anno più rassegnate. L'anno scorso avevo condiviso francamente, oltre la sostanza delle sue idee, che ipotizzavano, una volta risolti i problemi del pacchetto e preso atto che le competenze erano state quasi totalmente ripartite fra le due Province autonome, lei ipotizzava un futuro a questo istituto regionale e non tanto nei confronti dello Stato italiano e del Governo, ma nell'ambito europeo.

Questa Regione che si doveva affacciare all'Europa in modo molto forte, ma nello stesso tempo doveva rappresentare unitariamente le due Province autonome in Europa. Un modello esportabile di esperienza, di convivenza, di modo di vivere fra etnie diverse, in un momento particolarmente difficile, in cui gli Stati si stanno disgregando spesso per motivi proprio etnici. Quindi il nostro modello rappresentato dalla Regione poteva essere giustamente additato ed indicato al resto d'Europa.

Non era soltanto questo il motivo per cui lei vedeva una regione affacciarsi all'Europa, si trattava di mettere insieme anche una dimensione, sia in termini di popolazione che di economia, che potesse raggiungere una dimensione minima, sufficiente, ma sempre pur piccola e necessaria, per trovare un proprio ruolo in questa grande scena europea, proprio per non rimanere isolati, sconosciuti.

Avevo condiviso questo suo coraggio, questa sua voglia di dare un progetto a questa Regione e semmai il mio invito era di fare presto e con concretezza. Però ricordo che anche l'intervento l'anno scorso del capogruppo del SVP era stato particolarmente attento a raffreddare gli entusiasmi e lo cito, diceva: Non bisognerebbe creare illusioni e credere che questa Regione possa essere trasformata in Regione europea. Diceva ancora: Seguiamo con un certo disagio gli sviluppi dell'attività europeistica che la Giunta regionale tenta di potenziare di anno in anno. E ancora: L'immagine della Regione dovrebbe essere conforme alle competenze attribuitele e rapportate alle due Province senza andare oltre.

In pratica, dato che competenze la Regione non ne aveva, l'immagine della Regione doveva essere zero o qualcosa più di zero, non certo quella che era la sua idea, i suoi progetti. Allora quando qualsiasi ente o società ha il suo massimo azionista di riferimento che preclude qualsiasi prospettiva futura, che cosa può fare un Presidente? C'era il cons. Tonelli che l'aveva detto molto chiaro, una sola era la soluzione da prendere, quello di rassegnare le dimissioni, ma non solo lei Presidente, ma tutta la Giunta, perchè credo non sia corretto ed elegante, non solo da parte del SVP, ma anche dalla DC e dal PSI, pensare di governare per non fare nulla, anzi per precludere qualsiasi possibilità di fare qualche cosa, al punto di mortificare il proprio Presidente.

Mi meraviglio anche del PSI, che ha minacciato sui giornali, a destra e a sinistra dimissioni, uscite clamorose dalla Giunta provinciale e regionale, però la posta non arriva mai, siamo in Italia!

Stamattina abbiamo sentito il collega Duca che diceva che non sono male queste dichiarazioni del Presidente, però bisognerebbe occuparsi un po' di più delle autonomie speciali, perchè non facciamo una bella sessione di Consigli regionali solo sul tema del bilancio?

Il problema non è questo è che abbiamo avuto un Presidente a cui sono state precluse possibilità di agire, le idee non è che non c'erano, c'erano eccome, soltanto gli hanno detto no, stai calmo e tranquillo.

Credo che sia politicamente inaccettabile dare fiducia da parte di questi tre partiti ad un Governo che di fatto lo si rende immobile, impotente, come non credo sia giusto tenere in piedi una struttura delle indennità di carica anche agli assessori, perchè non si sa bene quali siano le loro competenze.

Allora, signor Presidente, non è il Ministro delle Regioni che vuole che la nostra sia una scatola vuota, la Regione è una scatola vuota, perchè lo si è voluto e l'avete voluto voi, infatti non più tardi di questa mattina che cosa ha detto il collega Kaserer? Che nel '79 abbiamo perso un'occasione per abolire la Regione, attribuendo tutte le competenze alle due Province. Di fatto che cosa si è fatto? La Regione non sarà stata formalmente abolita, ma sostanzialmente lo è, ditemi quali sono le competenze importanti che questa Regione ha: Camere di Commercio, Catasto, l'Accordino, l'imposta di soggiorno che non c'è più! Parliamoci chiaro!

Quindi di fatto questa Regione è una scatola vuota, costosa, ma vuota. Credo che la realtà è che sono venute a mancare le idee, le fantasie.

Anche una certa capacità di dialogo fra i due gruppi, la realtà è che siamo tutti un po' impigriti nel benessere, nella relazione lei dice: "In una ricchezza in termini di finanziamenti statali, piuttosto che su una costante riflessione critica sulle regioni dell'autonomia e sulla sua attuazione come esercizio nobile di autogoverno".

Sono parole sue, signor Presidente, però sono anche pensieri espressi molto lucidamente dal sen. Andreatta ai funerali del compianto sen. Kessler. Bruno Kessler è stato uno dei padri veri dell'autonomia e se oggi Kessler dovesse essere qui non so come e quali espressioni, per chi l'ha conosciuto, avrebbe nei confronti di questa Regione, noi che abbiamo avuto l'onore di conoscerlo.

Oggi vegetiamo sui privilegi, perchè è un privilegio avere un ritorno da parte dello Stato del 90% dei tributi che versiamo, è un privilegio, sottraendoci peraltro ancora molte spese, che dovrebbero essere a carico nostro e sono tuttora a carico dello Stato, si fa presto a fare qualche calcolo, è un privilegio incamerare l'80% dell'IVA su merci all'importazione, che però sono destinate al resto dell'Italia, ma i privilegi amici non durano un'eternità e non sono garantiti dagli ancoraggi internazionali, privilegi ci costringono in difesa, come le nobiltà decadenti.

Ma esaminiamo questo consuntivo del '92, qui parlare di previsioni per il '93 penso sia un esercizio inutile, certo dobbiamo registrare la chiusura finale del pacchetto, giusto che la Regione la scriva al primo posto dell'elenco delle cose fatte, però non era nei bilanci della Regione questo pacchetto, sarebbe avvenuto comunque, lo registriamo con piacere, però non credo sia stato nè merito esclusivo, nè competenza esclusiva della Regione portare a casa il pacchetto, sono ben altre le forze che lo hanno fatto.

Abbiamo approvato una brutta copia della 142, questa legge dello Stato con oltre due anni di ritardo sul resto d'Italia e con contenuti come la legge dei comuni che, l'abbiamo sentito e detto in mille salse, sono da riscrivere e da rifare.

Non abbiamo ancora introdotto, se non parzialmente, i principi di trasparenza e di tutela del cittadino previsti dalla 241, qui ormai siamo a due anni e mezzo dall'entrata in vigore di questa legge in campo nazionale, la Provincia di Trento l'ha approvata, ma questi principi non sono validi per la Regione e soprattutto per i comuni, che è un ritardo non poco significativo, proprio per quello che questa legge rappresenta e costituisce per il cittadino.

Abbiamo un ordine del giorno infinito da discutere, fra l'altro c'è dentro un'imposta

di soggiorno che da anni la si giudica un balzello medioevale e che però continuerà nel Sudtirolo ad esserci.

Signor Presidente, rimane la riforma elettorale per il futuro e noi diamo atto che lei si è dato un gran daffare per portare avanti una formula che però molti l'hanno giudicata più che altro destinata a conservare una preminenza di alcuni partiti che si sentono preoccupati, scossi da questa rivoluzione che sta montando in Italia.

Su questa posizione in campo nazionale abbiamo fatto delle proposte molto precise, è noto che il partito liberale è fautore di un sistema elettorale a doppio turno, alla francese. Questa proposta all'inizio aveva fatto un po' sorridere, ma evidentemente è stata fatta una riflessione. Adesso vediamo con piacere che altre forze politiche ritengono che questo sia un modello che dovrebbe essere preso in considerazione.

Il cons. Betta ed io proveniamo da una vallata dove esiste la Magnifica Comunità di Fiemme, lo sapete da secoli, e dove il sistema elettorale è un sistema uninominale secco, non che sia il migliore, però lì la gente esprime il proprio rappresentante.

Comunque sentiamo la necessità di arrivare a superare i partiti nel sistema elettorale, la gente vuole eleggere direttamente il sindaco, quindi noi siamo per l'elezione diretta del sindaco, con liste e schede separate.

Lasciatemi fare anche un accenno alla legge sulle casalinghe, una legge miliardaria, che però finirà con il favorire le donne che possono permettersi di stare a casa, a scapito di quelle che con uno stipendio solo non ce la fanno proprio. Mi pare che la collega Zendron stamattina dicesse che è una legge che crea ingiustizie.

Allora ben venga una Regione nuova, anche quella che superando i confini attuali consolidi e innovi i tradizionali rapporti di collaborazione esistenti nell'ambito del Tirolo storico, qui però bisogna constatare che effettivamente c'è stata una bella virata, mentre l'anno scorso lei intravedeva questa possibilità, però guardava anche con interesse ad est e a ovest, mi pare che adesso si è rassegnato "ob torto collo".

Ha preso atto, bene, anche questa è una cosa che può essere considerata una sua dote, altri non ce l'hanno questa possibilità di capire, questa è la politica, lei ha preso atto che l'aria che tira spira verso la stella polare.

Quindi nutro molto interesse per una forte collaborazione con le regioni del Tirolo storico, per tanti motivi, su questo c'è condivisione per motivi storici, economici, abbiamo delle economie che si assomigliano molto per l'attenzione all'ambiente, però mi pare che lei ha un po' esagerato nell'adattarsi a questo vento che tira - me lo consenta è una battuta - ma tirolese no, noi trentini non ci faremo mai chiamare tirolesi, almeno per quello che mi risulta.

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt der Abg. Negherbon.

PRESIDENTE: La parola al cons. Negherbon.

NEGHERBON: Grazie, signor Presidente. Credo che il breve intervento che intendo fare, perchè altri della D.C. prenderanno la parola per esprimere una valutazione complessiva sul bilancio, voglio tuttavia esprimere un giudizio fortemente positivo per la relazione che accompagna il bilancio e che il Presidente della Giunta ci ha fornito in questa sede e in questa occasione.

Il giudizio molto positivo nasce dal fatto che non è una relazione che va ad accompagnare la locazione delle poste di bilancio, quanto invece ad investire direttamente il ruolo, la funzione e la competenza della Regione nel quadro autonomistico di questo territorio, in un momento particolare che stiamo attraversando, nel momento in cui siamo alla conclusione di una legislatura, chiamata fin dall'inizio di transizione per la nostra autonomia, perchè era già nella prospettiva la

conclusione della vertenza autonomistica la chiusura del pacchetto ed infatti con il 16 marzo scorso del '92 l'avvenuta approvazione del decreto legislativo 267 ha posto la parola fine alla vertenza, che sul piano nazionale, internazionale e regionale per 40 anni è stata all'attenzione della politica non solo locale, ma nazionale ed anche internazionale.

Il Presidente in questa occasione storica di chiusura di questa vertenza, ha avanzato un'analisi storica forse impietosa, ma molto realistica, attribuendo anche responsabilità, che credo non vanno sottaciute, quando l'analisi vuole essere realista, quando vuole creare le premesse sostanziali, perchè da queste nascano delle proposte credibili.

Allora credo che tutti, come forze politiche, dobbiamo assumerci le nostre responsabilità, in ordine allo sviluppo autonomistico di questo territorio, in ordine anche al fallimento del primo statuto di autonomia ed il Presidente ha usato delle parole coraggiose parlando di tradimento di quelli che sono stati i principi che hanno ispirato il primo statuto di autonomia.

Qui credo tutti dobbiamo assumerci, come rappresentanti di forze politiche che hanno guidato la storia di questo paese, le responsabilità in ordine a uno sviluppo mancato di questa autonomia, ma sia qui altrettanto, dopo un'analisi impietosa, ad assumerci anche le responsabilità, affinché lo sviluppo di questo quadro autonomistico, e all'interno del quadro autonomistico istituzionale di un'autonomia globale e complessiva che deve investire queste popolazioni e quelle che abitano in questo territorio di un'autonomia compiuta.

Siamo qui oggi ad affermare questo. Il momento storico nel quale queste affermazioni vengono proposte a quest'assemblea sono altrettanto caratterizzate dalla crisi politica complessiva di questo paese, in ordine alle problematiche istituzionali, tanto è vero che a livello di Parlamento si parla di bicamerale, di problemi legati alla questione elettorale, alla rappresentatività, si sta cercando di recuperare il cittadino nel suo rapporto con l'ente pubblico, nel suo rapporto con le istituzioni ad una maggiore responsabilità e quindi ad una maggiore credibilità. Per fare questo credo debbano essere superati degli snodi, che oggi si pongono come freno allo sviluppo più pieno dell'autonomia e della democrazia e parlo in particolare del sistema proporzionale puro.

Qui ormai il problema deve essere superato nel senso di affidare e garantire maggiori responsabilità al cittadino e che consenta di porre fine ad un sistema politico ormai praticato in tutte le istituzioni, rappresentato dal consociativismo.

Il consociativismo, se per certi aspetti ha portato ad una maggiore garanzia di presenza della rappresentanza politica e delle più piccole rappresentanze della popolazione, dall'altra parte ha posto un vincolo pericoloso per lo sviluppo della governabilità, ma soprattutto per lo sviluppo del rapporto diretto del cittadino con l'amministrazione.

E' sotto gli occhi di tutti di come dopo le elezioni di un Governo, di una Regione, di una Provincia, di un Comune, le trattative fra partiti hanno molto spesso sovvertito a quelli che sono stati i programmi, i declamati obiettivi che si ponevano le forze politiche di fronte all'elettorato e venivano traditi molto spesso quegli obiettivi, in ordine ai quali si è raccolto il consenso con la popolazione.

Questo è il guasto portato in questa società dal consociativismo, credo che questo debba essere superato attraverso un mandato più vincolato e vincolante, che deve essere dato da parte dell'elettore. questo è possibile attraverso nuove formule di rappresentatività, che le forze politiche oggi stanno cercando di raggiungere. Non è una cosa facile, la democrazia è senz'altro al centro delle attenzioni di tutti, per chi ci crede, e quindi un suo rallentamento, un suo contenimento è indubbiamente esposta al pericolo, però a fronte della necessità di garantire una propria espressione diretta nel governo della cosa pubblica debba essere raggiunto.

Quindi siamo in un momento in cui è impellente superare, lo vediamo infatti dalla frammentazione politica, dallo sconvolgimento elettorale che nasce dalle urne di ogni singola elezione, vuoi a nord, come al sud di questo Paese e vediamo che l'inquietudine attraversa ormai fasce sempre

più ampie di cittadini che chiedono una maggiore linearità.

Su questo fronte siamo impegnati, a livello nazionale, come a livello locale e su questo problema mi intratterrò successivamente.

Un altro momento di particolare importanza e che coincide con la presentazione di questo bilancio, sono le ormai imminenti scadenze europee, anche qui per la loro portata e per la loro influenza nei confronti di questo territorio regionali e per le competenze e le funzioni che ha la regione non può essere di ordine secondario.

Questa relazione si pone senz'altro come un momento di critica, di analisi, ma anche come momento grande, forte di prospettiva.

Dalla chiusura del pacchetto, avvenuta con il decreto legislativo del marzo scorso, ormai l'autonomia di questa regione è individuata in una forma tridimensionale, le due Province con la Regione, pure ente autonomo che ha una sua specifica funzione ed una sua specifica competenza.

Se le Province hanno una funzione più direttamente gestionale delle attività che interessano le due Province autonome di Trento e Bolzano, la Regione è volta a cogliere gli aspetti fondamentali e le ragioni effettive dell'autonomia, proprio quelle che sono state enunciate negli accordi di Parigi del '46; quelle che ineriscono la convivenza fra i gruppi linguistici diversi, fra gruppi che hanno avuto cultura e storie diverse e per mantenere nel tempo questo rapporto con l'equilibrio e migliorando questo equilibrio anche che nella storia dei secoli si è maturato.

La Regione ha la funzione di garantire la convivenza, ma di favorire anche, nell'ambito della valorizzazione di una diversità, la maggiore creatività di queste popolazioni. Se guardiamo indietro alla storia, che ha caratterizzato le popolazioni che vivono su questo territorio, non possiamo nasconderci come certi momenti di convivenza, di rapporto fra gruppi linguistici diversi hanno portato nel passato ad una creatività di benessere, di cultura, di associazioni positive. Lo vediamo nei territori dove noi viviamo, parlo della Valle di Non, dove l'Alta Valle di Non, caratterizzata dalla presenza del gruppo linguistico tedesco di Lauregno, Proves, Ruffrè hanno sempre convissuto con un rapporto ideale con i cittadini italiani, nel rispetto reciproco, ma anche nella valorizzazione di un rapporto che ha arricchito la convivenza di questa popolazione.

Se guardiamo la storia anche degli inizi di questo secolo, il comune di Proves si annotava come primo nella costruzione del trenino della Trento-Malè, la prima centrale elettrica è stata costruita a Proves, ma poi questioni che riguardano la cultura, la presenza delle istituzioni, le scuole, la giustizia, mai nessuna discriminazione di ordine etnico è stata fatta, ma la valorizzazione della presenza di queste rappresentanze è sempre stata valorizzata.

Su questa linea credo si debba porre l'ente Regione nella valorizzazione delle ricchezze culturali, delle differenziazioni culturali, linguistiche ecc. nella composizione di una complessiva creatività.

Certamente credo che sbaglia chi nel tentativo di abbandonare il Trentino ai suoi destini cerca di ignorare la Regione o di non incrementarne il ruolo, nell'ambito dello sviluppo autonomistico, credo compia un grosso errore. La forte spinta e l'aspirazione della nostra popolazione nel suo complesso, composta di trentini, altoatesini, componenti del gruppo linguistico italiano, tedesco o ladino, è sempre stata della storia un'aspirazione di unità.

Lo vediamo nei secoli, dagli Asburgo al Principato, al dominio bavarese, a quello successivamente italiano e sempre attraverso questi domini alternativi, o l'uno o l'altro gruppo si è trovato ad essere favorito dal governo dominante, ma alla base è sempre stata l'aspirazione di unità a prevalere.

Credo che questo filo conduttore che lega questi popoli che vivono su questo territorio, sia superiore a qualsiasi voglia isolazionista. Quindi non credo alle insofferenze nei confronti della Regione come momento di ricerca isolazionista di ogni gruppo, questo non avrà futuro, anzi rappresenta un pericoloso passaggio, perchè la chiusura all'interno dei gruppi linguistici e la non

apertura attraverso la convivenza dei gruppi, può portare a pericolose scelte che possono essere fatte a livello nazionale, del resto questo aspetto è già stato analizzato e trattato a livello di bicamerale, laddove si parla di regionalismo e di affidare l'unica differenza da attribuire alle regioni dovrebbe essere quella di garantire l'espressione linguistica, mentre tutte le regioni dovrebbero essere poste su un medesimo livello di rapporto con l'ente nazionale.

Quindi anche questo di isolamento del gruppo linguistico potrebbe portare a questo rischio di una caduta del contenuto autonomistico finora affidato alla Regione del Trentino-Alto Adige, in particolare delle Province autonome di Trento e di Bolzano.

Detto questo a me pare che sia da cogliere positivamente lo stimolo contenuto nella relazione del Presidente, in ordine alla difesa delle competenze autonomistiche e allo statuto speciale, difesa che deve essere forte, precisa, puntuale nei confronti di uno Stato che cerca invece di dimensionare queste competenze, sia sotto il profilo finanziario, che quello più direttamente legislativo e di autogoverno.

Il Ministro Costa, con le sue affermazioni, ci può far pensare, noi invece dobbiamo arrivar ad un potenziamento dell'autonomia, non tanto pensare ad un incremento finanziario, quanto invece la richiesta di funzioni che dovrebbero incrementare la capacità autonomistica, forse è opportuno la richiesta di una maggiore autonomia nell'ambito della scuola, sappiamo come la cultura abbia una funzione importante nello sviluppo autonomistico e quanto la scuola abbia nell'ambito dello sviluppo della cultura una importanza fondamentale.

Certamente non è l'unica agenzia formativa ed educativa la scuola, ma certamente è la più importante e quindi un'attenzione particolare nei confronti di questo aspetto non potrebbe che valorizzare la nostra autonomia e quindi la sua apertura ed è qui da richiamare la legge passata in questi giorni in Commissione e che approderà in Consiglio della Provincia autonoma di Trento, riguardante il futuro consorzio fra Università di Trento e Provincia di Trento, ma consorzio che prevede anche la presenza delle Università di Innsbruck, di Verona, di Padova, in modo da superare i ristretti ambiti di questa nostra Regione, perchè la cultura, come la scuola, non deve avere confini provinciale, ma deve spaziare al di qua e al di là delle Alpi in un territorio molto più vasto, aperto alle sollecitazioni provenienti da qualsiasi.

Quindi è da segnalare come momento di crescita culturale questa proposta che viene dalla Giunta provinciale di Trento, come pure penso debbano essere anche incoraggiate quelle richieste di autonomia piena nell'ambito della Sanità e dell'assistenza, dopo i guasti che stanno venendo avanti a livello nazionale, in ordine alla controriforma che si sta portando avanti e quindi una più precisa e più ampia competenza della Regione in ordine a questo aspetto non potrebbe che favorire l'approccio della popolazione a questo tipo di servizio. Anziché farci decurtare competenze finanziarie, noi dovremmo chiedere maggiori competenze, affinché dal governo di queste competenze noi possiamo far crescere maggiormente la nostra autonomia e nei rapporti fra i gruppi che qui vivono su questo territorio.

In ordine a quanto è stato proposto e fatto a livello di programma, come è stato detto dal Presidente, gli obiettivi sono stati raggiunti, nel campo ordinamentale, dove la Regione ha competenza specifica, l'approvazione della 142, che adatta questa particolarità del nostro territorio alla legge nazionale, credo che indubbiamente, attraverso questo passaggio, il Decreto Presidenziale del '76, n. 616, che affida maggiore autonomia ai comuni, venga senz'altro ad essere recepito anche qui nel Trentino-Alto Adige, ma attraverso l'approvazione di statuti e attraverso maggiori competenze attribuite ai comuni, che le Province possono affidar, anche qui l'autonomia comunale e la possibilità di partecipazione del cittadino alla vita pubblica, può incrementare, come l'approvazione della 241 della trasparenza amministrativa.

Credo, signor Presidente, che in questo ultimo scorcio di legislatura l'impegno di questa Giunta deve porsi al raggiungimento di due obiettivi in ordine a questo problema, l'elezione diretta del sindaco nei nostri comuni attraverso una legge ordinamentale che qui possiamo varare, ma

l'obiettivo centrale che è quello di affidare competenze, fiducia e anche, nell'ambito di un recupero della credibilità del cittadino e di un suo richiamo alla partecipazione della vita pubblica, debba passare attraverso questo passaggio, che è l'elezione diretta del sindaco, proprio per superare quella funzione distorta, che hanno avuto anche per il passato le forze politiche nell'ambito delle formazioni di Giunta, nell'ambito di gestioni non sempre vicine a quanto era atteso dall'elettorato.

Purtroppo la legge elettorale, della quale molto si è discusso, non è prevedibile nella proposta come formulata dal Presidente, cioè dei collegi uninominali, anche perchè diversità di vedute delle due Province esistono, però credo che come obiettivo minimale dobbiamo porci quello del quorum, perchè questo era un obiettivo di legislatura e credo debba essere convintamente affrontato, perchè un primo passo nei confronti di una possibile frammentazione del quadro politico di questa Regione debba essere fatto.

Quindi, signor Presidente, due obiettivi, quello dell'elezione diretta del sindaco per i comuni e quello dell'approvazione del quorum di una legge elettorale che preveda il quorum pieno per entrare nel Consiglio regionale.

Per quanto riguarda posizioni unilaterali che riguardano la modifica dello Statuto a livello nazionale, credo che proposte che investono la legge elettorale e quindi un rapporto con il cittadino, con le Province, con gli enti istituzionali di grande portata, credo debbano essere frutto di una forte partecipazione e collaborazione fra gruppi ed è per questo che credo che iniziative di tipo unilaterale, come quelle che sono state assunte di deputati trentini che hanno posto a livello parlamentare iniziative di questo tipo, secondo il mio parere personale, non vadano nel verso di una crescita complessiva dell'autonomia, anzi credo che iniziative che possono partire da singole persone di gruppi politici, possono rappresentare forti dubbi di credibilità e perplessità.

Oltretutto a me pare che non sia questo il modo di superare il consociativismo, attraverso iniziative personali ed unilaterali, e quanto meno è dubbio il fatto che chi presenta queste proposte sia l'espressione di quei gruppi politici che più s sono avvantaggiate del consociativismo e del suo fenomeno deteriore, che oggi è indicato da tutti come il Craxismo. Per questo credo dubbia credibilità e forte perplessità nei confronti di questi aspetti, ancorché la disinvoltura con cui si affronta l'approccio alla modifica dello Statuto è altresì indicativa di una superficialità con cui si affrontano queste problematiche.

Per finire, signor Presidente, a me pare che nell'ambito delle sue competenze la Regione abbia esercitato quelle poche funzioni che ancora le rimangono in maniera soddisfacente, non si misura a chili la qualità delle funzioni, ma vengono viste e analizzate a seconda della loro incidenza nel quadro complessivo, ma per quanto riguarda le competenze specifiche a me pare che quelle poche competenze che ancora la Regione porta avanti, la funzione ordinamentale, nell'ambito dei comuni il fondo di rotazione, vediamo la Giunta dei 50 miliardi ecc., questo consente una maggiore agibilità dei comuni nell'ambito delle loro funzioni ed è senz'altro un segno positivo; nell'ambito della previdenza e della sanità abbiamo sentito i socialisti critici nei confronti delle proposte, sono in Giunta e potevano forse esprimere questa loro differenziazione all'interno della Giunta.

Credo però che l'attenzione nei confronti di questo problema che porta la Regione a saper guardare a quelle fasce più deboli e meno tutelate con maggiore attenzione, sia un fatto positivo.

Nell'ambito dell'economia a me pare che tutti gli sforzi fatti per l'unità delle istituzioni economiche, delle casse rurali, del Mediocredito, del Credito Fondiario ecc. non rappresentino che un impulso effettivo alla razionalizzazione di questo settore, quindi per preparare anche questo territorio ad un'entrata nella nuova Europa in maniera attrezzata; tutti gli sforzi fatti nel Catasto e nel Fondiario, unico esempio in Italia della informatizzazione ma anche del sistema avviato fin dal 1991.

La legge combattenti e reduci. Mi permetta Presidente, qui chiedo un impegno da parte della Giunta di estendere questo beneficio dovuto alle popolazioni di questo territorio che hanno

combattuto sotto le forze armate tedesche, fino al 1945 dell'ultima guerra, che sia esteso questo beneficio a chi effettivamente ha combattuto all'interno di quelle fila, anche se residente fuori, soprattutto agli emigranti, perchè questi, oltre ad essere penalizzati perchè non hanno trovato qui nel territorio il lavoro e quindi aver potuto godere dei benefici dell'attaccamento al loro territorio, sono penalizzati anche perchè lontani da un riconoscimento più morale che sostanziale. Chiedo qui un impegno alla Giunta per correggere questo aspetto.

In conclusione, signor Presidente, a me pare che, per quanto propone questo bilancio, per quanto la relazione nel suo complesso porta all'attenzione di questo Consiglio, meritoria di grande attenzione da parte delle forze politiche, molti di coloro che sono intervenuti hanno evidenziato e sottolineato la grande positività, la puntualità di questa relazione ed il coraggio con cui il Presidente l'ha portata avanti, per questo aspetto mi affianco a chi ha portato queste considerazioni in maniera positiva, ma esprimo anche il voto favorevole nei confronti della manovra finanziaria che lei ci presenta qui a nome della Giunta. Grazie.

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt der Abg. Betta.

PRESIDENTE: La parola al cons. Betta.

BETTA: Grazie, signor Presidente. Se permette il Presidente della Giunta regionale, non posso affiancarmi all'ultima parte dell'intervento del cons. Negherbon, le dirò anzi che sono stato un po' perplesso se dovevo svolgere questo intervento o se prenderne uno di 2, 3 o 4 anni fa e leggerlo come sta e giace, perchè a parte alcuni sforzi che lei ha cercato di fare, mi pare non ci siano quelle grosse novità nel suo bilancio, altro che quelle legate a fatti contingenti. Per forza di cose lei ha dovuto accennare anche ad avvenimenti recenti, per cui quelle sono le uniche sostanziali novità.

Quindi a parte le solite buone intenzioni, non vedo che ci siano queste grosse novità, come ha espresso nel suo intervento il cons. Negherbon ed a questo punto avrei potuto benissimo dire quello che ho detto in passato, cioè poco o niente, per mettermi in sintonia con il suo bilancio.

Se vogliamo dire qualcosa direi che si può notare come ci sia una non grande oculatezza nella gestione della spesa, cioè chiederemmo maggiore oculatezza e con questo non è che condivida quanto ha detto il Ministro Costa nel suo intervento, non ritengo che la Regione o le Province siano delle scatole vuote, potrebbero diventarlo se si andasse avanti su questa sintonia.

Del resto se vogliamo rispondere al Ministro Costa possiamo dire che se noi volessimo farci pagare l'energia elettrica che forniamo al resto d'Italia ne avremo e ne avanzerebbe, quindi il Ministro faccia anche quei conti,

Qualche anno fa mi sono preso il disturbo di andare all'Intendenza di Finanza di Trento, fare dei rapidi conti con un funzionario e si è visto che come stanno le cose forse siamo un po' superpagati, ma se noi mettessimo sul piatto tutto quello che noi diamo, sicuramente saremo abbondantemente in credito. Questo per quanto riguarda il Ministro Costa.

Mi pare che i rapporti tra i gruppi etnici recentemente siano migliorati, non siamo più allo scontro duro come era qualche anno fa, e dirò che il partito Repubblicano è aperto verso il mondo di lingua tedesca con rapporti auspicabili più ravvicinati nell'interesse reciproco, cioè siamo su una barchetta che è alla mercé dei flutti del rinato nazionalismo o statalismo, con le regioni vicine a noi, che cercano non tanto di venire da noi, ma di riappropriarsi delle nostre competenze per averne delle maggiori loro. Quindi se siamo su questa barchetta cerchiamo tutti, italiani, tedeschi e ladini di remare assieme, perchè solo in questo modo si riuscirà ad uscirne.

Nella sua relazione mi pare di non aver notato alcun accenno al gruppo etnico ladino della provincia di Trento, lei mi risponderà che sono affari della Provincia di Trento ed io le rispondo che sono affari della Regione e quindi mi auguro che nella sua replica accenni a quello che è

l'intendimento della Regione, che qui lei rappresenta, anche se anni fa mi ero stupito nel vedere il comportamento del SVP, la quale non intendeva assolutamente fare un minimo di azione verso questo gruppo etnico, paragonando al proprio gruppo etnico ladino della Provincia di Bolzano, non è che si chiedeva qualcosa di più.

Per avere questo rapporto più positivo e conoscendo la forza di convincimento, di pressione che hanno le donne, perchè non si pensa ad istituire una commissione per le pari opportunità a livello regionale, forse sarebbe un modo per poter operare in maggior sintonia.

Lei parla di Euro-regione, sicuramente l'intervento del cons. Kaserer non ha dato grande fiducia per questa Euroregione, perchè mi pare che egli sia piuttosto un tradizionalista, che vuole la sua regione del Sudtirolo e non ne parliamo di questo Trentino da gettare verso l'Italia. Sono d'accordo su questa Euro-regione, ma prenderei una posizione intermedia tra la sua e l'altra; sì all'Euro-regione, ma con il rispetto delle rispettive differenziazioni, sia politiche, etniche e culturali, in modo che ci sia una unitarietà di intenti, ma naturalmente senza che una regione prevalga o si imponga sull'altra, perchè se siamo arrivati ad un certo punto della convivenza in Alto Adige, lo si è dovuto anche ad una sorta di imposizione che un gruppo etnico ha voluto portare avanti sull'altro.

Lei ha accennato nel suo intervento alla riforma elettorale. Io penso che si possa essere d'accordo sicuramente sull'elezione diretta del sindaco, ma non nel vostro sistema, cioè quello che sindaco debba diventare il capolista di un determinato schieramento, ma che sia veramente libera la cittadinanza di votare per il sindaco che ritiene più opportuno, che poi questo sia democristiano o altro, non ha alcuna importanza, questa dovrebbe essere la vera democrazia.

Il mio partito non è d'accordo sul discorso del pateracchio che lei ha messo assieme e che per quanto riguarda la Provincia di Trento ha l'unico traguardo del recupero della credibilità e dei voti e quindi dell'elezione nei collegi comprensoriali da parte del democristiano o del leghista di turno, perchè tutti gli altri, con buona pace dei socialisti che in questo trabocchetto sono caduti, hai voglia che vengano eletti quando in un comprensorio viene eletto chi prende più voti in una determinata lista.

E non mi venga a dire che con la questione che anche il mio partito in sede trentina sostiene dell'alleanza democratica, si cavi un ragno dal buco. Noi abbiamo avuto delle esperienze del famoso blocco laico e di altri raggruppamenti ecc. dove si riesce sempre bastonati, anche perchè la gente comincia a diffidare di questi commassamenti dell'ultima ora, senza che siano stati spiegati, vediamo anche quello schieramento che era stato presentato alle elezioni politiche dell'aprile, "Senza Confini" che credo non è stato votato sufficientemente perchè la gente non capiva cosa fosse, non è stato spiegato sufficientemente.

Su questa strada, Presidente Andreolli, noi non ci stiamo, siamo d'accordo sull'elezione diretta da parte del sindaco e siamo d'accordo anche su un quorum pieno, anche se questo può voler dire la scomparsa, per esempio, del Partito Repubblicano, non me ne importa niente se un partito deve scomparire se non ha il supporto da parte della collettività della gente che lo vota, vuol dire che non ha saputo fare la sua parte, vuol dire che non ha un programma decente da presentare e quindi è giusto che si tiri da parte. Ma da questo al programma che ha lei ce n'è del distacco.

Se poi parliamo di elezioni, direi che l'unico atto decente di democrazia, visti l'aprile ed il dicembre del 1992, sarebbe quello che noi ci dimettiamo tutti e rassegniamo le dimissioni, in modo che ci siano delle elezioni anticipate, per cui vediamo che chi ha la fiducia dell'elettorato possa venire qui e governare, sedere su questi banchi, che molti di noi attualmente occupano senza averne il diritto, se facciamo mente locale alle ultime elezioni.

Sono il primo a condividere, signor Presidente, se questa iniziativa venisse presa, perchè ritengo che D.C. e P.S.I. vedrebbero un po' sfoltite le proprie rappresentanze in questa sede, il che potrebbe essere un male o un bene, non sta a me dirlo, ma sicuramente ci adegueremo a quello che in molte occasioni la collettività ha dimostrato. Cioè non ha più fiducia in questi partiti che rappresentano le istituzioni in questa sede, quindi andiamocene e lasciamo spazio, può darsi che ne

vengano degli altri, ma comunque chi verrà qui avrà sicuramente la fiducia e quindi la rappresentanza di una collettività che questa fiducia, in questi ultimi tempi, non l'ha più dimostrata.

Concludo dicendo che posso apprezzare lo sforzo che lei ha fatto di rivestire di un abito bello, pulito il suo programma, purtroppo l'abito è bello, accettabile, alla moda, ma dentro non c'è un corpo, c'è solo una specie di attaccapanni. Grazie.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: La parola al cons. Montali.

MONTALI: Signor Presidente e colleghi, ma mi rivolgo ai colleghi non per una formula procedurale, ma perché dei colleghi che sono intervenuti in questo dibattito mi permetterò di cogliere alcuni spunti interessanti secondo il mio punto di vista in questo dibattito generale.

Avrei piacere, siccome il Regolamento non mi impone, ma mi indica di rivolgermi nell'intervento in questo Consiglio regionale al Presidente del Consiglio regionale, di non essere disturbato, non io, ma che il Presidente del Consiglio non sia disturbato da altri avventori casuali che, mentre interveniamo, vanno a parlare con lui e quindi lo distraggono dall'attenzione che sicuramente egli dedicherà o sarebbe inteso a dedicare ai nostri interventi.

Ieri mezzo intervento del cons. Rella non è stato ascoltato dal Presidente, perché il solito consigliere di passaggio è andato ad occupare l'attenzione del Presidente, questa mattina ed anche ieri sera è successo lo stesso per quanto riguarda l'intervento del cons. Andreotti e per quanto ha riguardato l'intervento del cons. Taverna. Questo non è un richiamo al Presidente, ma ai taluni consiglieri che ritengono di andare a chiedere chissà che cosa al Presidente della Regione, ma che sarebbero ben orrendamente protestanti se la stessa cosa succedesse quando capita a loro; non faccio nomi e spero che nessun consigliere si alzi - cons. Kaserer, lei ha capito questo discorso? - per andare ad occupare l'attenzione del Presidente della Giunta, il quale la sua attenzione la può decidere di sua iniziativa se darla o non darla, ma non essere disturbato e questo vale per almeno 3 o 4 interventi dei colleghi, dai signori che ritengono in quel momento, quando non parlano loro, di andare ad attirare l'attenzione del Presidente della Giunta Andreolli.

Tutto ciò fa più riferimento all'ordine dei lavori che all'ordine di questa discussione e ... Ora abbiamo anche gli uscieri...

(Interruzione)

MONTALI: Signor Presidente Andreolli, questa mattina a nome del nostro gruppo ha parlato il cons. Taverna su questa vicenda del bilancio, le dirò che ci eravamo un po' divisi i compiti e cioè dovevamo parlare a nome del nostro gruppo, i compiti dell'ala trentina e dell'ala altoatesina, per cui la prospettiva dalla quale intendo affrontare non il bilancio, signor Presidente, non l'ha affrontato nessuno qui dentro il bilancio, qui la sua relazione al bilancio 1993 è un bilancio politico e come tale lo affronteremo, come tale lo ha affrontato Taverna, sia pure con quelle prospettive marginali e laterali, di carattere estremamente concreto e finanziario che anche noi affronteremo, che sono le più evidenti. Le opposizioni, mi consenta, è inutile che sprechino parole, tutti i bilanci da parte delle amministrazioni sono votati negativamente, ma non perché 2 più 2 per voi fa 5 e per noi fa 3, ma per l'indirizzo politico che l'amministrazione dà come impulso ai suoi investimenti ed alle sue decisioni.

Tante volte mi sono detto: se fossimo al posto vostro, noi destra, sinistra, coalizioni assurde, faremmo un bilancio sul quale voi direste no, ma non perché 2 più 2 fa 5, ma perché l'impostazione politica di chi manovra i fondi, i soldi e le partite è in contrasto con la posizione politica

generale, quindi è inutile, la mia potrebbe essere un'anticipazione di dichiarazione di voto, le opposizioni non votano a favore del bilancio, ma siccome lei, Presidente della Giunta regionale, ha dato alla sua relazione questa impronta essenzialmente politica e sull'impronta - no, impronta è un grosso discorso, sembra che sia proprio... - sui riferimenti di carattere "bilanciario", è un brutto aggettivo, o finanziario, avrò solo alcuni due riferimenti e mi dispiace che per questi riferimenti non siano presenti gli assessori regionali di competenza. Questo richiamo alla mancata presenza degli assessori fiduciari, come si chiama l'assessore indicato allo specifico assessorato? Assessorato, competenza, fiduciari, competenti, delegati, non lo so, mi dispiace, perché ieri erano qui presenti quando il collega Andreotti ha fatto quella - non sparata, collega Andreotti - validissima contestazione, perché sul banco della Giunta, perché questo, Presidente Andreolli, è un bilancio della Regione, della quale lei è il Presidente, ma che ha con sé e con lei gli assessori che rispondono dei singoli rami anche in termini di competenza finanziaria sui singoli reparti del bilancio e mi accomuno alla protesta di Andreotti di ieri. Abbiamo tante cose sulle quali dissentiamo dall'impostazione del collega carissimo sui quali dissentiamo da Andreotti e ne arriveremo a evidenziare le differenze, ma sulle constatazioni che sono logiche per tutti e, se mi consente, giudicabili politicamente per tutti, e no, giusto, questo non ci distingue.

Presidente della Giunta, saranno poche volte che la chiamerò in causa a titolo personale, a differenza del mio collega Taverna che l'ha nominato 37 volte, però tenga presente che la nominerò tre volte, ma che avrà la stessa evidenza delle 37 del mio collega Taverna. Qui il bilancio di questa Regione, gli indirizzi politici che reggono le mani finanziarie del bilancio non sono fatte da lei, signor Presidente, in prima ed esclusiva persona ed esclusiva responsabilità. Quando al Parlamento italiano si discute il bilancio e si discutono le importanti leggi, al tavolo accanto ad Amato ci sono tutti i Ministri responsabili dei settori, altrimenti noi, poveri, ma non siamo pochi, e non siamo nemmeno, signor Presidente Andreolli, scemi e non siamo nemmeno fessi, discutiamo il bilancio di questa Regione e troviamo, aveva ragione Andreotti, dove sono gli assessori responsabili di tutti i rami del bilancio?

Presidente Andreolli, vorrei, ma non è una diminuzione, non è una scusante; in Consiglio Taverna stamane ha fatto riferimento a determinate situazioni e leggi del Consiglio provinciale di Trento, non le conosco, le vorrei ricordare, ma le ricordo alle componenti provinciali bolzanine della sua Giunta, in Consiglio provinciale di Bolzano, su 40 disegni di legge presentati dalla maggioranza ne sono passati 27, solo per la presenza ed i voti, sia pure contrari, sia pure di astensione, della minoranza, la maggioranza per poter legiferare in Provincia di Bolzano gliela diamo noi, nove cretini - secondo il vostro, noi non ci riconosciamo come tali, ma secondo la vostra opinione sì -, la maggioranza, il numero legale lo diamo noi. Attenzione: noi delle opposizioni, perché i signori assessori della maggioranza Ferretti, Bolognini, Sfondrini, parlo della Provincia, collega Negherbon, ma te la traduco adesso in termini anche della Regione e glielo abbiamo fatto sempre presente, dopo di che abbiamo avuto l'estenuante, affettuoso, sensuale...

(Interruzione)

MONTALI: Sì, ascoltami! ...Sensuale, dal vocabolo senso. Partecipazione del capogruppo della Provincia che qui non vedo, che viene da noi ai nostri banchi a dirci di ringraziare perché sarà anche ora che la smettiamo con questa commedia che nei confronti dei pupazzi siciliani e della commedia veneta sul piano politico è ora che finisca e qui ritorniamo nel nostro ambiente e se qualcuno non avesse capito, con i sensuali atteggiamenti mi riferivo è il capogruppo del S.V.P. in Consiglio provinciale Hubert Frasnelli, perché magari qualcuno potrebbe attribuire ad altri queste manifestazioni di estrema compartecipazione non sensuale, ma politica.

Signor Presidente, le dico subito che avendo premesso che il collega Taverna interpretava - se è stato bravo dovrete deciderlo voi - la visuale trentina di questa sua relazione, è mio

compito anche come capogruppo di affrontarla dalla visuale altoatesina, perché lei già dall'inizio della sua relazione recita: "E' una vertenza che ha riscaldato le vicende del Trentino-Sudtirolo", e mi fermo qui. Forse lei non sa, ma su altre vicende che poi lei ha affrontato mi permetterò di dimostrare e di chiederle se lei era in questo mondo trentino altoatesino o dov'era, e guardi che mi sono anche un po' interessato, perché i giudizi che volevo darle e che le darò fossero un po' esenti da una denuncia da parte sua, intendo porre questi termini con estrema serietà, come ne porrò altri in senso di accoglienza spiritosa, se si vuol dire; personalmente, non so gli altri, ho una grande ammirazione per le persone che hanno il senso dello spirito e secondo me il senso dello spirito non è solo il senso dello spirito in quanto tale, ma è un'emanazione dell'intelligenza, dell'applicazione logica delle persone al criterio intelligente e cioè è saper cogliere le contraddizioni, lo spirito è quindi il mio intervento - lo premetto subito - avrà queste due impostazioni, che poi, sia ben chiaro...

(Interruzione)

MONTALI: Questo che sto facendo, perché tu, cons. Boato, credi di aver fatto un intervento intelligente? Pensa al tuo intervento, vuoi pensare al mio? Sto parlando del mio, tu il tuo lo hai svolto...

(Interruzione)

MONTALI: Ecco, signor Presidente, lei ha avuto un esempio basilare e puntuale del senso dello spirito.

(Interruzione)

MONTALI: Allora, signor Presidente, se, come ho premesso, il taglio di questo intervento viene più dalla Provincia di Bolzano che non da quella di Trento, le devo sinceramente dire, e forse userò delle parole forti, spero che non siano a livello di denuncia, ma se lo fossero...

(Interruzione)

MONTALI: No, l'immunità la chiede il cons. Pahl per i consiglieri regionali quando fa le puttanate.

Signor Presidente, mi riferisco alla prima ed all'ultima pagina della sua relazione e mi riferisco soprattutto a quella parte della sua relazione che, se mi consente, ha sollevato non dico gli impropri, ma una fervida e fustigante protesta del cons. Andreotti. Allora, io che non mi sono, come il collega Andreotti, che con pazienza e criterio si è raccolto tutte le cose che doveva dire, ma ho voluto continuare a farmi trascinare e dalle sue dichiarazioni, signor Presidente, ma anche dalle considerazioni che sulle sue relazioni sono state fatte dai colleghi, perché non è che intenda replicare a loro, voglio aggiungere la mia voce alle parti di queste relazioni che sono state fatte da tutte le parti.

Apro una parentesi: avrei voluto sentire ed avrei anche aspettato e non mi sarei iscritto, avrei voluto sentire la voce che addirittura era stata preannunciata la voce del consigliere regionale Ferretti e avrei voluto sentirla, perché, sempre ritornando alla sua relazione, e poi ha parlato Negherbon con molto buon senso e con molta cautela, con molto savoir faire, però siamo sempre nelle espressioni dell'ala trentina della D.C. e siccome le sue dichiarazioni implicano comportamenti globali dell'amministrazione regionale, dove sono presenti gli assessori della D.C., quei pochi che spettano per la proporzionale e qui non vedo ad esempio il Vicepresidente signor Pellegrini, credo di non sbagliare, non vedo il Vicepresidente della Giunta ad assistere a questa discussione, che non coinvolge lei personalmente, coinvolge la sua direzione evidentemente personale, autocratica, ma coinvolge la

Giunta, il governo; quando ieri Andreotti si è scagliato, e ne aveva tutte le ragioni, c'era il povero assessore Bauer presente accanto a lei, quando parlava Rella a livello di sfida personale dove era il signor von Egen? E dov'erano i rappresentanti socialisti? Oggi c'è Romano, chiamato all'ordine con cartolina precetto per essere presente, ma, mi consenta, siccome il discorso politico che investe..., ma non investe, è lei che ha investito noi del giudizio politico sulla sua relazione, e siccome non è giusto che debba essere lei personalmente, anche se firmatario della relazione, lei l'ha fatta a nome del suo governo e quindi non è giusto che il suo governo non venga qui a sentire le critiche ed i riferimenti di questi poveri fessi di consiglieri regionali.

Signor Presidente, la sua relazione parte da due prime pagine e poi ha una conclusione che dire storica è dir poco, ma in questo il concetto attribuito di storico alla sua relazione è stato espresso da diverse parti, credo con senso convinto; se mi consente lo preannuncio, perché se qualche collega per quello che dicevo prima non ha il senso dell'umorismo vorrei subito anticipare che la dichiarazione di storico alla sua relazione ed a talune conclusioni è chiaramente ironica e lasciamo a ciascuno cogliere sfumature e contenuti ed allora andiamo a vedere la sua relazione, interverrò anche citando, nella parti che mi fa comodo, sia chiaro, gli interventi dei colleghi che hanno parlato prima di me, ma questo è evidente, non citerò dell'Andreotti le cose che non mi sono piaciute, ma quelle che sono sulla linea politica e di giudizio mie le cito e credo che il cons. Andreotti non se ne adonti.

La prima contestazione, signor Presidente della Giunta, sulla quale si è affiancato il cons. Andreotti... Apro una parentesi, mi sono consultato con il collega Taverna, che credo sia laureato in legge, per chiedergli: "Tu credi che se dico queste cose possano essere passibili di denuncia?" E mi ha risposto di no, ma vorrei addirittura sfidare le considerazioni del cons. Taverna e, se lei riterrà, faccia quello che vuole lei. Questa sua relazione, signor Presidente Andreotti, parte da tutta una serie di considerazioni immerse, ubriache, annegate nell'ipocrisia più fraudolenta, questo è quello che voglio dire, ma quello che è più grave, e qui non le posso consentire la disparità di giudizio politico, ma dalla falsità delle interpretazioni e sulla falsità delle interpretazioni avrò il piacere e l'onore - si può dire così? - di intrattenerla e dove ci sono, che anche qui Andreotti mi è stato parallelo sulle cose che dirò, non le ho copiate da lui, chiedo scusa se ci sono delle coincidenze di valutazione -, pag. 3 della sua relazione: "Quel primo Statuto fu tradito: occorre dirlo con forza, - sto leggendo - in apertura in apertura di ogni discorso trentino-sudtirolese, per porre realisticamente sul tavolo tutti gli elementi di cui il nostro esame dello stato attuale dell'autonomia dev'essere composto.". Il cons. Andreotti ha detto: "Chi l'ha tradito, signor Andreotti?" Rispondo subito, ho detto l'ipocrisia fraudolenta di questa sua dichiarazione: " Uscita da una guerra persa (ma da troppi intesa come vinta, per via della gloriosa pagina della Resistenza scritta da pochi)...", qui mi vorrei fermare un momento: se un giorno lei riuscisse, signor Presidente della Giunta, ad individuare il numero, il censimento di quelli che lei chiama "pochi", sarebbe un dato anagrafico storico che farebbe bene alla conoscenza storica delle popolazioni, tenuto anche conto che in questa storia della resistenza lei dimentica, e tanti dimenticano, quelli che sono stati i combattenti tedeschi, a cominciare dai 33 morti di via Rasella, che poi hanno dato luogo alla strage voluta dalle medaglie d'oro del P.C.I. Boncompagni, e seguito, 33 altoatesini che vestivano in quel momento la divisa della Wehrmacht e che, guarda caso, accanto a loro, tirolesi o altoatesini - faccia lei -, combattevano quei poveri cretini della Repubblica sociale italiana, accanto a loro, assieme a Magnago. Chiuse la parentesi.

"La parte italiana della popolazione regionale non seppe resistere alla tentazione di ritorcere, nei confronti della parte sudtirolese, comportamenti ambigui e debolezze antiche, rafforzate anche dal fatto che l'Austria - bontà sua - la sua guerra l'aveva proprio persa del tutto, senza possibilità di dubbi e di alibi politico-morali.". Le devo chiedere, ma qui con un discorso estremamente serio, la parte di spirito ironica la lascerò ad altro settore del mio intervento, quale popolazione regionale "ritorse" nei confronti della minoranza di lingua tedesca con "comportamenti ambigui e debolezze antiche"? Lei questo lo deve dire, perché allora le ricordo che se questa popolazione è la popolazione

trentina, lei qui scriva "la popolazione trentina", dov'è viveva lei? Nel 1960 ci sono stati gli attentati terroristici di là, 17 morti, 100 feriti, il primo morto era un trentino, il cantoniere Postal, come fa a dire che la popolazione regionale non seppe resistere alla tentazione di ritorcere nei confronti della parte sudtirolese? Ecco perché le ho detto che questa è un'ipocrisia ed una falsità fraudolenta. Signor Andreolli, la riferisca ai trentini, se lo vuol fare, se ne prenda la responsabilità, questo è un falso in atto pubblico. A Bolzano c'erano i morti del terrorismo, gli attentati nel '60, o lei dov'era? Dove viveva? Ecco perché la mia denuncia è estremamente seria.

Lei non può permettersi di scrivere queste cose, chiaro? Il primo morto è stato un cantoniere trentino di nome Postal, 16 morti, 100 feriti e lei mi dice che "la popolazione regionale..." ci dica dov'era, cons. Andreolli, e se lei non conosce la storia dell'Alto Adige e siccome questa sua relazione, che poi se avrò il tempo...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Ha tempo ancora 17 minuti.

MONTALI: ...che è tutta un inno ricostituire il Tirolo storico per chiedere scusa al S.V.P., è tutta impregnata di questa ipocrisia, perché ha ragione Andreotti e gli altri che l'hanno detto: chi ha governato dal '48 fino al primo Statuto e poi dal '72? Voi! Voi con Berloffia nella Commissione dei 6, con i vostri nella Commissione dei 12, con i vostri nella Commissione dei 19, e date la colpa alla popolazione, questo è il falso e ho chiesto: "La relazione è un atto pubblico?" mi hanno risposto "No, è un romanzo edito da Garzanti", perché altrimenti qui ci sarebbe il falso in atto pubblico e mi fermo qui...

(Interruzione)

MONTALI: Ma sono calmo, è che mi hanno anche insegnato che accentuando il tono della voce in certe espressioni si sottolinea l'importanza delle espressioni stesse, però ritorno, il cons. Kaserer mi dice di ritornare, però le cose che ho detto, consigliere Presidente Andreolli, per me restano, ma se andassi avanti, mi sono sottolineato, se mi fossi preparato un bel discorsino come con molta diligenza il cons. Andreotti ha riassunto da tutte le cose di questa sua relazione, anche per rimanere, credo, nei tempi dell'intervento, avrei dovuto scrivere e tutte le considerazioni, signor Presidente, a pag. 5, e questa trentinizzazione della quale lei ammette una effettiva interpretazione, ma l'ha attribuita alla popolazione trentina e non ha il buon senso, l'onestà politica di attribuirla agli organismi che hanno retto la Regione dallo Statuto del 1948 a quello del 1972, ma dica chiaramente, tanto la gente lo sa che eravate voi al governo, non può attribuire ai poveri abitanti della circoscrizione 3, 12 o 47 di Trento o del Comune di Laives quello che lei addebita, facendo un riconoscimento di se stesso, della sua parte politica, ma senza averne il coraggio di indicare la vera firma autenticata, D.C. dal 1952 in avanti, P.S.I. con voi in Regione ed allora, ragazzi, alla popolazione andiamo ad addebitare questo?

Un'altra cosa, se mi consente, questa riguarda particolarmente, quando lei capovolge i momenti storici... Le chiedo scusa, perché questo aggettivo storico viene usato in un modo tale... Quando lei addebita alla reazione degli altoatesini di lingua tedesca il Los von Trient e lo fa seguire al Los von Rom, allora anche qui le chiedo, cons. Andreolli e Presidente della Giunta, lei dove viveva dal 1954 al 1957? Il nuovo Statuto è nato dalla riunione di Castel Firmiano del 1957 e, attenzione, siccome l'ha detto qualcuno l'altro giorno, vorrei anche ripetere, per quelli che non lo sanno, le motivazioni di Castel Firmiano 1957. Motivazioni: lo Stato italiano concede, attenzione, 2 miliardi e mezzo per l'edilizia popolare in Provincia di Bolzano...

(Interruzione)

MONTALI: A Bolzano, non me ne frega nulla, cons. Kaserer. Allora di fronte a questo fatto, mentre oggi, 1992 andiamo alla ricerca dei contributi, dei miliardi, dei milioni, nel 1955 i due miliardi e 500 milioni per l'edilizia popolare in Provincia di Bolzano da parte dei - scusi, Presidente, io continuo a chiamarli altoatesini di lingua tedesca, lei li chiami sudtirolesi o come vuole - altoatesini di lingua tedesca, pensavano che lo Stato italiano, pensavano al fascismo, avendo dato per l'edilizia popolare 2 miliardi e mezzo per fare allora, non so, n. tot di appartamenti, in quelli appartamenti volesse portare dall'Italia, dal Sud, con il consenso di Bossi, un fracasso di italiani e su quell'intervento - guardi, qui non ci sono dubbi - è nato Castel Firmiano, è nato il 1957, è nato il grido di Magnago a Castel Firmiano, cons. Andreolli, non il Los von Rom, Los von Trient, il Los von Rom è venuto dopo, quando si sono inserite norme e proposte per l'indirizzo di coordinamento, perché lo Stato qui e lo Stato là. Quindi è anche fuori luogo "storicamente" ed è giusto che il S.V.P. ad un certo momento, che anni erano, cons. Andreolli, quando il S.V.P. si è ritirato dalla Giunta del Trentino? Me lo dica lei che predispone i tempi di questo rapporto con il Sudtirolo, come lo chiama lei, ecco perché dico che questa relazione in certe parti è un falso, se lei attraverso i falsi, che poi tutti chiamano "storici", perché se non è storico un falso o un'affermazione, che validità volete che abbia, deve essere un'affermazione storica o un falso storico. Le consiglio di verificare, signor Presidente, i falsi storici di questa sua relazione e qui avrei tutta una serie di appunti che riguarda anche gli interventi degli altri consiglieri, non ho assolutamente bisogno che lei nella sua replica, signor Presidente, risponda a me, non l'ha mai fatto in un intervento a Bolzano due anni fa, intervento che, modestamente, credevo non dico costruttivo, ma concreto, lei ha risposto a tutte le sciocchezze che sono state sollevate dalle varie parti del Consiglio, non mi ha riservato nemmeno una parola e questo lei pensa che voglia dire che le cose che mi sono permesso di dire allora fossero... Qui c'è un detto latino che non mi permetto di citare e che lascio sia citato solo in televisione, dove si dicono queste porcherie anche in latino. Avrei piacere che lei, signor Presidente, invece rispondesse all'intervento del cons. Pahl, a quello del cons. Rella, rispondesse nei termini al soft intervento del cons. Kußstatscher, rispondesse all'intervento del cons. Andreotti, a me non deve rispondere, anche perché ho l'impressione che forse a rispondermi potrebbe avere qualche difficoltà.

(Interruzione)

MONTALI: Grazie, cons. Leveghi. ...Rispondesse soprattutto a se stesso, alla cons. Zendron, al cons. Pahl, al quale cons. Pahl deve essere sfuggito evidentemente il riferimento che lei ha fatto nella sua relazione ai decreti che lei ha indicato: il decreto legislativo 266, il decreto 386 del 1989, se il cons. Pahl, che vive solo dell'esasperazione di se stesso e della sua cultura, al posto di mettersi in contraddizione con l'intervento del suo partito da parte di Kußstatscher e non so se domani verrà qualcuno a nome del S.V.P. a mettersi in contraddizione con Pahl, con Kußstatscher, con il partito, perché qui siamo a questo tipo di livelli; diceva giustamente Andreotti ieri: "dove sono i socialisti?", i socialisti che in questa legislatura avete sempre preso come scusante di quelli che volevano le riforme elettorali e poi vi siete adirati perché tre socialisti trentini vi hanno imposto le bozze elettorali e vi siete incattiviti - scusate il termine, ma guardate che in televisione ne dicono tante di peggio - perché il S.V.P. vi ha detto "andate in quel posto", ma allora ha ragione il cons. Andreotti, dove sono? Duca ha parlato oggi per tre minuti e, se mi consentite, come ho introdotto il mio modestissimo dicendo che poteva avere una visuale altoatesina di fronte a quella trentina di Taverna, e la proposizione e la visione ed il giudizio dei democristiani dell'Alto Adige dov'è? Ho visto prima inserito tra coloro che avevano chiesto la parola il nome di Remo Ferretti, ma non pensate che noi che stiamo all'opposizione non abbiamo la ragione anche di parlare dopo, di sentire che interpretazione dà al documento del signor

Andreolli la D.C. di Bolzano, mi pare di un'evidenza palmare; è inutile che facciamo le critiche, ma le opposizioni non hanno mai votato un bilancio, il voto negativo sul bilancio, anche se fosse un bilancio da tangentopoli, ma politicamente le opposizioni votano contro, questa è la posizione, però sulle dichiarazioni che avete fatto...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Cons. Montali, le voglio ricordare che il Regolamento...

MONTALI: Sto finendo.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Avrebbe ancora un'ora di tempo in base al Regolamento, volevo informare il collega Montali che per Regolamento ha la possibilità di fare due interventi per la durata di un'ora ciascuno. Ha esaurito il primo, ha ancora un'ora a disposizione, però le ricordo che avevamo fatto un patto fra gentiluomini di dimezzare i tempi, comunque lei mi ha detto che vorrebbe concludere e le do il tempo necessario.

MONTALI: Signor Presidente, finirò in 5 minuti, mi riservo, perché credo che ci sia un tempo di non so più quanti minuti, in dichiarazione di voto sul bilancio di aggiungere le cose che non potrò dire questa sera.

Perché la considerazione generale dalla quale ero partito era quella, ripeto, che ho citato del Presidente della Giunta, che addebita alla conduzione delle popolazioni - dice "popolazioni", non dice "popolazioni trentine" - e gli ho ricordato che se ha voluto coinvolgere anche le popolazioni dell'Alto Adige si è dimenticato che se ritorsione c'è stata, è stata da una sola parte con tutta una serie di attentati terroristici dei quali nella sua relazione non solo non c'è cenno, ma non c'è nemmeno lo spirito del ricordo ed ecco perché ho detto ipocrisia fraudolenta e falsità.

Vorrei chiudere, avevo premesso che non sarebbe stata tutta seria, critica, severa, ma avrebbe potuto essere anche ironica e qualche volta l'ironia fa parte della critica, se qualcuno lo vuole capire, signor Presidente della Giunta, lei chiude la sua relazione con un inno al Tirolo storico quando "i Trentini si chiamavano Tirolesi e i Tirolesi vedevano nel Trentino l'indispensabile supporto ad una comune posizione centrale ed economica nella Mitteleuropa", certo oggi lo Statuto e l'ancoraggio internazionale - ma di questo ha già parlato Taverna - ci garantiscono, ma la nostra visione sarebbe miopie se non ci accorgessimo del mutamento politico profondo e continuo che la costruzione della nuova Europa esige anche da noi e la cons. Zendron a questi concetti ha aggiunto qualche altro elemento - avrei piacere, Presidente se lei potesse ascoltare le ultime tre righe di questo mio intervento - ed un questa sua relazione nella quale sono intervenuti anche dei supporter, fans, uno dei fans principali, se mi consente, è stato il cons. Pahl, che così diligente ed attento non è andato a leggersi le due leggi che lei ha indicato a pagg. 5 e 7, quelle che riguardano la facoltà di indirizzo e di coordinamento dello Stato e se ne è dimenticato, perché se le avesse viste, chissà che cosa avrebbe detto. Ha fatto delle considerazioni, comunque lei ha sentito le dichiarazioni di Pahl, lui a titolo personale sono a disposizione, faccio - che poi Kußtatscher dica tutta un'altra cosa e che domani Brugger ne dica una terza e che dopo domani Durnwalder, che non parlerà, ma a nome del capogruppo dica una quarta cosa -, lei ne prenda atto per capire che cosa ne pensa il gruppo di maggioranza che la sostiene, ma, e qui ci siamo, allora Pahl, signor Presidente della Giunta, agli italiani dell'Alto Adige restituisce la patria, ma lei lo sa, se noi cancelliamo i nomi italiani dai Comuni, ci restituisce una patria o un senso di patria e fino qui..., ma avendo sentito l'intervento di ieri del sign. Pahl, e qui mi rivolgo

a Betta, a Craffonara, a Levegghi, pensate, ci restituisce il Risorgimento, anche a lei, signor Andreolli, ci restituisce il Risorgimento e noi siamo qui pervasi, il cuore gonfio di generosità, perché Pahl ci dà una patria, ci dà il Risorgimento, non so che cosa ci darà la prossima riunione della Giunta regionale ci aspettiamo non so che cosa e - qui termino, ne avrei tante da dire, ma le dirò in dichiarazione di voto - facendo riferimento l'ho chiamata in casa la Zendron, perché sempre collegandomi a quello che ci regala Pahl, in senso regionale, mi raccomando, senso di patria che abbiamo perso, perché il fascismo ignobile ce l'ha tolto e Risorgimento, che non so chi ce l'abbia tolto, però ci ridà il Sudtirolo; anche lei, signor Presidente, che nella sua relazione usa questo termine, le vorrei fare presente - cons. Bacca, ti pregherei di pensare un momentino, ho solo tre minuti, puoi disturbare il Presidente quando vuoi, grazie - il Sudtirolo, la pregherei, Presidente, di aspettare che il Consiglio provinciale di Bolzano passi la legge del S.V.P. con la quale si vogliono togliere i nomi ai Comuni altoatesini, se riuscirà a passare, a cominciare dalla denominazione "Sudtirolo", oggi come oggi la denominazione è "Alto Adige" e la prego di volerla usare non solo nella sua relazione, ma anche nelle carte della sua Regione, ufficio Catasto, dove per la parte italiana - e ne farò uno specifico riferimento - non si scrive "Regione Trentino-Alto Adige", ma si scrive "Trentino-Südtirol", ne farò una contestazione ufficiale sull'uso del bilinguismo toponomastico di questa Regione e sarà bene che lei si adegui e che aspetti che in Provincia di Bolzano passi la legge Frasnelli-Pahl con la quale si vogliono togliere i nomi italiani dalla toponomastica provinciale, ne faccio una protesta formale alla quale chiederò che mi dia risposta.

Termino. Dalla cons. Zendron, che ha inventato assieme a lei il Sudtirolo, parlo della sua relazione, dell'intervento, siamo passati al Tirolo tout cour, però poi siamo passati - sua relazione - al Tirolo storico, poi siamo passati - intervento della Zendron - all'ecosistema tirolese - pensate, fate un momento mente locale - l'ecosistema tirolese, non si capisce bene l'Amazzonia se centri o meno in questo ecosistema. Signor Presidente, vorrei invitarla insieme all'assessore Bolognini a prevedere un progetto spaziale tirolese, perché al di là di questo non c'è più nulla. Allora: Sudtirolo, Tirolo, Tirolo storico, ecosistema tirolese, manca il progetto spaziale NASA tirolese e poi, mi consenta, devo denunciarle una mia momentanea amnesia di carattere culturale, perché vorrei andare a verificare alla fine di questa riunione in quale girone dantesco siano stati messi i tirolesi, spero che non siano nel girone dei lussuriosi, dove la condanna che Dante ha dato ai peccatori è quella infame condanna del lago di ... - non dico la parola - dove i condannati, quando passava la lama del destino, dovevano andare sotto e bere quella materia poco bevibile per essere salvi dalla stroncatura del collo. In dichiarazione di voto, signor Presidente, andrò a verificare il girone dantesco dove i tirolesi potrebbero essere ammessi a biviaccare. Grazie, signor Presidente.

PRESIDENTE: Collega Montali, con bravura lei è riuscito a parlare 72 minuti ed è riuscito a fare due cose: prima di tutto a fare tacere l'aula, che qualche volta non riesce nemmeno il Presidente del Consiglio ad attirare l'attenzione con dei richiami, e poi è riuscito a parlare 72 minuti senza entrare nel merito del bilancio.

La parola al cons. Kaserer.

KASERER: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte kurz zu einigen Problemen etwas sagen. Ich bin der Meinung, daß die Region mit Geld ausgestattet ist und gerade deshalb sich auch das eine und das andere leisten kann, sehr vieles davon positiv, aber nicht immer alles.

Ich beginne beim Personal. Ich bin der Meinung - ich habe das schon früher einmal gesagt -, daß in den Zentralämtern von früher her immer noch zu viele Leute sind, während in den peripheren Ämtern oft zu wenig sind, wenn ich an das Grundbuch der an das Kataster denke. Die Region hat noch nicht genug getan oder fast nichts getan hat, um den Beschluß der Verlegung von Ämtern nach Bozen voranzutreiben, wie es der Wille des Regionalrates schon vor einigen Jahren war.

Die nicht vorhandenen Räume allein sind für mich eine Ausrede. Die Region hat heute Mittel genug, um Räume anzumieten und damit mit der Verlegung von Ämtern nach Bozen Ernst zu machen und wir damit endlich zum gerechten Proporz beim Personal kommen. Ich möchte ein besonderes Lob aussprechen und zwar jenen Beamten der Katasterämter, die in den vergangenen Monaten einen Ansturm erlebt und bewältigt haben, wie kaum irgendein Amt. Ich konnte feststellen, daß man trotz dieses Ansturms wegen dieser plötzlich eingeführten Steuer und um die dafür notwendigen Unterlagen zu erhalten, sie imstande waren, trotz dieses Ansturmes dem Bürger auch entgegenzukommen und der Bürger zum größten Teil das bekommen hat, was er verlangt hat. Sie haben z.B. früher aufgemacht. Das müssen wir auch einmal anerkennen. Soweit ich es beurteilen konnte, ich war auch dort, ist die Freundlichkeit nicht zu kurz gekommen. Das muß man hier anerkennen. Ich weiß nicht, ob der Regionalausschuß eine Möglichkeit sieht - gerade diesen Personen, die ihre Pflicht mehr als erfüllt haben, finanziell anzuerkennen. Also einerseits Kritik, aber auch Positives.

Das Familienpaket oder die Familienpakete Nr. 1 und 2 sind bereits in Durchführung. Es wäre interessant, wenn dazu etwas mehr im Bericht des Präsidenten gesagt worden wäre. Mich erfüllt etwas mit Sorge. Ich habe irgendwo zufällig gehört habe und ich hoffe, daß das nicht stimmt, Herr Präsident, daß man die Kriterien für die Berechnung des Einkommens, der Einbeziehung des Vermögens und der Berücksichtigung der familiären Verhältnisse, die Grundsätze ändern möchte. Wir haben dieses System bei uns bereits vor mehr als 10 Jahren eingeführt, es immer wieder verbessert und erreicht, daß sehr viele Ungerechtigkeiten, die vorher mit der reinen Steuererklärung bestanden haben, beseitigt werden konnten. Heute haben wir auch noch nicht vollste Zufriedenheit, Gerechtigkeit, aber in der Schulfürsorge - und hier wäre es ja das Gleiche - allgemeine Zufriedenheit erreicht. Ich glaube schon, daß es schwierig sein kann, im Trentino plötzlich auf dieses System umzusteigen. Aber ich kann Euch sagen und Ihr könnt im Lande fragen, wo Ihr wollt, daß dieses System tatsächlich weitgehendst gerecht ist. Es wäre für uns sehr schwierig, hier etwas daran zu ändern. Ich ersuche deshalb, daß man alles beibehält, damit die Maßnahmen gerecht Anwendung finden.

Das dritte Familienpaket ist von der Kommission bereits mit einigen Änderungen verabschiedet. Dazu kam in letzten Zeit einige Kritik in dem Sinne auf, daß man uns den Vorwurf macht, daß einkommensschwächere Frauen, Familien, kaum in der Lage sind, in dieser Form, mit diesen Beträgen in den Genuß der Hausfrauenrente zu kommen. Überprüfen wir das noch einmal, ob wir nicht auch hier mehr der familiären Situation Rechnung tragen können, damit auch einkommensschwächere Frauen imstande wären, zu einer Hausfrauenrente zu kommen. Eigentlich war es ja für diese gedacht. Das wollten wir eigentlich nicht, sondern das Gegenteil. Herr Präsident, beraten Sie mit Ihren Leuten noch einmal.

Im Zusammenhang mit der Tagesordnung, die wir über die Zimmervermieter eingebracht haben, ist zu überlegen, ob man hier denjenigen, die es wirklich brauchen, um ein Minimum an Einkommen zu erzielen, wir nicht diesen in Zukunft helfen. Könnten Sie auch darüber mit Ihren Leuten, Herr Präsident, beraten?

Etwas zur Öffentlichkeitsarbeit der Region: Ich habe öfters kritisiert, daß zuviel über Dinge publiziert wird, die nicht ungedingt den Bürger anreizen, diese Informationen anzunehmen. Weiters hat man mir gesagt - ich konnte es auch selbst feststellen - daß bei den Belangsendungen aus der Region, wo der Präsident oder ein Assessor berichtet, bei der Übertragung im Deutschen oft das Gesagte überhaupt nicht übersetzt wird, sondern daß einfach der italienische Text gesprochen wird, ohne daß eine Inhaltsangabe auf deutsch erfolgt. Das hat man mir gesagt, und ich bringe es hier deshalb an. Ich habe zuwenig Möglichkeit, es selbst zu verfolgen.

Ich bin der Meinung - und vielleicht erspare ich mir dann die nächste Wortmeldung zum Beschlußantrag über die Zimmervermieter - daß er klar ist. Aus der Einleitung geht ganz klar hervor, was zu bemängeln ist, welche Schwierigkeiten diese Leute haben und vor allem welcher schwierigen Situation sie entgegengehen. Deshalb das Ersuchen an den Regionalausschuß, möglichst

bald bei den zuständigen Stellen im Sinne der hier aufgestellten Forderungen zu intervenieren, weil Leute, die 2, 3 Zimmer zu vermieten haben, einfach nicht in der Lage sind, diese Versicherung, wie sie die Kaufleute zu tragen haben, zu bezahlen, sonst müssen sie diese Tätigkeit aufgeben. Das wäre wiederum schade, denn die Zimmervermieter haben eine besondere Bedeutung im gesamten Tourismus, weil sie doch einer bestimmten Kategorie die Möglichkeit des Urlaubes bieten und es sind sehr viele, die das gerne tun. Es wäre schade, wenn - wie es derzeit der Fall ist -, es sehr viele aufgeben. Zum anderen glaube ich, sind diese kleinen, zusätzlichen Einnahmen, wirklich notwendig, um sich über Wasser zu halten. Ich hoffe, daß die Regionalregierung sich das wirklich zu eigen macht und wir werden hören, was der Präsident dazu zu sagen hat. Gestern hat bereits eine Vorsprache in Rom stattgefunden, aber je mehr Leute intervenieren, desto besser.

Die Region, um mich nicht mehr zu wiederholen, die Aufgabe hat, ihre Ordnungskompetenz zu erfüllen, aber soweit wie möglich alles an die beiden Länder abzugeben. Die beiden Länder, wir alle gemeinsam, haben die Aufgabe, den römischen Zentralismus weitmöglichst zu verbannen. Danke schön!

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Vorrei ora brevemente fare riferimento ad alcuni problemi. Sono dell'avviso che la Regione, essendo dotata di cospicue risorse finanziarie, possa permettersi di fare molto. Alcune di queste cose sono positive, ma non tutte.

Inizio con il problema del personale. Ritengo - e questo l'ho già detto una volta - che negli uffici centrali ci sia troppo personale. Invece negli uffici periferici c'è ancora troppo poco personale; penso per l'appunto ai servizi del Catasto e del Libro Fondiario. Inoltre ritengo che la Regione abbia fatto ancora troppo poco per la decentralizzazione dei servizi, ovvero per favorire il trasferimento di certi uffici a Bolzano, così come si esprime il Consiglio regionale in una sua mozione di alcuni anni fa. L'insufficienza di locali per me non è che una scusa. La Regione oggi dispone di sufficienti mezzi finanziari per poter affittare uffici e per attuare finalmente un trasferimento di uffici da Trento a Bolzano, in modo da avere così anche una più equa distribuzione proporzionale nell'ambito del personale. Vorrei anche fare i miei elogi al personale degli uffici catastali che negli scorsi mesi hanno subito una notevole affluenza da parte dei cittadini a causa delle nuove imposte che sono state introdotte. Malgrado questa grande affluenza essi hanno fornito ai cittadini la documentazione richiesta e sono riusciti a farcela con il personale a disposizione, aprendo magari anche qualche ora prima. E questo merito glielo dobbiamo riconoscere. E dobbiamo anche riconoscere che malgrado tutte queste richieste, hanno dimostrato sempre gentilezza nei confronti degli utenti. A loro va dunque il mio ringraziamento e forse la Giunta - se ne intravede la possibilità - potrebbe ricompensare in qualche modo finanziariamente questo impegno profuso nei giorni di superlavoro. Questa è una cosa. Malgrado qualche critica, bisogna pur tuttavia riconoscere anche i fatti positivi ed ammettere quando le cose sono state fatte bene.

Il Pacchetto Famiglia 1 e 2 sono già in avanzato stato di attuazione. Sarebbe stato interessante se il Presidente avesse detto qualcosa di più a questo proposito nella Sua relazione. Sono un po' preoccupato. Ho per caso sentito che si vogliono cambiare i criteri per il calcolo del reddito, considerando anche la situazione patrimoniale e le condizioni familiari. Noi abbiamo introdotto questo sistema del calcolo del reddito più di 10 anni fa in Alto Adige ed abbiamo sempre cercato di migliorarlo. Abbiamo anche ottenuto che certe ingiustizie verificatesi quando veniva preso come unico riferimento la dichiarazione dei redditi, fossero eliminate e venisse introdotto un sistema equo per l'assistenza scolastica - qui il calcolo è lo stesso -. Comprendo che soprattutto per il Trentino sia difficile adeguarsi a questo nuovo sistema -. Ma io posso dirvi - e potete chiederlo a chiunque in Provincia - che questo sistema è il più equo possibile e per noi sarebbe difficile modificarlo. Per questo inviterei il Presidente a voler mantenere il sistema attuale, affinché i provvedimenti siano applicati in modo equo.

Il terzo Pacchetto Famiglia è stato già approvato dalla Commissione legislativa competente con alcune modifiche. Recentemente ci sono state alcune critiche e si è detto che le famiglie e le donne meno abbienti difficilmente potranno fruire di questa pensione per le casalinghe perché non saranno in grado di pagare i relativi contributi. Forse possiamo verificare nuovamente la situazione e vedere se non dovremmo anche qui tenere maggiormente conto della situazione familiare. Forse così anche le donne meno abbienti potrebbero fruire di una pensione per le casalinghe, se vogliamo tener conto del fatto che si volevano originariamente aiutare i soggetti più deboli. E questo è ciò volevamo. Signor Presidente, La invito a considerare con i Suoi tecnici nuovamente questo problema.

In relazione all'ordine del giorno che noi abbiamo presentato in merito agli affittacamere, resta da vedere se in futuro non si possa prevedere qualcosa per garantire a queste persone un reddito minimo. Signor Presidente, forse Lei potrebbe parlare con i suoi tecnici per vedere se esiste una qualche possibilità.

Vorrei dire ancora una cosa in merito all'attività di informazione della Regione. Ho più volte lamentato il fatto che vengono pubblicati troppi opuscoli che spesso non interessano nessuno. Un'altra cosa che ho potuto notare e che mi è stata anche riferita è questa: nel corso di vari programmi di informazione sugli organi della Regione, sul Presidente o gli Assessori, spesso le interviste non vengono tradotte in tedesco e nemmeno il contenuto delle affermazioni. Questo è quanto mi è stato riferito ed io lo riporto in questa sede. Io ho purtroppo poco tempo per verificare la cosa.

Sono inoltre dell'avviso - e forse in tal modo mi risparmio il prossimo intervento sull'ordine del giorno - che il problema relativo agli affittacamere è evidente. Nelle premesse si indicano chiaramente le carenze e le difficoltà che incontrano ora queste persone. Per questa ragione chiedo alla Giunta regionale di intervenire quanto prima presso le autorità competenti, al fine di far presente che queste persone che affittano 2 o 3 stanze non sono in grado di pagare gli stessi contributi previdenziali dei commercianti; altrimenti esse saranno costrette ad abbandonare l'attività e questo sarebbe peccato, in quanto nella nostra Provincia gli affittacamere sono un notevole incentivo al turismo, in quanto offrono possibilità di soggiorno a determinate categorie di persone che altrimenti non potrebbero passare le vacanze qui da noi. Sarebbe peccato che si estinguesse questa importante fonte turistica. Per il resto va detto che questo reddito aggiuntivo spesso serve a queste persone per tenersi finanziariamente a galla. Auspico che la Giunta regionale voglia accogliere questa richiesta e a tal proposito sentiremo cosa avrà da dire il Presidente. So che ieri c'è stato a tal proposito un colloquio a Roma, ma ritengo che più si intervenga, meglio sia.

Concludendo vorrei dire, per non ripetermi, che la Regione ha il compito di svolgere le sue competenze ordinamentali; per il resto dovrebbe cercare di delegare il più possibile alle Province. Le due Province e la Regione insieme, noi tutti abbiamo il compito di ridurre il più possibile il centralismo romano. Grazie!)

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. Chiudo la discussione generale e concedo la parola al Presidente della Giunta per la replica.

ANDREOLI: Grazie, signor Presidente. Colleghi, credo di aver registrato con attenzione i numerosi interventi e voglio introdurre questo discorso con un grazie, perché se l'obiettivo della relazione, che evidentemente non era a commento del bilancio, perché la relazione tecnica lo accompagnava abbondantemente, ma era una valutazione politica a chiusura di fatto di questo quinquennio, ha raggiunto l'obiettivo di suscitare attenzione e interesse in quest'aula.

Certo era evidente che le valutazioni non potevano che essere discostanti, qualcuno, come il collega Montali - che ora non c'è e si lamenta perché non lo cito - dice che ormai è precostituito, le maggioranze ci sono, la maggioranza vota il bilancio, le minoranze o si astengono o votano contro e nessuno pretende diverso.

Però mi pare che c'è stata una forte attenzione anche da parte delle minoranze nel fare una comune considerazione su questo punto di approdo, che è contestualmente un punto di partenza. Non si può negare che una vicenda, seppure con letture diverse, si è chiusa dal '48 in poi; non si è chiusa evidentemente per dire che è chiusa definitivamente, ma un traguardo è segnato, una parte di questa storia è stata recitata.

Certo la politica non considera la storia che si sta divenendo come un fatto chiuso, ci vorrebbe altro, tanto è vero che ho apprezzato chi ha condiviso con me un ragionamento teso a verificare non solo quello che è avvenuto, ma anche a proiettarsi nel futuro. C'è una consapevolezza comune oggi, più forte che per il passato, tra trentini, sudtirolesi ed altoatesini, così credo che anche l'amico Montali non si adonerà di questo mio linguaggio, del resto lo Statuto parla di Alto Adige-Südtirol, quindi la completezza dell'informazione è giusta.

Credo che nessuno potrà adontarsi se insieme anche oggi abbiamo percorso una strada, mi pare che più che per il passato, dalla stessa bocca del SVP c'è la consapevolezza che è più opportuno e prudente percorrere anche la strada futura assieme, piuttosto che lasciare i trentini a casa, io la registro, non so se sarà condivisa anche per i figli.

Sono stato stimolato a proseguire anche personalmente in questa analisi, la collega Berger mi ha detto: va avanti, fa una proposta, ragioniamo insieme ancora, abbiamo pochi mesi, ma forse il tempo non è perduto se continuiamo a sforzarci e fare il punto della situazione.

Il collega Duca ha anche detto perchè la Giunta e le forze politiche non si fanno carico di fare una riflessione puntuale su questa materia, per lasciare questo fine legislatura con una presa di posizione, io me ne faccio carico, non voglio essere un solitario nell'Apocalisse, qui non ci sono nè angeli, nè demoni, siamo tutti insieme a cercare di trovare un bandolo di una strada possibile da percorrere anche per il futuro. Questa Giunta intende farsi carico di un ragionamento possibile, predisporremo una bozza di documento perchè ci sia qualcuno che evidenzia le tematiche, mi farò carico di trovare anche i luoghi preistituzionali per predisporre metodologie di confronto e venire in aula con una larga convergenza, dove un messaggio politico chiaro alle istituzioni, alla società civile di questa comunità possa essere fatto.

Certo questo prelude, qualcuno lo chiama un terzo statuto, qualcuno lo chiama un passo avanti ad un discorso nuovo e forte, io ho azzardato anche questa utopia e mi rendo conto che ha suscitato anche contrasti di valutazione, perchè non era molto definita, io l'avevo scritta più lunga poi l'ho cancellata perchè era meglio lasciare ancora questo discorso indeterminato. certo l'utopia è pensare a sconvolgere il sistema istituzionale internazionale, è un messaggio che è unilaterale, perchè bisogna che anche l'altra parte lo comprenda.

Quindici giorni fa ero a Vienna con il collega Giacomuzzi ed ho incontrato per la seconda volta Weingarten, il futuro capitano del Tirolo, e facendo questi stessi discorsi che abbiamo fatto oggi, mi invitava al realismo, mi diceva: sapete che da una nostra indagine soltanto il 20% della popolazione del nord Tirolo sa ormai che esiste un problema sudtirolese. Noi non dobbiamo immaginare che la società civile sia solo appartenente alle istituzioni, guardiamo concretamente la società civile - dice - noi dobbiamo immaginare soluzioni nuove e forti, dove però la condivisione da parte della società civile dei nostri cittadini c'è.

Abbiamo strumenti, forze, occasioni per offrire alla comunità, prendiamo i due estremi, da Borghetto e Kufstein, quale messaggio in comune possiamo dare a questi due estremi punti della popolazione per dire che è un messaggio che merita.

Del resto io stesso nella relazione accennavo alcuni elementi dove c'è la continuità, ma c'è anche da registrare se c'è la volontà dall'altra parte, perchè questo avvenga. Il percorso non è certamente scontato.

Quello che voglio qui dichiarare è che questa fuga in avanti non vuole essere tentativo di eludere la realtà, un bel vestito, ma sotto c'è il manichino, una scatola vuota e costosa, colleghi, o

c'è la condivisione in partenza che questa strumentazione giuridico-istituzionale che si è costruita in questi anni ha un senso e dietro non c'è la scatola vuota o il manichino, certo non è la scatola piena delle Province, sarà una scatola molto più piccola, ma è opportuno che ci sia questa scatola o no? Bisogna essere coerenti.

Allora se è opportuno che ci sia la scatola, già il dire che la scatola è vuota vuol dire che è inutile e da buttar via, delle scatole vuote non so cosa farmene, o la scatola ha le dimensioni che serve agli obiettivi, perchè la scatola è uno strumento, allora non uso il linguaggio "vuota", perchè "vuota" per me è uguale a inutile, da buttare via. Uno è legittimato a dirlo, per carità.

Qualcuno del SVP lo dichiara che in fondo è molto meglio semplificare il meccanismo ed arrivare a rango di Regione e due Province e finiamola, perchè certo ha dei costi aggiuntivi, non c'è dubbio.

Però se c'è la condivisione di quadro, per cui merita fare uno sforzo in questa direzione e non casualmente mi sono attardato nelle mie dichiarazioni, quando ho messo in evidenza la forte valenza della misura 266, prima della chiusura, laddove l'art. 1 si motiva politicamente il perchè il Governo italiano ha emanato quella norma, che nell'ordinamento giuridico, non solo nazionale, ma anche internazionale, è un mostro in giuridico, perchè se voi riflettete un istante il Parlamento ha delegato il Governo italiano a emanare norme di attuazione dello Statuto, queste norme hanno valore di legge ordinaria, anzi la procedura per modificarle non è il Parlamento, è lo stesso iter, è una delega permanente, praticamente in bianco. Ebbene si è arrivati ad interpretare questa funzione del Governo in materia delegata, per applicare lo Statuto, fino a limitare con una norma del Governo i poteri del Parlamento, che nell'ordinamento della democrazia occidentale, per chi conosce solo l'A-B-C- è una situazione di grossa novità.

Ebbene, questa norma viene emanata per tutelare i gruppi etnici di minoranza che sono presenti sul territorio, viene dichiarato che lo strumento per la valorizzazione di queste minoranze è lo statuto di autonomia, che si esprime nella vita della Regione e delle due Province autonome, statuto che si riconnette all'Accordo di Parigi. Questo per me è il fondamento, la prima formulazione in legge, votata anche dal Ministro delle Regioni Costa, nel Consiglio dei Ministri, perchè non mi risulta che in quel Consiglio dei Ministri ci furono assenti e dissenzienti, fu votata anche da lui ed è l'ancoraggio internazionale. Che poi si dichiari all'esterno politicamente altre cose, benissimo, le rispetto, io sto alle norme scritte, perchè quelle sono norme di legge, le dichiarazioni dei politici possono essere cambiate, cambiano i politici, quanti Ministri si cambieranno nei prossimi anni? E ognuno dirà la sua, però la norma è legge, pubblicata sulla Gazzetta ufficiale.

Allora se c'è questa condivisione di base tutte le strade sono aperte ed è possibile continuare a ragionare insieme. Certo nella prossima legislatura potranno esserci accordi ulteriori per attuare quello che era l'art. 14, oggi il 15, le competenze amministrative di norme le esercita le Province, leggi catasto e tavolare e allora capite che quando alla Regione verrà portato via questo supporto e dato alla gestione delle Province, purché ci sia anche la volontà di Roma, perchè sapete che il Tavolare è competenza della Regione, il Catasto è materia delegata e quindi bisogna modificare la norma di attuazione per delegarla alle Province invece che alla Regione e credo sia opportuno tenere insieme i due discorsi.

Poi bisogna percorrere questo itinerario che riguarda l'Europa, che riguarda la condivisione da parte delle due Province e della Regione.

Il cons. Rella ha già lanciato un messaggio forte che dice: signori, perchè non immaginiamo, senza modificare lo statuto, una presenza nei vertici del governo della Regione per testimoniare che le due Province vogliono usare questo strumento per il processo di crescita della nostra autonomia, discorsi che non sono nuovi nella bocca del cons. Rella.

C'è un itinerario possibile, allora avremo anche forza nei confronti della Bicamerale, nei confronti del Parlamento italiano, che giustamente sta interrogandosi come guardare a queste nostre

istituzioni in modo diverso e siamo stati i primi, a livello dei primi convegni delle Regioni autonome a statuto speciale a convincerli dell'assurdità di chiuderci nel nostro guscio. Allora i discorsi che ho chiamato di attuazione, di norme che riguardano anche le Province, non è un'invasione della Regione sulle Province, ma perchè c'è la condivisione di un progetto comune, dove in questa terra dell'autonomia i confronti dei comuni, signori, un discorso nuovo deve essere fatto.

Da troppo tempo lo predichiamo, ma non lo attuiamo, più flebile lo sento in Provincia di Bolzano, ma dai confronti che ho avuto con i consiglieri comunali e con i sindaci dell'Alto Adige, c'è analogia aspirazione dei comuni trentini e non è semplice questo ragionamento, perchè trasferire competenze vuol dire costruire un'architettura diversa, perchè non si può buttare sulle spalle dell'amministrazione comunale improvvisamente competenza, senza un disegno complessivo ed organico, se hanno la forza di gestirlo, se hanno i soldi e se hanno il personale per gestirli, perchè altrimenti sarebbe un disegno miope e suicida, proprio per dimostrare che non è possibile e pertanto si torna al centralismo.

Del resto lei sa, cons. Rella, che metto sullo stesso piano il ragionamento che attiene al trasferimento di competenze ai comuni e all'esercizio da parte delle Province di una competenza sacrosanta nel recepire la 142, là dove parla delle comunità montane, ci sono valenze politiche diverse, però si chiama ente locale nella stessa misura giuridica dei comuni e non è secondario.

Allora soldi, competenze e chiarezza programmatica nel trasferimento di queste nuove forze alle realtà periferiche. Del resto sapete che nella nostra 142 abbiamo scritto in modo chiaro che quella norma iugulatoria, collega benedikter, in base alla quale il 616 nella nostra regione si applica con legge regionale su concorde volontà o richiesta delle Province, cosa che dubito avvenga mai, nella legge abbiamo scritto che le Province procedano pur direttamente, senza bisogno della legge regionale. E' chiaro che è un'interpretazione molto larga di quella norma d'attuazione, ma se abbiamo questo obiettivo da raggiungere, abbiamo preferito assumerci la responsabilità di scriverlo in quella legge e voi l'avete approvato, almeno la maggioranza che l'ha votato.

Non faccio lunghissimi discorsi per dire che mi sono assunto questo impegno in questi prossimi mesi, di riportare qui questo argomento insieme con voi, per vedere quale documento politico produrre come proposta alle future forze politiche che verranno, per proseguire su questa strada, ma che serva anche congiuntamente per un confronto con il Governo e soprattutto con la Bicamerale, perchè non ci trovi impreparati ad un confronto diretto.

Io l'ho già chiesto questo confronto e sono convinto che con me condividerete questa proposta di essere pronti ad avere un dialogo costruttivo, ma anche aperto e deciso a difendere il nostro diritto.

Tirol. Non so se siamo maturi e già pronti adesso per confrontarci con l'esterno, forse è prematuro, sarà meglio prima che noi definiamo all'interno di noi stessi qual è questo progetto, per poi confrontarlo con l'esterno.

Ladini. Qualcuno mi ha sollecitato, giustamente ha detto che non sono stati nominati ed è la prima volta. Ne chiedo venia, perchè non volevo caricare di eccessive cose quella relazione, ma manca un riferimento, però siccome è anche un bilancio di questo quinquennio, posso dire che per la parte di nostra responsabilità, qualche cosa abbiamo fatto anche per i ladini del Trentino, per essere equiparati ai ladini dell'Alto Adige.

Comincio dal censimento. Ci siamo impegnati ed ottenuto ufficialmente dal Governo di Roma che il censimento dei ladini della Valle di Fassa sarebbe potuto avvenire nella stessa misura dei ladini dell'Alto Adige. C'è una lettera scritta, che ho mandato anche al Presidente della Giunta provinciale di Trento, c'era l'unico limite che poneva il Governo centrale: che il censimento non fosse fatto nello stesso momento, si poteva fare 15-20 giorni dopo, purché fosse staccato temporalmente, ma le procedure sarebbero state identiche, con lo stesso tipo di formulario, per avere lo stesso tipo di risposte.

Ho scritto ai sindaci e non c'è stata risposta, la Giunta provinciale non ha colto questo, però da parte nostra abbiamo tentato questo passaggio, non è stato colto nemmeno in Val di Fassa, che non era sul principio di farlo lo stesso minuto, si poteva fare anche 15-20 giorni dopo, organizzato dallo stesso sistema organizzativo dello Stato e avrebbe dato la stessa risposta. E' un'opinione, non sarà il 100%, ma ho ottenuto l'80%, bastava coglierlo, a volte nella vita io mi accontento anche dell'80% pur di non portare a casa niente!

Riforma elettorale. Mi rendo conto che qui sono state dette tante e forse troppe inutili cose. Capisco che di fronte all'opinione pubblica abbiamo la tara di presentarci dopo il 5 aprile e tutti hanno il sospetto che la facciamo funzionale a salvare noi stessi, almeno quelli che ci sono prima di scomparire, allora non è questione qui di maggioranza o minoranza, perchè ci rendiamo conto che una maggioranza, anche solida, non è sufficiente a gestire, alla vigilia delle elezioni, un problema di riforma elettorale.

Ho dichiarato che mi impegno a rivederci al più presto, vi proporrò tutte le forze politiche, come abbiamo fatto in settembre, ho invitato, dopo il mio messaggio di luglio, ho scritto queste bozze di disegno di legge intorno ad un tavolo a Bolzano, è sortito un certo effetto, tanto è vero che chi condivideva una certa ipotesi siamo andati avanti su quel ragionamento, per quanto riguarda le elezioni regionali.

Ritento questo discorso per vedere se c'è ancora la volontà di raggiungere obiettivi, diversi magari da quelli inizialmente proposti da me a luglio e che avevano visto la convergenza della maggioranza della nuova Giunta provinciale di Trento, non c'è nulla di nascosto, non ci sono meschinità, perchè sono personalmente convinto che vale ancora la pena insieme di fare uno sforzo, ma non per salvare i partiti, perchè non c'è alcuna norma di legge che si riesca a salvare i partiti di fronte alla volontà dell'elettorato, ma credo che valga la pena ai fini di raggiungere un obiettivo minimale e fare questo sforzo, non fosse altro per impedire che, in questa situazione di degrado obiettivo e di sconcerto nella gente, il risultato non sia quello della nascita di un'infinità di microorganismi, che si chiameranno pur partiti, ma che alla fine non ottengono l'obiettivo di dare, non dico una stabilità al governo regionale, non è questo il pericolo, però una stabilità in questo momento al governo della Provincia di Trento sì, certo se vince la Lega vincerà la Lega, farà la maggioranza la Lega, vedremo cosa succederà!

Però un ragionamento che attenga alla possibilità dello spappolamento in una miriade di partiti, questo credo sia un senso di responsabilità che ci spinge a fare un ragionamento.

Mi auguro di organizzare questo incontro ancora agli inizi di gennaio, per verificare se ci sono le condizioni per raggiungere un'intesa e non entro nel merito della possibile intesa, perchè è giusto costruirla lì.

Una parola lasciatemela spendere anche sull'elezione diretta del sindaco. Nell'accordo di coalizione si parla di modifica di legge elettorale per il solo Trentino, certo che il discorso della proporzionale ha una valenza diversa a Trento rispetto a Bolzano, a Bolzano comunque la proporzionale non ha solo una valenza di modalità politica di gestire le elezioni, è insita, forte nella vita di quella comunità e il rispetto dell'equilibrio delle minoranze esige il discorso della proporzionale, diverso è per il Trentino.

Non c'è da scandalizzarsi di questo, qualcuno ha visto in questa mia proposta di trovare formule legislative diverse, pur in un quadro di un'unica legge, per sistemi elettorali diversi, un attentato all'autonomia della Regione. Non credo che questo sia uno strumento che attenta all'autonomia della Regione, però sull'elezione diretta del sindaco sono convinto che qui dobbiamo trovare una formula che ci consenta di progredire in questa operazione.

Non so se le forze politiche di Bolzano sono pronte, però la stragrande maggioranza dei sindaci e delle forze politiche che sono presenti negli attuali consigli comunali del Trentino lo chiedono, anche perchè se non riusciamo a farla entro l'anno prossimo ho il fondato timore che se per

avventura nel Parlamento nazionale si introducesse al più presto, e probabilmente i fatti di domenica scorsa spingeranno il Parlamento a fare le riforme elettorali, se il Parlamento nazionale arrivasse a questa riforma, c'è il rischio che nella nostra Regione l'elezione diretta del sindaco si faccia nel 2000, perchè nel 1995 non ci sarà la legge regionale pronta e voi sapete che la norma di attuazione 266 pone un vincolo e non si applica la riforma anche di carattere nazionale.

Mi pare che allora, se c'è la condivisione minima di questi ragionamenti, anche sull'itinerario possibile dei prossimi mesi, noi potremmo utilizzare opportunamente il nostro tempo per andare avanti in questa direzione. Abbiamo le due leggi bocciate dal Governo, capisco che ci sono sensibilità diverse sul terzo pacchetto famiglia e mi dispiace cons. Rella che lei sia arrivato a dirci che siamo dei sepolcri imbiancati in questa vicenda, perchè capisco la valutazione politica diversa, però non posso accettare linguaggi di questo tipo, che non sono abituali sulla sua bocca, lo devo rimarcare, non fosse altro per coerenza perchè ne sono convinto, ciascuno le proprie opinioni, valutazioni e motivazioni, però il rispetto della dignità di ogni forza politica, il rispetto che non siamo nel falso, perchè siamo coerenti a quello che crediamo e che vogliamo fare, lo esigiamo anche noi.

Certo ci auguriamo a non doverci trovare di fronte a dover riesaminare la legge sull'ordinamento dei comuni, perchè le notizie da Roma non sono molto positive neanche oggi, lo sapremo la settimana prossima, speriamo che il Ministro Costa ci aiuti, sia convinto che anche la difesa dei ladini e delle comunità germanofone in quel disegno di legge non sia di ostacolo ad una corretta lettura della 142.

Adesso veniamo brevemente alle poche cose, ma importanti, dette su questo bilancio.

Molti sono venuti a dire: condividiamo il progetto ed il ragionamento politico, però quando siamo alla realtà del bilancio qui casca il discorso. Siamo convinti che abbiamo la responsabilità di gestire bene i soldi che ci vengono assegnati, anche dai più critici qui dentro, che non credono nella Regione, al massimo si spingono a dire: date i soldi alle Province, non ho sentito nessuno che dica: troviamo insieme lo strumento perchè venga cambiato lo statuto e si dia meno soldi alla Regione, non l'ho finora sentito e lo registro!

Certo che dobbiamo trovare la strada intelligente per sostenere le autonomie e credo che lo sforzo sia stato fatto. Il pacchetto famiglia era tutto previdenza? C'era qualche componente di assistenza? Qui lasciamo ai giuristi discutere, ma non per niente è stata data la delega alle due Province.

Il fondo di rotazione va a favore dei comuni. L'intervento anche nel settore della cooperazione va a favore delle iniziative delle Province.

Una parola merita spendere anche sulle entrate, perchè due ragionamenti ho sentito. Il primo quello di dire: l'IVA all'importazione a quale titolo l'avete messa? Perchè la Regione non dovrebbe più incassare, quindi è improprio una sovrastima di quel tipo delle entrate.

Signori, fino a che le leggi dello Stato ci sono siamo tenuti anche noi a rispettarle e la legge dello Stato, la 386 del 1989, che modifica il Titolo 6° dello statuto, ma che prevede norme specifiche all'art. 6, che disciplina questo problema. Non siamo come la Valle d'Aosta, adesso hanno fatto una leggina, ma si sono premuniti anche loro per salvaguardarsi da questo punto di vista, che è più pesante per loro che per noi.

C'è la norma d'attuazione, collega Benedikter, la 268, che recepisce e codifica questo, quindi credo siamo stati corretti, anche se prudenti nel sottostimarla, nel dire che questa posta ha ancora legittimità nelle entrate, perchè mi rendo conto che sarebbe stato gravemente scorretto ipotizzare un'entrata di quella misura, senza averne una minima probabilità di previsione.

Che poi nel bilancio triennale si dica che non abbiamo previsto il calo, anche questa è una pura ipotesi, perchè fino che esistono le norme, fatte come sono ed il gettito fiscale è quello che è, ci sembrava corretto, la nostra stima è prudente, ma è fondata, per dire che quelle entrate ci saranno anche nel prossimo triennio.

Poi sono arrivate le critiche che ci mettono in evidenza il discorso attinente alla sproporzione nelle spese tra l'attività della Regione ed i problemi dell'immagine. Signori, ho già dichiarato in Commissione legislativa sui problemi delle nostre immagini di Giunta, e qui lo ripeto pubblicamente, che, da questo punto di vista, essendo l'anno prossimo l'anno elettorale, ho già assunto un impegno che cambieremo questo registro, per non dar adito ad interpretazioni che le nostre immagini girano a fini elettorali.

A noi sembra giusto e doveroso pubblicizzare la Regione per quella che è. Anche il discorso che attiene alla gestione della legge sull'Europa, la BBC e cose di questo tipo, ho registrato un fortissimo consenso, forse non l'abbiamo pubblicizzato, da parte di docenti e presidi nel mondo della scuola, voi sapete che quella scelta è stata fatta con pubblico bando e che adesso vogliamo ripeterlo per l'ultimo anno facendo ancora un pubblico bando, vinca il migliore.

Quando facemmo tre anni fa il bando, c'era per la lingua tedesca e per la lingua inglese, ci fu un solo concorrente purtroppo per la lingua inglese, nessuno per la lingua tedesca, anche noi avremmo preferito che ci fosse la lingua tedesca rispetto la lingua inglese, però, ho già dichiarato in Commissione legislativa, che da questo punto di vista auspico e spero che la Provincia di Trento utilizzi la norma d'attuazione, che consente a lei una nuova strumentazione per quanto riguarda la trasmissione televisiva.

Non per niente vogliamo aderire alla proposta fattaci dalla Provincia autonoma di Bolzano, di spendere insieme alcuni quattrini, una tantum, perchè la RAS sia dotata di una strumentazione tecnica, che metterà a disposizione poi della Provincia autonoma di Trento, perchè il messaggio televisivo vada in Austria e consenta il passaggio, oltre che in Alto Adige, anche in Trentino, andata e ritorno, in modo che nella prossima legislatura, se la Provincia autonoma di Trento, mi auguro lo faccia, con legge recepisca la norma di attuazione questa primavera, anche il Trentino potrà avere questa copertura per quanto riguarda la televisione in lingua tedesca.

So che c'è stata la proposta del collega Boato di spendere quei soldi in altro modo, magari dare un contributo ai cittadini che si mettono un sistema parabolico e captino i segnali, probabilmente con questi soldi si possono far tante cose di questo tipo, però c sembra scorretto farlo da parte nostra, dovrebbe essere più pertinenza delle Province il gestire questo, un rapporto diretto fra cittadini e l'ente pubblico che li stimola ad usare questi strumenti, perchè altrimenti c'è sempre una certa invasione di campo.

Quindi mi pare che per il resto si possa dire che gestiamo la nostra immagine, bella o brutta che sia, piccola o grande, ma è doveroso farla, nè abbiamo posto limiti al Consiglio regionale se volesse fare analoghe iniziative. Certamente in questi momenti la parsimonia non è solo d'obbligo, ma è doverosa e su questo ce ne assumiamo tutte le responsabilità del buon uso di questi soldi, anche a questi fini.

Non voglio dimenticare nemmeno il discorso che attiene al catasto e la tavolare. Signori, l'ho dichiarato più volte, ci siamo fatti carico nei primi tre anni di questa legislatura di modificare radicalmente l'impianto metodologico dell'informatizzazione e ci è costato una fatica incredibile di riconversione interna prima del personale, perchè senza di questo un processo del genere non avviene, oggi è piantato in solide basi, darà i suoi frutti nel prossimo quinquennio, non c'è dubbio, perchè entro l'anno prossimo si faranno tante cose, ma 100 miliardi ipotizzati non si spendono in cinque minuti, sarebbe un errore madornale spenderli in fretta, vanno spesi con razionalità, però siamo convinti che con queste basi, entro il prossimo quinquennio questa operazione di informatizzazione del libro fondiario, del catasto e del catasto urbano sarà completata ed avendo frutti positivi.

Vengo al discorso finale, che ha suscitato qualche ira quando ho usato questo linguaggio del tradimento e della popolazione italiana della regione che ha avuto questa cattiva coscienza di interpretare quel momento, certamente forse potevo usare altro linguaggio, perchè sono state le istituzioni che hanno interpretato, non la popolazione di lingua italiana, però quel messaggio

aveva anche un significato, leggetevi la storia signori, me la sono letta anch'io, non ero tanto lontano in quegli anni anche se ero più giovane.

Signori, era una larga consapevolezza anche dei partiti politici di Bolzano e per quello ho usato "la popolazione di lingua italiana della regione"...

(interruzione)

ANDREOLLI: Parlo del dato elettorale e del risultato delle elezioni che vanno dal '48-'52-'56, i dati sono quelli che sono. Era un sentire comune.

Odorizzi non è giusto interpretarlo come capro espiatorio, perchè era un sentire comune della Democrazia Cristiana, ma anche di altre forze di Trento e di Bolzano, che ritenevano che era giusto quel passaggio da percorrere e che dicevano al SVP: hai già preso la luna cosa chiedi di più!

(interruzione)

ANDREOLLI: Lasciatemi finire, ho detto che quel discorso non era un lingua della persona Odorizzi, era un linguaggio di un discorso molto diffuso, lo SVP era quasi solitario in quei ragionamenti. Del resto, signori, c'è una storia dietro che va letta ed interpretata, non si può dividere la storia fra angeli e demoni, bisogna andare a fondo ed a noi non compete il discorso di storici, io ho espresso la mia valutazione e me ne assumo tutta la responsabilità personale e non è un giudizio storico sui singoli uomini, ma sulle condizioni in cui si è maturato il crescere di quella autonomia ed ho registrato molti consensi in questo ragionamento.

Posso capire che da parte del MSI non ci sia questo ragionamento, del resto quando parliamo di federalismo e di regionalismo, ormai in Italia, per fortuna, ed è cresciuta enormemente in questi ultimi anni, anche i democristiani qualche anno fa parlavano di regionalismo, ma si scandalizzavano ad usare il termine federalismo, oggi ormai parlare di federalismo o di interpretazione nuova e forte della Costituzione sul regionalismo, va a finire che questi due linguaggi si combaciano quasi, certo non è il federalismo di Bossi! Poi vedetevela voi se avete linguaggi comuni, ma non è certamente il federalismo di Bossi!

Quando parlo nella relazione di un federalismo ambiguo, mi riferisco a questo, alla Repubblica del nord o alla Repubblica del nord-est, certo dico impossibile perchè auspico che non avvenga, se avverrà è perchè le forze politiche vogliono che arrivino, io auspico che questo non avvenga, perchè sarebbe un tornare indietro e siccome ho citato che molto spesso la mia politica, anche se diamo la buona fede a chi l'ha usata, ha portato la storia indietro che in avanti, io auspico e spero che questo non avvenga, poi libero ciascuno è il giudizio.

Allora signori, la Giunta vi chiede di votare questo bilancio, sappiamo che le forze in campo sono quelle che sono, noi abbiamo fatto la nostra parte, l'elettorato ci giudicherà se questa parte fatta in questa gestione regionale è stata buona o cattiva, sappiamo che abbiamo paura più delle ombre che dei giudizi positivi da parte dell'elettorato l'anno prossimo, però abbiamo ancora otto mesi davanti per dimostrare che almeno il nostro operare era retto da solide basi politiche di una visione proiettata in avanti e non indietro, che da questo punto di vista, che attiene alla coerenza fra il dire ed il fare noi ci siamo e che le possibili riforme da fare in questo quadro finale di pochi mesi sono ancora fattibili, non interesse personale, nè dei nostri partiti, ma convinti che le nostre istituzioni autonomistiche hanno bisogno anche di queste riforme elettorali, senza sconvolgere il quadro, senza sopravvalutare il fine rispetto al mezzo o il mezzo rispetto al fine.

Ci auguriamo che anche nei prossimi mesi un confronto fra noi, al di là delle forze di maggioranza su queste tematiche, possa avere frutti positivi per la nostra comunità. Vi ringrazio per l'attenzione.

(Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz)

(Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Wir haben nun diesen Teil der Generaldebatte abgeschlossen. Ich danke dem Präsidenten des Ausschusses, Dr. Andreolli, für die Replik.

PRESIDENTE: Abbiamo concluso questa parte della discussione generale. Ringrazio il Presidente della Giunta, Dr. Andreolli, per la replica.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zur Behandlung der Tagesordnungsanträge, zu den Beschlußanträgen zur Tagesordnung, würde es auf deutsch besser lauten.

Ich darf den ersten verlesen, eingebracht von den Abg. Tribus, Boato, Franceschini und Zendron:

PRESIDENTE: Passiamo ora alla trattazione degli ordini del giorno.

Darò lettura innanzi tutto del primo ordine del giorno, presentato dai cons. Tribus, Boato, Franceschini e Zendron:

DER REGIONALRAT VON TRENTINO-SÜDTIROL

- angesichts dessen, daß in der Zwei-Kammern-Kommission für die Reform der Institutionen eine umfassende Debatte zwischen den politischen Kräften in Gang ist, um für die dringende Reform des italienischen Staates eine positive Lösung zu finden;
- angesichts dessen, daß die Errichtung eines modernen demokratischen Staates, in dem die Rechte der Identität und der Selbstregierung aller historisch-kulturellen Gemeinschaften respektiert werden, eine vorrangige Beteiligung der Regionen erfordert, ohne deren Beitrag die Bemühungen um eine Änderung der Staatsordnung äußerst geschwächt wären;
- des weiteren angesichts dessen, daß die Regionen mit Sonderstatut in ihrer unterschiedlichen Graduierung und ihrer Autonomie ein wertvolles historisches Vermögen darstellen, aus deren Erfahrung gelernt werden kann und Bezugspunkte für die Zukunft des italienischen Staates gefunden werden können,

f o r d e r t

das Präsidium des Regionalrates und des Regionalausschusses auf, sich dafür einzusetzen, daß in Kürze eine Konferenz der Regionen mit Sonderstatut veranstaltet wird, an der die jeweiligen politischen Vertretungen und die Vertretungen der Exekutive mit dem Ziel teilnehmen, kraftvoller und nachdrücklicher die Ausrichtung auf einen effektiven Staat der Autonomien zu bestätigen, um so auch die derzeitige Debatte in der Zwei-Kammern-Kommission zu ergänzen.

IL CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO-ALTO ADIGE

- considerato che è in atto in sede di commissione bicamerale per le riforme delle istituzioni un ampio confronto tra le forze politiche al fine di dare una risposta positiva all'urgenza di riforma

dello Stato italiano;

- tenuto conto che la costruzione di uno stato democratico moderno, rispettoso del diritto all'identità e all'autogoverno di tutte le comunità storico-culturali, postula una partecipazione di primo piano delle Regioni, senza il cui contributo lo sforzo di revisione dell'ordinamento statale risulterebbe alquanto indebolito;
- considerato altresì che le Regioni a statuto speciale, pur nella differenziazione dei livelli e dei modi di autonomia, rappresentano un prezioso patrimonio storico da cui è possibile trarre esperienza e punti di riferimento per il futuro della Repubblica italiana

i n v i t a

la Presidenza del consiglio regionale e della Giunta regionale ad attivarsi per organizzare in tempi brevi una conferenza delle regioni a statuto speciale, attraverso la presenza delle rispettive rappresentanze politiche e degli esecutivi, con l'obiettivo di affermare con maggior forza e incisività, anche integrando il dibattito che si sta svolgendo alla bicamerale, gli orientamenti praticabili in vista di un vero stato delle autonomie.

PRÄSIDENT: Abg. Tribus, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

PRESIDENTE: Cons. Tribus, a Lei la parola per l'illustrazione.

TRIBUS: Presidente, in teoria nella sua replica ha parlato del ruolo che potremo avere noi come Provincia autonoma, come Regione, nell'ambito della discussione che viene fatta oggi alla Bicamerale.

A me sembra che a livello locale ci sia discussione non molto in sintonia con quello che avviene a Roma, per cui ognuno pensa che siamo talmente autonomi che poco importa ciò che fanno a Roma, perchè noi siamo comunque speciali e diversi.

Questa non è un'accusa a lei, ma in generale, con tutto ciò che succede a Roma si fa finta che non ci tange, mentre invece crediamo che noi come Regione e come Provincia delle cose da dire ce le abbiamo, anche perchè si fa ultimamente molta confusione, anche nei termini, fra federalismo, regionalismo ecc.

Per cui credo che, un po' per sottolineare quanto stava dicendo prima, un po' per riflettere sul ruolo che potranno e dovranno avere le regioni a statuto speciale, crediamo sia doveroso dare un ruolo offensivo alla Regione verso l'esterno e verso il resto della Repubblica, per far sentire anche la voce delle situazioni particolari come la nostra.

Per questo chiediamo di creare un luogo di discussione, al quale vengano invitate tutte le Regioni a statuto speciale, questo sempre nello spirito che da soli credo sia impensabile e anche impossibile pensare che ogni Regione anche da sola vada a Roma a rivendicare la propria particolarità, ma che sia indispensabile e opportuna una visione di come si pensa possa essere strutturata la Repubblica che si sta in questi giorni immaginando a Roma.

Crediamo che sia per questo un'occasione utile e importante e auspichiamo che questo ordine del giorno possa trovare la sua convinta adesione.

PRÄSIDENT: Wer verlangt das Wort?
Bitte, Abg. Viola.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire?

Prego, cons. Viola.

VIOLA: Siamo naturalmente d'accordo in linea di principio con il problema che viene qui sollevato, per una ragione molto semplice.

Come ricorderanno i colleghi di Bolzano sicuramente e poi anche quelli di Trento, il 16 aprile ho presentato nel Consiglio provinciale di Bolzano una mozione in cui si chiedeva di avviare le trattative, i colloqui e i contatti opportuni per arrivare a quelle che allora chiamai le assisi generali, cioè una riunione delle rappresentanze politiche degli esecutivi, intesa in senso più semplice, vale a dire di riunire i consigli delle regioni e delle Province a statuto speciale, proprio per affrontare i problemi che vengono affrontati dall'ordine del giorno del gruppo Verde.

Ricordo per la cronaca che la mozione da me presentata al Consiglio provinciale di Bolzano, è stata respinta dallo stesso il 4 giugno di quest'anno, con 1 voto favorevole e tutti gli altri contrari. Non so allora quale fu la posizione del gruppo verde a questo proposito.

Comunque qui si parla di rappresentanze politiche di esecutivi, dunque siamo sulla stessa linea.

I miei compagni di Trento hanno presentato un'analoga richiesta al Consiglio provinciale di Trento, che invece più liberalmente ha approvato la cosa quindici giorni fa, lì impegnava il Presidente del Consiglio provinciale di Trento ad avviare gli opportuni contatti proprio per vedere di organizzare qui in Regione una cosa analoga. Queste sono le premesse.

Ora avendo proposto noi l'organizzazione di questa riunione in grande stile, non possiamo essere contrari a che si faccia una riunione un pochino più limitata, nel senso che l'ordine del giorno dei Verdi non implica che siano tutti i consiglieri presenti, però riteniamo che sarebbe comunque una cosa molto importante, perchè dopo gli opportuni contatti, avere anche come momento simbolico la riunione delle assemblee legislative, che non sono molte, in cui si arrivi ad una sorta di proclama importante, coordinato, sul ruolo che possono avere le Province e le Regioni a statuto speciale nella questione della riforma dello Stato e quindi del federalismo, credo che questo sarebbe una cosa di notevole rilievo, che avrebbe anche un eco importante a livello nazionale e quindi nel sottolineare questa nostra esigenza di una riunione in grande stile, se non è possibile quella siamo d'accordo anche su una conferenza che veda la presenza delle rappresentanze delle assemblee elettive e degli esecutivi, anche se non delle assemblee elettive in senso stretto.

Ripeto però che non vedo che cosa ci impedisca anche di organizzare invece, come è stato approvato dal Consiglio provinciale di Trento, la grande assemblea, quella che abbiamo chiamato le assise generali delle Regioni e delle Province a statuto speciale.

PRÄSIDENT: Der Abg. Benedikter hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Der Präsident hat in seiner Antwort u.a. vom "federalismo" und "regionalismo" gesprochen und daß er hier schon für den Bundesstaat sei. Ich weiß, der Regionalrat hat hier einen Beschlußantrag verabschiedet, daß Italien ein Bundesstaat werden soll, aber in der Zwei-Kammern-Kommission ist abgestimmt worden und die Mehrheit, darunter die Democrazia Cristiana, hat gegen den Bundesstaat gestimmt. Darüber ist also eigentlich die Entscheidung schon gefallen: kein Bundesstaat. Und Regionalismus ist ganz etwas anderes. Wer das wieder zusammenwirft, das ist eine Vortäuschung falscher Tatsachen, ein Schwindel. Dort ist also mit der DC abgestimmt worden und von der Südtiroler Volkspartei war Sen. Riz drinnen, aber es scheint nicht auf, daß er dagegen gestimmt hat, sondern die Aostaner haben dagegengestimmt. Also Riz hat nicht gegen diese Entscheidung: kein Bundesstaat, gestimmt. Dann ist die Entscheidung so gefallen.

An sich wäre ja auf jeden Fall die Initiative richtig, aber ich frage den Einbringer Tribus: da steht im deutschen Text "...eine Konferenz der Regionen mit Sonderstatut veranstaltet wird, an der die jeweiligen politischen Vertretungen und die Vertretungen der Exekutive...". Es ist nicht klar: sollen unter diesen politischen Vertretungen die Opposition drinnen sein? Das muß dann deutlicher gesagt werden, denn die politische Vertretung ist die Vertretung der Mehrheit und gut. ...So sind wir es ja gewohnt. Wenn das nicht genau ausgeführt ist, verzichte ich gerne, denn wir wissen ja - abgesehen davon, daß diese Entscheidung bereits gefallen ist - was da herauskommt. Niemand nimmt hier das Wort "federalismo" wirklich ernst und ich erinnere mich, wie damals Frasnelli uns vorgeworfen hat: Was, ihr seid doch für das Selbstbestimmungsrecht und ihr stimmt nicht für den Bundesstaat? Wir haben gesagt, wenn hier nicht gleichzeitig drinnensteht "auch das Selbstbestimmungsrecht" dann stimmen wir nicht dafür. Aber die SVP will den Bundesstaat. Doch in Rom hat sie nicht gegen die Ablehnung des Bundesstaates gestimmt. Die DC und andere Parteien, die Sozialisten usw. haben selbstverständlich den Beschluß, die Entscheidung, getragen, daß es keinen Bundesstaat geben darf. Der Föderalismus als solcher hat mit Bossi nichts zu tun.

Nachdem das nicht klar ist wenn es so durchgeht, daß tatsächlich die Opposition vertreten sein soll, kann ich nicht dafür stimmen, denn es kann anders ausgelegt werden, wir wissen ja, daß dann das Gegenteil herauskommt.

(Il Presidente nella Sua risposta ha parlato tra l'altro di federalismo e di regionalismo ed ha detto di essere favorevole al federalismo. Il Consiglio regionale ha approvato tempo fa una mozione per la trasformazione dello stato italiano in uno Stato federale. Anche in sede di Commissione bicamerale si è votato a questo proposito e la maggioranza dei partiti, tra cui la Democrazia Cristiana, ha votato contro lo stato federale. Quindi è già stata presa una decisione a livello nazionale tendente a non introdurre una revisione dello Stato in senso federale. Il regionalismo invece è qualcosa di completamente diverso. Chi mescola le due cose, confonde la realtà ed inganna il prossimo. Nella suddetta riunione della Bicamerale si votò alla presenza della Democrazia Cristiana; per la Südtiroler Volkspartei era presente il sen. Riz che non risulta aver votato contro, come invece fecero gli aostani. Riz pertanto non votò contro la decisione di non istituire uno stato federale. E l'esito della votazione lo conosciamo.

Di per sé l'iniziativa sarebbe stata giusta, ma io ora vorrei chiedere al presentatore Tribus: qui nel testo italiano c'è scritto "...una conferenza delle regioni a statuto speciale, attraverso la presenza delle rispettive rappresentanze politiche e degli esecutivi..."; ma non è chiaro se tra le rappresentanze politiche dovrà esserci anche l'opposizione. Questo bisognerebbe specificarlo, in quanto per rappresentanza politica si potrebbe comprendere anche solo la rappresentanza della maggioranza. Siamo abituati a questo tipo di cose. Se non viene chiaramente specificato, io voterò contro, anche perché sappiamo come vanno a finire queste cose - e la relativa decisione è già stata presa -. Nessuno qui prende veramente sul serio il federalismo ed io mi ricordo quando il collega Frasnelli, in occasione della votazione sulla predetta mozione, mi disse: ma come, voi siete favorevoli all'autodeterminazione e votate contro il federalismo? Noi allora dicemmo che se non veniva inserito anche il riferimento all'autodeterminazione, noi non avremmo votato a favore della suddetta mozione. Allora la SVP dichiarò di volere lo Stato federale. Tuttavia a Roma non ha votato contro la decisione di respingere lo stato federale. La Democrazia Cristiana ed altri partiti ancora, tra cui i socialisti hanno chiaramente votato a favore della proposta di respingere l'introduzione di un sistema federalistico in Italia. Comunque il federalismo come tale non ha nulla a che vedere con Bossi.

E poiché il suddetto aspetto non è chiaro, ovvero che debba essere rappresentata anche l'opposizione, io non posso votare a favore. Sappiamo infatti che potrà esserci una diversa interpretazione e la fine che farà questo ordine del giorno la conosciamo tutti.)

PRÄSIDENT: Der Abg. Montali hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Montali.

MONTALI: Chiedo scusa per la mia voce. Considero personalmente, ma credo di interpretare anche il pensiero dei miei colleghi di gruppo, così estremamente demagogico e inutile questo ordine del giorno.

Mi fa piacere che nelle premesse le regioni a statuto speciale, pur nella differenziazione dei livelli e dei modi di autonomia, rappresentino, secondo i firmatari, un prezioso patrimonio storico.

Ne prendo atto cons. Tribus, Boato, Franceschini e Zendron, perchè se gli statuti delle regioni ad autonomia speciale sono un patrimonio storico e noi chiameremo i signori Verdi a vedere come potranno sostenere che non sia patrimonio storico la toponomastica da 70 anni in qua.

Perchè secondo noi è demagogico e inutile, che noi oggi 17 dicembre si possa votare un ordine del giorno che invita il Consiglio regionale e la Giunta ad organizzare in tempi brevi, il che significa il 18 febbraio, questi sono i tempi, una conferenza delle regioni a statuto speciale, con l'obiettivo di integrare il dibattito della bicamerale, vogliamo prenderci in giro no!

Allora se vogliamo prenderci in giro votiamo questo ordine del giorno per dire, e lo diranno i Verdi, che hanno creato uno strumento validissimo per integrare le opposizioni che i Verdi nella Bicamerale stanno sostenendo. C'è bisogno del voto della SVP, della DC, questi partiti nella Bicamerale stanno già sostenendo qualcuno per parte sua queste direttive. Certo che con il voto del signor Boato la Bicamerale si sentirà così colpita ed inflazionata da cambiare completamente quelle che sono le direttive che i singoli partiti, i singoli movimenti, compreso i Verdi, stanno attuando, ma tutti aspettano che ci sia l'impulso pauroso dei Verdi del Trentino-Alto Adige, Boato permettendo.

PRÄSIDENT: Der Abg. Pinter hat das Wort, aber ich muß Sie aufmerksam machen, entweder Sie oder die Abg. Berger können das Wort ergreifen.

Bitte, Frau Abg. Berger.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pinter. Tuttavia devo fare notare che può prendere la parola o Lei o la cons. Berger.

Prego, cons. Berger.

BERGER: Credo che le osservazioni avanzate dal collega Benedikter sono assolutamente condivisibili e sono una sottolineatura politica molto importante, però noi a Trento abbiamo già assunto questa decisione, perchè abbiamo ritenuto comunque importante ottenere a tempi ravvicinati un confronto con altre regioni a statuto speciale, per cercare di addivenire ad un'iniziativa comune, che rafforzasse il senso delle nostre autonomie.

Quindi individuarne un momento e promuoverlo anche in sede regionale ci sembra assolutamente importante. E' evidente che il quadro normativo di riferimento non potrà essere forzato perchè la bicamerale ha già preso un'iniziativa, però questo non vuol dire che noi comunque non possiamo intraprendere un'iniziativa autonoma, che politicamente si intrecci con il dibattito nazionale e che consenta, in fase di definizione delle competenze che verranno ad essere assegnate anche alle regioni a statuto ordinario, un ragionamento proprio delle regioni a statuto speciale.

Per cui l'occasione che ci viene data da questo ordine del giorno deve essere accolta e tradotta soprattutto l'iniziativa in tempi utili e opportuni.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Präsidenten Andreolli das Wort erteile und wir damit die Replikphase einleiten würden, möchte ich fragen, ob noch jemand aus den Reihen der Abgeordneten das Wort

wünscht.

Bitte, Abg. Negherbon.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al Presidente Andreolli per la replica, vorrei chiedere se qualcun altro desidera intervenire.

Prego, cons. Negherbon.

NEGHERBON: Presidente, effettivamente nell'introduzione il presentatore di questo ordine del giorno ha fatto riferimento ad un ordine del giorno simile, presentato nel Consiglio provinciale di Trento ed accolto dalle forze politiche, contrario il cons. Taverna.

Comunque già partendo dal fatto che già la legge 142 presenta uno Stato nazionale che è comunità delle comunità e quindi garantisce già da questo principio l'autonomia a tutte le entità istituzionali delle regioni, delle province e dei comuni.

Quindi siamo fortemente favorevoli ad un'espansione dell'autonomia ed al fatto anche che la bicamerale, in sede di confronto e di proposta, possa pervenire ad un recepimento della visione regionalista dello Stato.

Quindi siamo a favore di questo ordine del giorno, deve essere però tenuto presente, signor Presidente del Consiglio, che già il Consiglio della Provincia autonoma di Trento è impegnato ad individuare i tempi e le istituzioni da invitare per una conferenza su questo stesso argomento. Per cui credo sia opportuno modificare questo ordine del giorno, nel senso che la Regione trovi gli opportuni collegamenti con la Provincia autonoma di Trento.

PRÄSIDENT: Abg. Berger, bitte.

PRESIDENTE: Cons. Berger, prego.

BERGER: Noi avremmo bisogno quindi di formulare un emendamento che tenga conto della deliberazione assunta dalla Provincia di Trento e che si intrecci con questa.

Possiamo sospendere e non andare al voto, per domani mattina abbiamo il testo e quindi integriamo questo e lo sottoponiamo.

PRÄSIDENT: Dem Ansuchen wird stattgegeben.

Die Sitzung wird damit bis morgen unterbrochen und wir setzen sie morgen um 10.00 Uhr wie geplant fort. Um 9.00 Uhr ist Wahlprüfungskommission und eine Fraktionssprechersitzung im Laufe des Tages.

Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Accolgo la richiesta.

La seduta viene aggiornata a domani. Proseguiremo come programmato alle ore 10.00. Alle ore 9.00 si riunirà la commissione di convalida e nel corso della giornata anche il collegio dei capigruppo.

La seduta è tolta.

(ore 18.54)

